

Obere Sonnenallee Berlin-Neukölln



SiQua – Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel

Michael Hahne
Zentrum für Technik und Gesellschaft
TU Berlin
Kaiserin-Augusta-Allee 104
D - 10553 Berlin

Inhalt

Teil 1 Einführung

1	Einleitung.....	2
2	Fallstudiengebiet obere Sonnenallee.....	2

Teil 2 Subjektive Sicherheitswahrnehmung

1	Quantitative Untersuchung zur Sicherheitswahrnehmung.....	9
2	Qualitative Untersuchung zur Sicherheitswahrnehmung.....	14
3	Sicherheitswahrnehmung unter Geflüchteten	39
4	Wahrnehmung der Polizei.....	40
5	Problembewertung und Konstitution des Unsicherheitsempfindens.....	43
6	Die obere Sonnenallee aus Sicht der städtebaulichen Kriminalprävention – Ingrid Hermannsdörfer	49
7	Fazit: Subjektiven Sicherheit auf der oberen Sonnenallee	51

Teil 3 Kooperative Sicherheitsproduktion

1	Akteurs- und Kooperationslandschaft.....	54
2	Wahrnehmung und Zusammenarbeit	57
3	Praxisbeispiele kooperativer Sicherheitsproduktion	62
4	Gelingensbedingungen und Handlungsempfehlungen.....	70
	Literaturverzeichnis.....	75

SiQua Stadtteilbericht Sonnenallee

Teil 1 Einführung

1 Einleitung

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Verbundprojekt *Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel* (SiQua) verfolgte das Ziel, kommunale Probleme von Sicherheit und Sicherheitswahrnehmung mit Bezug zu Flucht, Migration und Integration aufzuzeigen und die Kompetenz von Sicherheitsakteur*innen im Umgang mit diesen aktuellen und sich weiterhin verändernden Herausforderungen zu stärken. Im Rahmen des Projekts, an dem neben der TU-Berlin auch die Deutsche Hochschule der Polizei, die Universität Potsdam, die TU-Dresden, und die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ beteiligt waren, wurden in drei Städten (Berlin, Dresden, Essen) in insgesamt neun Fallstudien auf Quartiersebene die Sicherheitswahrnehmung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sowie die Erfolgsbedingungen quartiersorientierter kooperativer Sicherheitsproduktion untersucht. In Berlin waren neben der hier beschriebenen Fallstudie obere Sonnenallee auch der Bereich Ringbahntrasse rund um die S-Bahnhöfe in Neukölln, das Gebiet Buckow, Wedding Mitte sowie in Friedrichshain das Gebiet rund um den Boxhagener Platz beteiligt.

Der vorliegende Stadtquartiersbericht befasst sich mit dem Fallstudiengebiet obere Sonnenallee. In Teil 2 geht es um die Frage der subjektiven Sicherheitswahrnehmung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und in Teil 3 um die kooperative Sicherheitsproduktion. Die dem Bericht zu Grunde liegenden empirischen Erhebungen wurde im Zeitraum zwischen Juli 2018 und Juni März 2020 durchgeführt. Coronabedingt konnte die Erhebung nicht vollumfänglich abgeschlossen werden.

2 Fallstudiengebiet obere Sonnenallee

2.1 Sozialräumliche Daten

Das Fallstudiengebiet Sonnenallee (vgl. Abb. 1) umfasst zentral den belebten nördlichen Teil der Sonnenallee, diese macht den Kern des Gebietes aus. Es umfasst außerdem den Hermannplatz und wird Richtung Süden von der Karl-Marx Straße, einer weiteren Verkehrs- und Geschäftsstraße, eingegrenzt. Südlich schließt das Gebiet mit dem Platz vor dem Rathaus und Bürgeramt Neukölln ab und wird somit von der Erkstraße und Wildenbruchstraße begrenzt. Damit liegt mit dem Bhf. Rathaus Neukölln ein weiterer frequentierter U-Bahnhof im Fallstudiengebiet. Die nordöstliche Grenze markiert die Weserstraße, welche vor allem für ihre Beliebtheit bei jungen Berlin-Besucher*innen und neu-Neuköllner Bevölkerung bekannt ist.

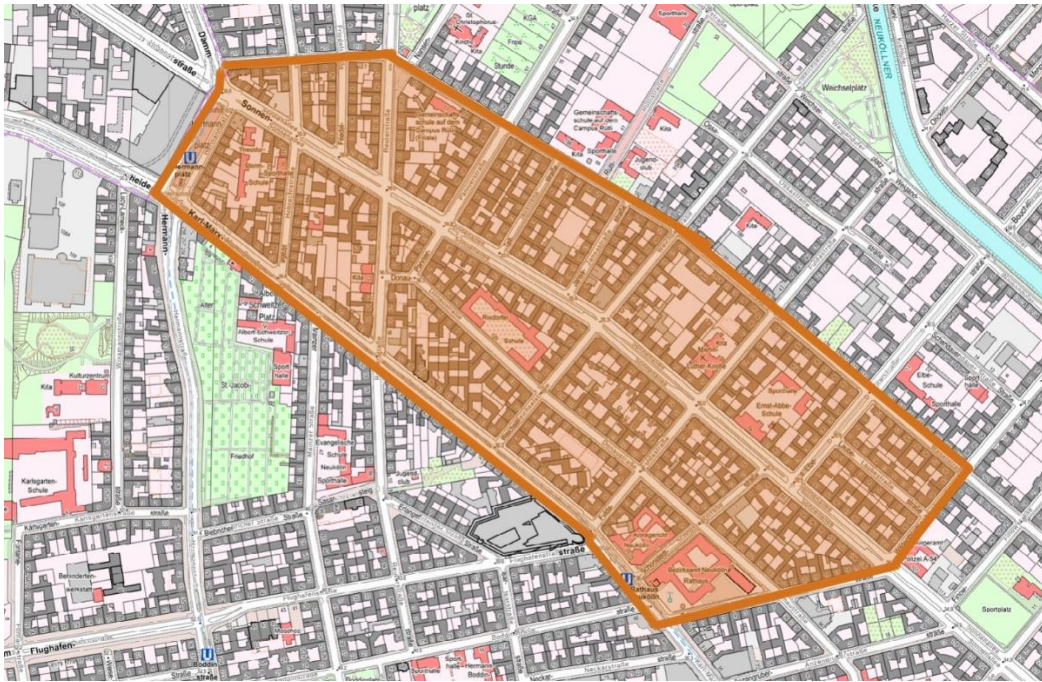


Abbildung 1 Fallstudiengebiet Obere Sonnenallee (Karte: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2021)

2.1.1 Bevölkerungsstruktur¹

Im Untersuchungsgebiet leben insgesamt 35.991 Menschen verschiedenster Hintergründe. Während in ganz Berlin 35% einen Migrationshintergrund² haben, sind es im Fallstudiengebiet 52,3%. Von den 18.827 Personen mit Migrationshintergrund besitzen 35,4% die deutsche Staatsbürgerschaft. Damit ist der Anteil der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit insgesamt bei 33,8%. Der größte Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund kommt aus der Europäischen Union, welche 34,9% ausmachen, dicht gefolgt von der Gruppe der „Islamischen Länder“³ mit 33,6%. Die „Islamischen Länder“ liegen damit etwa im Berliner Durchschnitt (33%), während Länder der Europäischen Union etwas über dem Durchschnitt (31,5%) liegen. Besonders einzelne Europäische Länder sind im Fallstudiengebiet mit einem deutlich höheren Anteil als im Berliner Durchschnitt vertreten. Die größte Gruppe unter den europäischen Ländern macht im Fallstudiengebiet Italien mit 4,7% aus, gefolgt von Polen mit 4,5%, Frankreich mit 4,2% und dem Vereinigten Königreich mit 3,9%. Entsprechend haben auch einige dieser Länder einen höheren Anteil als in Gesamt Berlin, so beispielsweise das Vereinigte Königreich und Frankreich mit je 2%-Punkten mehr.

¹Die Daten in diesem Abschnitt stammen aus dem Jahr 2019.

²Laut Statistischem Bundesamt hat eine Person einen Migrationshintergrund, „wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.“ (Statistisches Bundesamt 2020).

³Dazu werden vom Amt für Statistik alle Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) einschließlich Syriens gezählt (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020). Die OIC hat 56 Mitgliedstaaten.

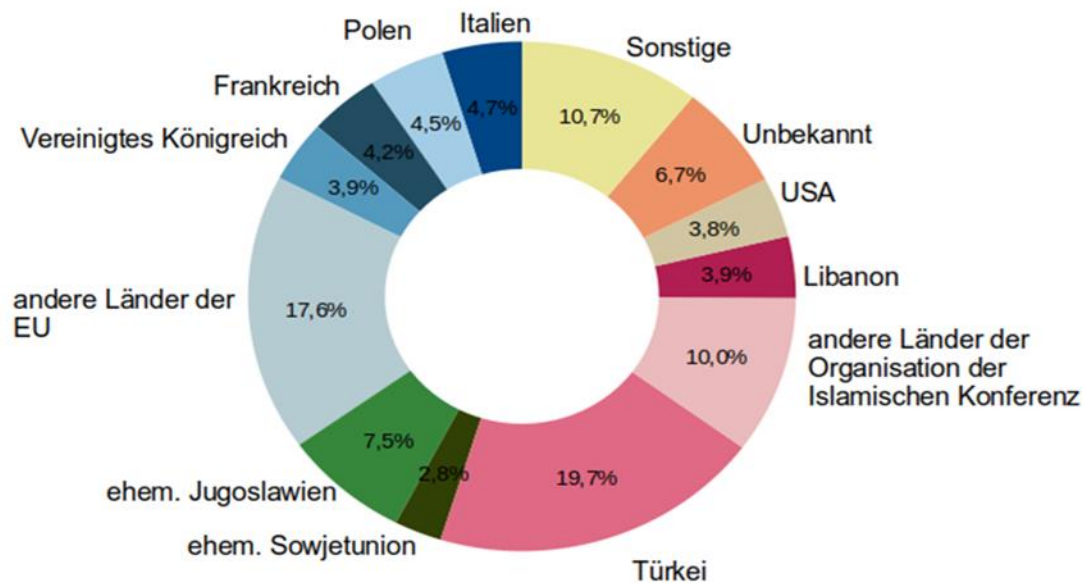


Abbildung 2 Einwohner*innen nach Migrationshintergrund

Unter den „Islamischen Ländern“ entfällt der größte Anteil auf die Türkei, welche 19,7% der Personen mit Migrationshintergrund ausmachen. Dem folgt die Gruppe der Arabischen Länder (einschließlich Syriens)⁴ mit 10,6%. Unter diesen fällt wiederum besonders der Libanon auf, auf welchen 3,9% der Menschen mit Migrationshintergrund zurückzuführen sind. Damit liegt der Anteil auch über dem Berliner Vergleich, in welchem Libanes*innen nur 2,3% der Menschen mit Migrationsgeschichte ausmachen. Auch der Anteil der Anwohner*innen mit US-amerikanischer Migrationsgeschichte liegt mit 3,8% etwas höher als im Berliner Schnitt (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020).

2.1.2 Altersstruktur

Die Bevölkerung im Fallstudiengebiet ist im Vergleich zu anderen Bezirken relativ jung. Die größte Altersgruppe stellen die 27 bis 45-Jährigen dar, welche 45,5% der Einwohner*innen im Gebiet ausmachen. 22,4% sind zwischen 45 und 65 Jahre alt, und 12,5% sind jünger als 15 Jahre. Hinzu kommen 1,7% im jugendlichen Alter (15-18) und weitere 9,3% zwischen 18 und 27 Jahren. Es zeigt sich, dass die Bevölkerung im Fallstudiengebiet erkennbar jünger ist als der Berliner Durchschnitt. Gerade mal 8,7% der Anwohner*innen der Oberen Sonnenallee sind über 65 Jahre alt, was weit unter den 19,1% in ganz Berlin liegt. Auch ist der Anteil der über 45-Jährigen in Berlin gesamt um fast 4 Prozentpunkte höher, während im Fallstudiengebiet mit 16 Prozentpunkten Unterschied auch deutlich mehr Menschen zwischen 27 und 45 leben. Die Werte für die unter 27-Jährigen unterscheiden sich wiederum nicht bedeutsam. Weitere Differenzen zeigen sich außerdem in der Altersstruktur innerhalb des Fallstudiengebietes für die Gruppe mit Migrationshintergrund, welche im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der Oberen Sonnenallee noch etwas jünger ist. So machen die unter 15-Jährigen in dieser Gruppe beispielsweise 15,7% aus, während die über 65-Jährigen nur noch bei 6,9% liegen (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020).

⁴Als Arabische Länder versteht das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2020) alle Mitglieder der Arabischen Liga: Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Komoren, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate und Palästinensische Gebiete.

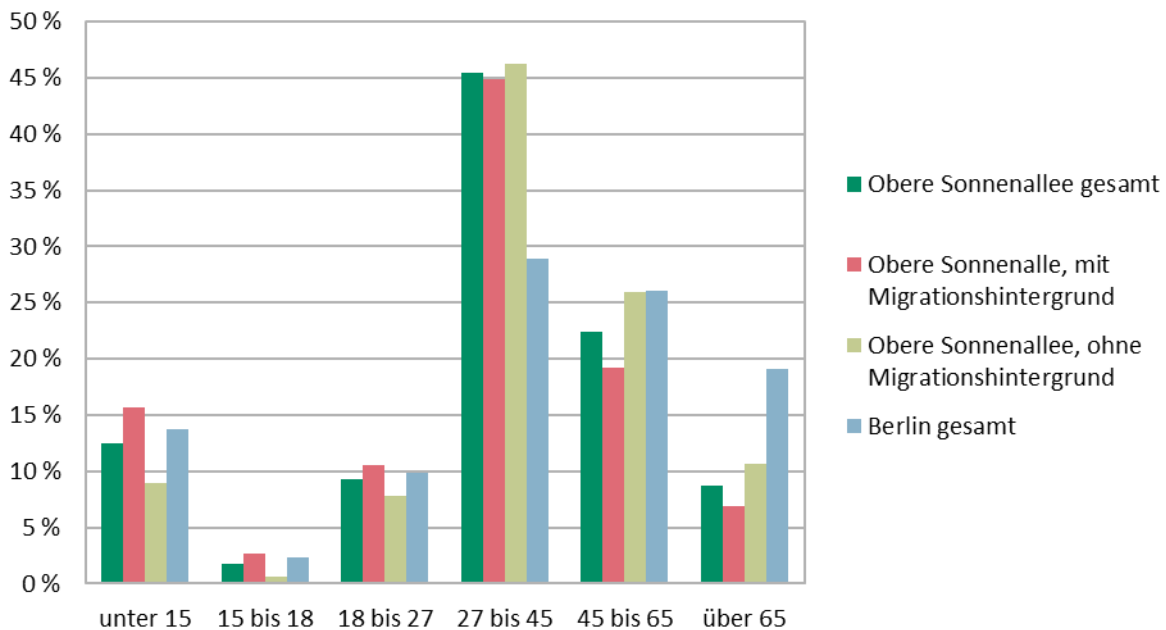


Abbildung 3 Vergleich der Altersstruktur

2.1.3 Soziale Lage⁵

Bei einem Blick auf die Daten des Monitorings für Soziale Stadtentwicklung (der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen) im Bereich der Oberen Sonnenallee zeigt sich, dass sich hier mehr Menschen als im Berlin-weiten Vergleich in schwierigen sozio-ökonomischen Bedingungen befinden und auf Hilfeleistungen angewiesen sind. Der Anteil der Arbeitslosen (SGB II und III) liegt im Fallstudiengebiet mit 8,6% um zwei Prozentpunkte über dem Berliner Durchschnitt. Auch gibt es mit 2,6% etwas mehr Langzeitarbeitslose als in Berlin insgesamt (2,1%). Ein deutlicher Unterschied zeigt sich für die Transferleistungsbezüge, auf welche im Fallstudiengebiet deutlich mehr Menschen angewiesen sind. 21,5% der Bevölkerung sind abhängig von den Leistungen, im Berliner Schnitt sind es lediglich 12,2%. Auch die Kinderarmut ist in der Oberen Sonnenallee ein gravierendes Problem, mit 49,4% im Vergleich zu 27% in ganz Berlin sind deutlich mehr unter 15-Jährige von Kinderarmut betroffen (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a). Ein ähnlich großer Unterschied zeigt sich in der Altersarmut, welche im Fallstudiengebiet mit 21,3% deutlich höher als die 5,5% in ganz Berlin ist (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017b). Betrachtet man die Veränderung der Daten im Vergleich zum Vorjahr, so zeigt sich ein gemischtes Bild. Die Anteile der Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen sind im Fallstudiengebiet etwas weniger zurückgegangen als im Durchschnitt. Eine positive Entwicklung zeigt sich andererseits im Bereich der Transferleistungsbezieh*innen, welche stärker zurückgingen als der Berliner Durchschnitt. Zum einen sanken die Transferbezieh*innen im Bereich der Oberen Sonnenallee um 0,96 Prozentpunkte, im Berliner Schnitt nur um 0,17 Prozentpunkte. Auch die Kinderarmut ging mit -4,8 Prozentpunkte stärker zurück als der Berliner Mittelwert von -1,6 Prozentpunkte (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a). Dies ist möglicherweise durch den zunehmenden Zuzug von Mittelschichtfamilien bedingt.

⁵Die Daten beziehen sich auf Erhebungen aus dem Jahr 2016 (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017a).

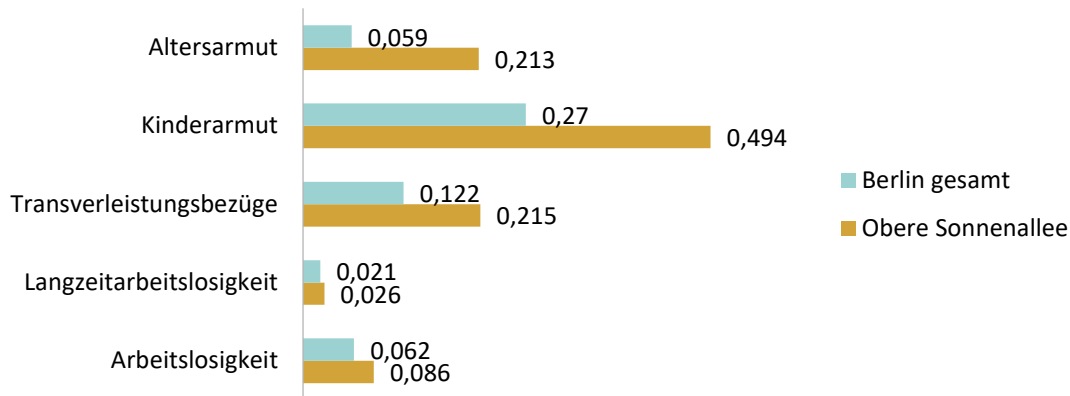


Abbildung 4 Indikatoren zur sozialen Lage

2.2 Kriminalitätslage⁶

Die relevanten Daten zur Kriminalitätslage werden von der Berliner Polizei auf Basis der lebensweltlich orientierten Räume (LOR)⁷ bereitgestellt. Die kleinste räumliche Einheit, auf welcher dabei die Daten zu Kriminalität verfügbar sind, stellen die so genannten Planungsräume dar. Diese sind nicht komplett deckungsgleich mit dem Fallstudiengebiet Sonnenallee, welches sich aus den LOR-Planungsräumen Reuterkiez und Donaustraße zusammensetzt. Der Abschnitt der Donaustraße liegt dabei komplett im Fallstudiengebiet, während ein Großteil des Planungsraumes Reuterkiez außerhalb liegt (schraffierter Bereich in der Karte). Die folgende Darstellung der Kriminalitätslage ist somit von dieser Abweichung leicht verfälscht und wird daher ausführlicher beschrieben.

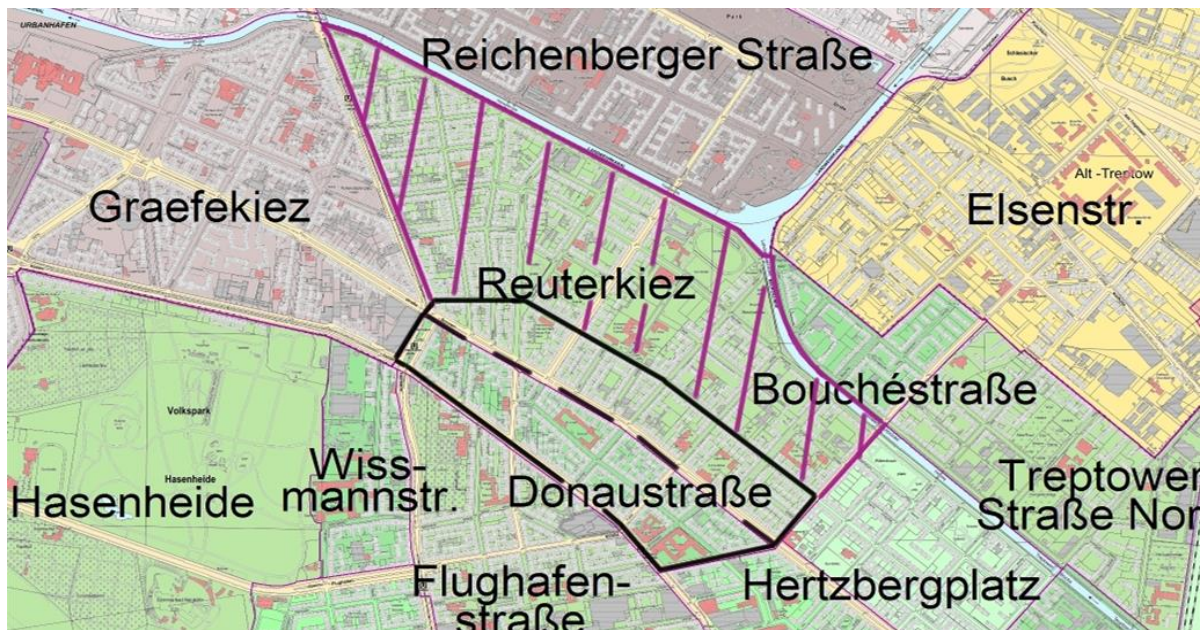


Abbildung 5 Summengenbiet (Karte: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2021)

⁶Die Daten in diesem Bereich beziehen sich auf das Jahr 2018.

⁷Seit 2012 orientiert sich die Polizei in der Betrachtung der Kriminalitätsbelastung an der dreistufigen Raumgliederung des Berliner Senats (gemeinsam als LOR bezeichnet). Die LOR wurden 2006 vom Senat eingeführt um eine einheitliche Struktur in der Beobachtung, Analyse und Planung von demografischen und sozialen Entwicklung zu schaffen. (Polizei Berlin- Landeskriminalamt 2020, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2019)

Im Summengebiet wurden 2018 insgesamt 5.909 Straftaten verübt, was einer Häufigkeitszahl⁸ von 16.346 entspricht. Die Kriminalitätsbelastung lag damit insgesamt 20% höher als im Berliner Durchschnitt. Sie war vor allem in der Donaustraße erhöht, nämlich um 119%, während sie im Reuterkiez 10% unter der gesamt-Berliner Häufigkeitszahl lag. Insgesamt ist der Reuterkiez somit deutlich weniger kriminalitätsbelastet als der Abschnitt Donaustraße. Auf Basis der zur Verfügung stehenden Daten ist nicht ersichtlich, wie sich die Verteilung innerhalb des Reuterkiezes gestaltet. Somit kann keine Aussage darüber getroffen werden, ob der zum Fallstudiengebiet Sonnenallee gehörende Teil des Reuterkiezes stärker von Kriminalität betroffen ist als der nördlich gelegene. Auch in Hinblick auf den Bereich Donaustraße ist zu berücksichtigen, dass in diesem der Hermannplatz gelegen ist. Dieser gilt auch angesichts der Vielzahl an Menschen, die dort täglich verkehren, als Kriminalitätsschwerpunkt in Neukölln. Auch hier erlauben die zur Verfügung stehenden Zahlen keine Aussagen darüber, welchen Anteil der Hermannplatz am Kriminalitätsaufkommen hat und welcher Anteil die hier im Fokus stehende Sonnenallee und ihre Seitenstraßen hat. Die Deliktart mit der größten Differenz zu Gesamtberlin sind Rauschgiftdelikte, welche im Summengebiet 95% über dem Schnitt liegen. Mit 305% über dem Berliner Schnitt kommen Rauschgiftdelikte im Planungsraum Donaustraße extrem häufig vor. Auch hier ist eine Verzerrung durch den Hermannplatz wahrscheinlich, aber nicht belegbar. Im Reuterkiez waren Rauschgiftdelikte ebenfalls die Deliktart, welche am deutlichsten über dem Berliner Schnitt lag (31% erhöht).

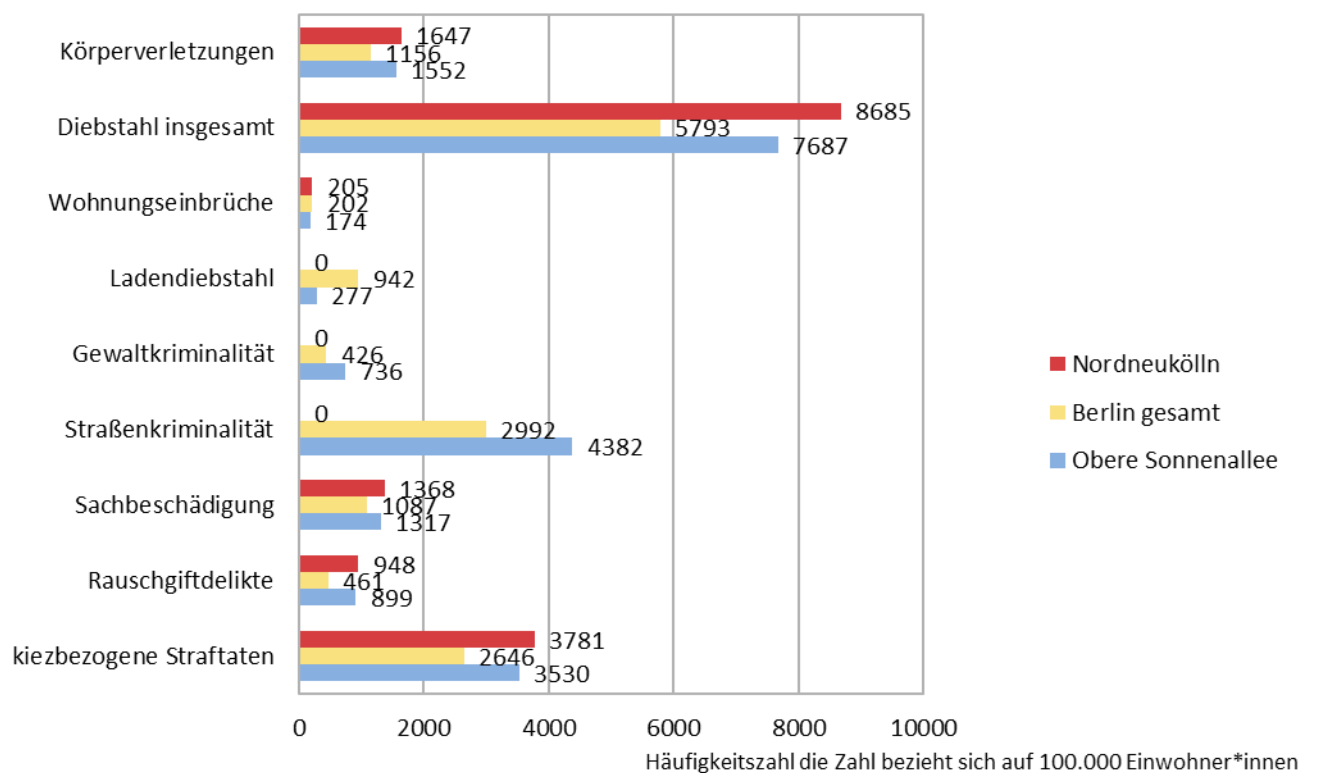


Abbildung 6 Vergleich der Häufigkeitszahlen verschiedener Deliktarten

Auch deutlich höher liegt der Bereich der Gewaltkriminalität mit 73% über dem Durchschnitt Gesamtberlins, welcher sich ebenfalls besonders in der Donaustraße als problematisch herausstellt (277% höher). Da der Summenschlüssel Gewaltkriminalität jedoch schwere und gefährliche Körperverletzung

⁸Die Häufigkeitszahl gibt die erfassten Straftaten errechnet auf 100.000 Einwohner*innen an. Sie soll so die Gefährdung durch Kriminalität ausdrücken und ermöglicht gleichzeitig eine bessere Vergleichbarkeit.

einschließt, welche auch Taten im privaten Umfeld umfasst, kann daraus nicht direkt auf die Gefährdung im öffentlichen Raum geschlossen werden. Neben sonstigen Taten wie Mord und Totschlag, Raub und räuberische Erpressung oder Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, macht Körperverletzung i.d.R. den größten Anteil des Summenschlüssels aus. Wesentlich eindeutiger in der Bedeutung für den öffentlichen Raum ist der Summenschlüssel der Straßenkriminalität, welche im Gebiet der Oberen Sonnenallee mit einer Häufigkeitszahl von 4.382 um 46% über der Berliner Häufigkeitszahl lag und 26,8% der Straftaten ausmachte. Ebenfalls deutlich erhöht waren Körperverletzungsdelikte (34% höher), jedoch vor allem in der Donaustraße (198% höher), während sie im Reuterkiez mit lediglich 271 Taten (Hz 977) um 15% weniger häufig waren als in Berlin gesamt. Der Anteil kiezbezogenen Straftaten liegt mit 33% ebenfalls höher. Als kiezbezogen gelten Straftaten, in welchen ein „enger räumlicher Bezug zwischen Tatort und Wohnort des Täters“ [besteht.], wie beispielsweise Fälle häuslicher Gewalt, Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung, Verwahrlosungstendenzen wie Destruktionsdelikte und Vandalismus und „eine erkennbare Nichtachtung staatlicher Autorität“ (Kriminalitätsatlas Berlin 2019). In beiden Teilgebieten machen die kiezbezogenen Straftaten um die 20% (bzw. 22%) der gesamten Straftaten aus, die Häufigkeitszahl war jedoch mit 6.082 in der Donaustraße mehr als doppelt so hoch als im Reuterkiez (2.755), in welchem die kiezbezogenen Straftaten in etwa so hoch waren wie im Berliner Schnitt. Auch Diebstahldelikte sind im Summengebiet der Oberen Sonnenallee um 33% höher als im Berliner Durchschnitt. Insgesamt macht Diebstahl 47% der Straftaten aus und ist mit einer Häufigkeitszahl von 11.784 der am häufigsten auftretende Straftatenbereich. Mit einer um 21% höheren Häufigkeitszahl ist Sachbeschädigung im Summengebiet der Oberen Sonnenallee ebenfalls eine zu beachtende Problematik. Besonders, da Sachbeschädigung das Bild und Wahrnehmung des öffentlichen Raumes prägt. Auch Sachbeschädigung ist vor allem im Planungsraum Donaustraße ein Problem, wo die Häufigkeitszahl um 114% erhöht ist und es 196 Fälle 2018 gab.

Teil 2 Subjektive Sicherheitswahrnehmung

1 Quantitative Untersuchung zur Sicherheitswahrnehmung

Im Rahmen des SiQua-Projekts wurde eine postalische Befragung im Fallstudiengebiet obere Sonnenallee durchgeführt, um über die offiziellen Daten der polizeilichen Kriminalstatistik hinaus in der Bevölkerung abzufragen, ob sie im Jahr 2019 Opfer einer Straftat geworden ist. Darüber hinaus wurde die Bevölkerung zu ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden befragt. Angeschrieben wurden 5.000 zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Personen im Alter von 17-85 Jahren. Etwa 6% der Briefe konnten nicht zugestellt werden. Die Befragten antworteten überwiegend postalisch und mit einem deutschen Fragebogen. Eine Online-Teilnahme und die Nutzung englischer, türkischer, russischer und arabischer Fragebögen waren möglich. 920 Fragebögen gehen in die Auswertung mit ein, ca. 20% der zugestellten Fragebögen. Aufgrund einer Panne der Druckerei ist für etwa 16% der Fragebögen keine sichere LOR-Zuordnung möglich. Die nachfolgend dargestellten Befunde wurden durch zusätzliche Analysen abgesichert.

Die insgesamt 952 berücksichtigten Fragebögen verteilten sich wie folgt nach Bevölkerungsgruppen:

Geschlecht		Alter		Migrationshintergrund	
weiblich	54 %	17-24	3 %	ohne	66 %
männlich	46 %	25-34	30 %	mit, in D geboren	14 %
		35-44	29 %	mit, nicht in D geboren	20 %
		45-54	15 %		
		55-64	13 %		
		65-74	6 %		
		>74	4 %		

Abbildung 7 Rückläufer nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund

Zunächst wurde die Bevölkerung danach gefragt, ob sie in den vergangenen 12 Monaten Opfer einer Straftat geworden ist. In den ausgewerteten Fragebögen beantworteten 52% diese Frage mit ja. Unter den Straftaten, die die Leute angaben, stellten Fahrraddiebstahl, Sachbeschädigung, sonstiger Diebstahl und sexuelle Belästigung die am häufigsten genannten Deliktarten dar.

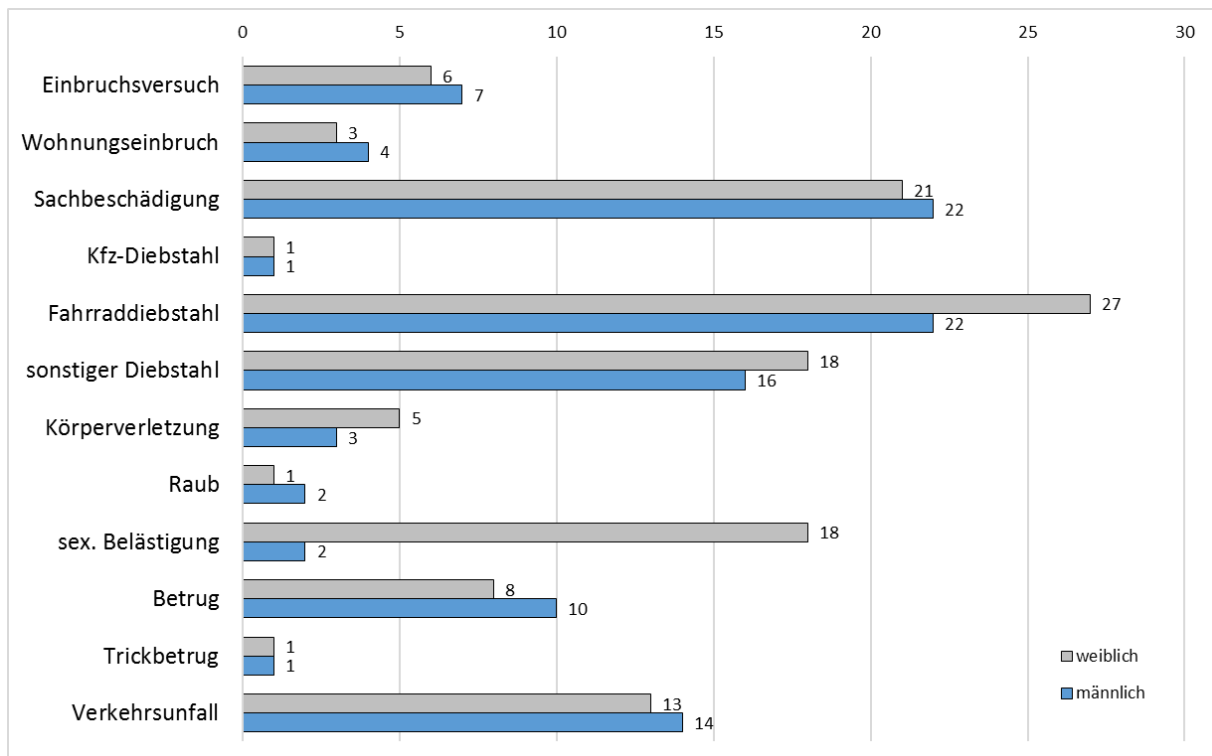


Abbildung 8 Opferanteil der letzten zwölf Monate nach Geschlecht (Prävalenzraten in %)

In Hinblick auf die subjektive Sicherheitswahrnehmung wurde die Bevölkerung gefragt, wie sicher sie sich fühlen, wenn Sie bei Dunkelheit bzw. tagsüber allein in Ihrer Wohngegend unterwegs sind. Diese Frage gilt in der Forschung als Standardindikator für subjektive Sicherheit und wird so in allen Studien zu diesem Thema verwendet. Dies erlaubt eine Vergleichbarkeit über Städte- und Ländergrenzen hinweg. Auf diese Frage antworteten 21% der Befragten, dass sie sich bei Dunkelheit eher oder sehr unsicher fühlen. Im bundesweiten Viktimisierungssurvey von 2017 gaben 28% der Befragten in ganz Berlin eine dieser beiden Antworten (BKA 2019). Dies zeigt, dass die subjektive Sicherheitswahrnehmung im Fallstudiengebiet sogar etwas positiver ausgeprägt ist als in anderen Teilen Berlins. Gleichwohl finden sich deutliche Unterschiede bei einem Blick in verschiedene Bevölkerungsgruppen. Wie Schaubild 9 zeigt, ist die Unsicherheitswahrnehmung insbesondere mit zunehmendem Alter und unter Frauen besonders bei Dunkelheit stark ausgeprägt. Beide Befunde stehen im Einklang mit zahlreichen Untersuchungen in anderen Städten und Ländern. Interessant zu erwähnen ist aber, dass die Unsicherheitswahrnehmung am Tage in der Altersgruppe zwischen 45 und 65 Jahren am größten ist. Dies deckt sich jedoch auch mit der im nachfolgenden Kapitel vorgestellten Beobachtung, dass gerade die ältere Bevölkerung manchen Gefahren am Tag oft mit einer gewissen wehrhaften Uner-schrockenheit entgegnet. Hingegen werden mangelnde Beleuchtung in der Nacht vor allem von Vertreter*innen dieser Gruppe als Unsicherheitsfaktor angegeben (s.u.). Keinen besonderen Unterschied in Bezug auf die Sicherheitswahrnehmung macht hingegen der Migrationshintergrund der Befragten. Ist sie am Tage bei Personen mit Migrationshintergrund geringfügig negativer gegenüber der deutschstämmigen Bevölkerung, ist es in der Dunkelheit gerade umgekehrt.

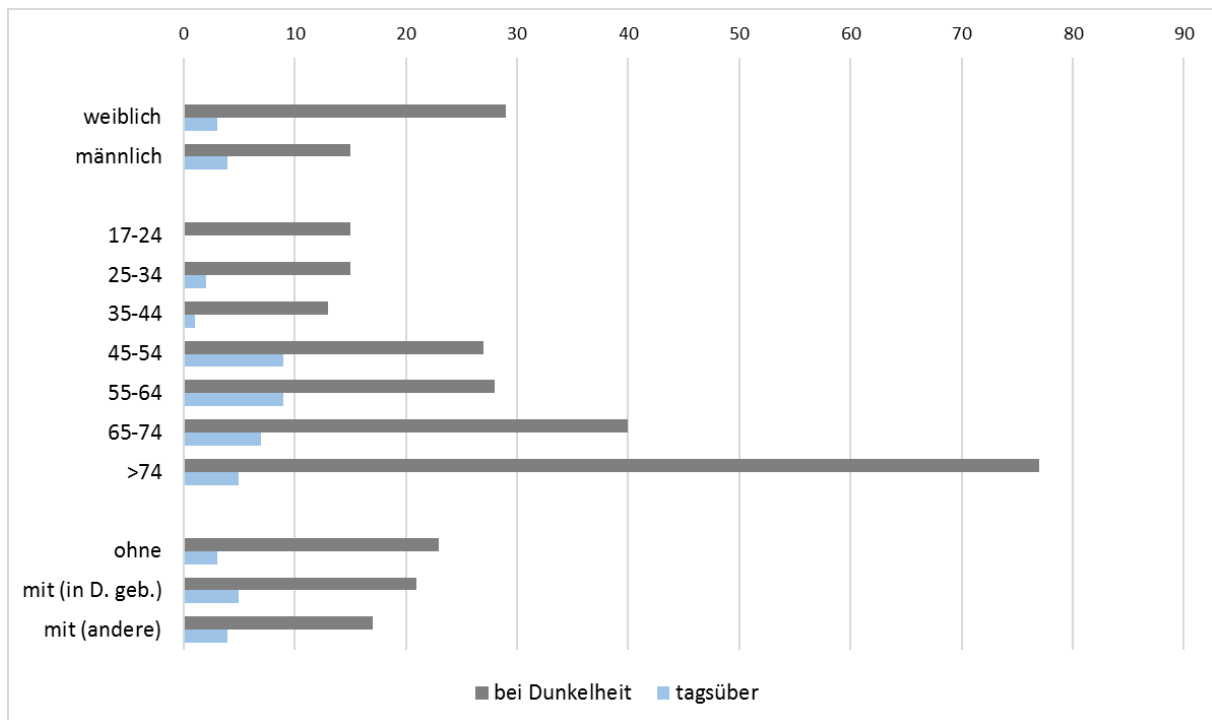


Abbildung 9 Sicherheitsempfinden im Wohngebiet

In der Untersuchung wurde weiterhin gefragt, wie stark unterschiedliche Delikte die Menschen persönlich beunruhigen. Wie sich zeigte (vgl. Abb. 10), ist über die Hälfte von allen Befragten in Sorge, Opfer eines Verkehrsunfalls zu werden. Diese Sorge ist fast doppelt so groß wie die nächsten anderen Delikte. Hier folgen Diebstahl (29%), Pöbeleien (26%), sexuelle Belästigung (25% der Frauen) und Wohnungseinbruch (23%). Mit etwas Abstand dahinter folgen Gewaltverbrechen wie Raub (16%) oder Körperverletzung (20% insgesamt) sowie Betrug mit 15%. Interessant ist zum einen, dass parallel auch andere nicht sicherheitsbezogene Gefahren abgefragt wurden, die für deutlich mehr Menschen Grund zur Sorge sind als das Thema Sicherheit. So gaben 88% der Befragten an vor dem Erstarken des Rechtspopulismus, 86% vor den Folgen des Klimawandels und 81% von der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich beunruhigt zu sein. Obwohl Sicherheit in den Medien zwar häufig als großes Thema unserer Zeit dargestellt wird, zeigen diese Zahlen doch, dass die Sorge um eine intakte Umwelt und eine solidarische und gerechte Gesellschaft die Menschen weit stärker beschäftigt.

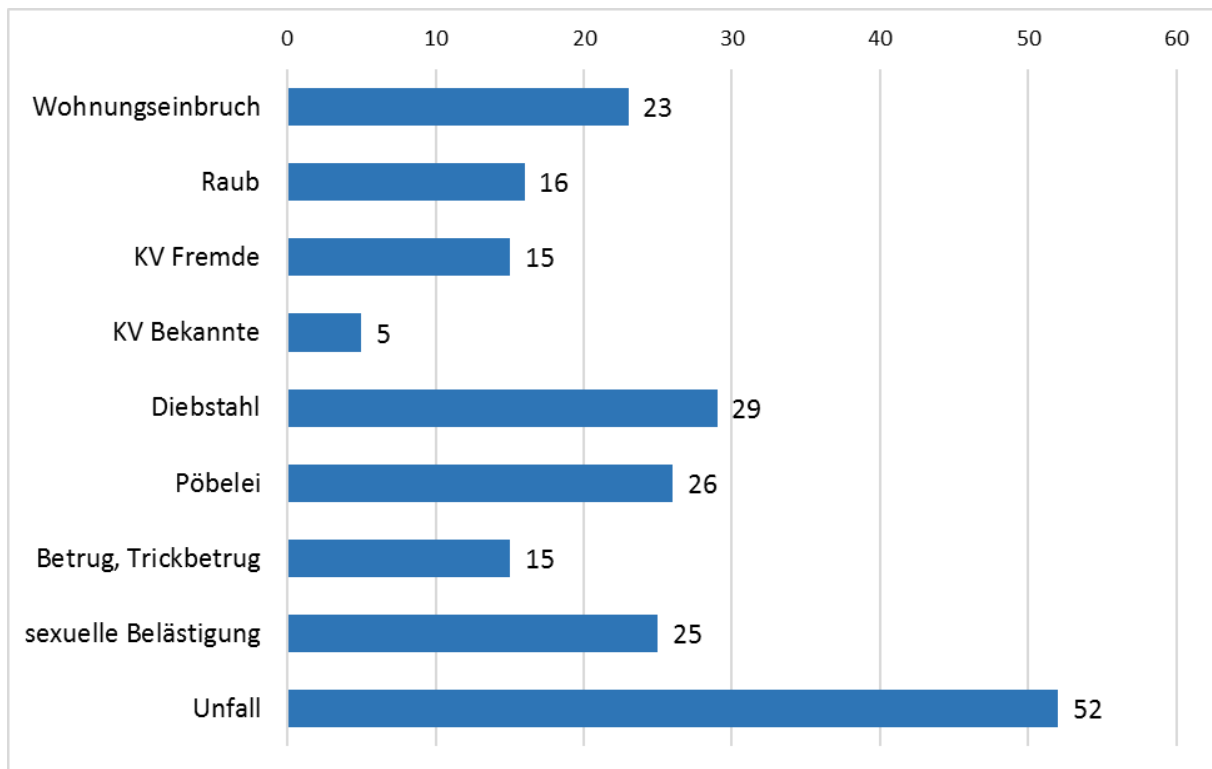


Abbildung 10 Anteil der Personen, die sich wegen dieser Delikte ziemlich oder sehr stark beunruhigt fühlen

Die Untersuchung zeigt, dass klassische Straftaten die Menschen weitaus weniger beschäftigen als angenommen. Lediglich die Sorge vor Verkehrsunfällen treibt große Teile der Bevölkerung um. Dies wirft die Frage auf, was dann das subjektive Unsicherheitsempfinden der Menschen im Fallstudiengebiet bedingt. Um diese Frage zu klären, wurde parallel zur quantitativen Befragung eine qualitative Studie durchgeführt (siehe Kapitel 2). Dort wurden die Menschen offen gefragt, woran sie beim Thema Sicherheit denken. Auch dort zeigte sich, dass in keinem Interview klassische Straftaten an erster Stelle stehen. Vielmehr waren es sogenannte Unordnungsphänomene („incivilities“), die die Menschen als erstes nannten. Diese Erkenntnis ist aber nicht außergewöhnlich für das Fallstudiengebiet, sondern ebenfalls in zahlreichen Studien überall auf der Welt gut dokumentiert worden. Daher wurden im Rahmen der quantitativen Befragung die Menschen gefragt, wie häufig ihnen bestimmte Unordnungsphänomene begegnen und wie stark sie diese beunruhigen (Abb. 11).

Anders als bei Straftaten sind sich die Menschen in Bezug auf die Unordnungsphänomene über weite Teile einig. So empfinden mehr als 90% der Befragten Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr, Pöbeleien und Beleidigungen, Spuren von Drogenkonsum, sowie Form von Streit und Schlägereien im öffentlichen Raum als besonders schlimm. Mehr als 80% gaben zudem an, sich besonders über Vandalismus und herumliegend Abfall zu ärgern.

Dieses Ergebnis spiegelt zum größten Teil die Phänomene wider, auf die sich die Menschen auch in den qualitativen Interviews beziehen. Lag dort jedoch der Fokus stärker auf der oberen Sonnenallee selbst, wurde in der quantitativen Untersuchung das gesamte Fallstudiengebiet untersucht. Während ein Schwerpunkt in den Interviews daher die beengte Situation auf der Sonnenallee war, wurde diese in der quantitativen Untersuchung nicht abgefragt. Lediglich die in der quantitativen Untersuchung abgefragten „Menschengruppen“ spielt in den Interviews eine starke Rolle. Gleichwohl wurden diese in den Interviews vor allem im Kontext respektlosen Verhaltens junger Männer beschrieben, was

durch den eher neutralen Begriff „Menschengruppen“ in der quantitativen Befragung nicht abgebildet wurde. Hier wird auch deutlich, dass die Menschen in den Interviews dazu tendieren, die Phänomene stärker über die wahrgenommenen Täter*innengruppen (z.B. junge Männer, Drogenkonsument*innen) zu beschreiben und erst in zweiter Linie nach Delikten zu differenzieren.

Interessant ist, dass es weniger die Häufigkeit der Phänomene ist, die die Menschen umtreibt, sondern die Bewertung dieser Phänomene. Dies wird insbesondere am Beispiel von Streit und Schlägereien im öffentlichen Raum deutlich. Zwar sagen nur etwa 20%, dass sie entsprechende Phänomene oft oder sehr oft beobachten, aber über 90% halten diese für schlimm oder sehr schlimm. Dies entspricht ziemlich genau dem, was sich auch auf der qualitativen Ebene gezeigt hat. So spielen Erfahrungen, Berichte und Beobachtungen von aggressivem und gewaltsamem Verhalten in fast allen Interviews eine Rolle. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass es oft die gleichen wenigen aber besonders einprägsamen Vorfälle sind, über die die Menschen wiederholt berichteten.

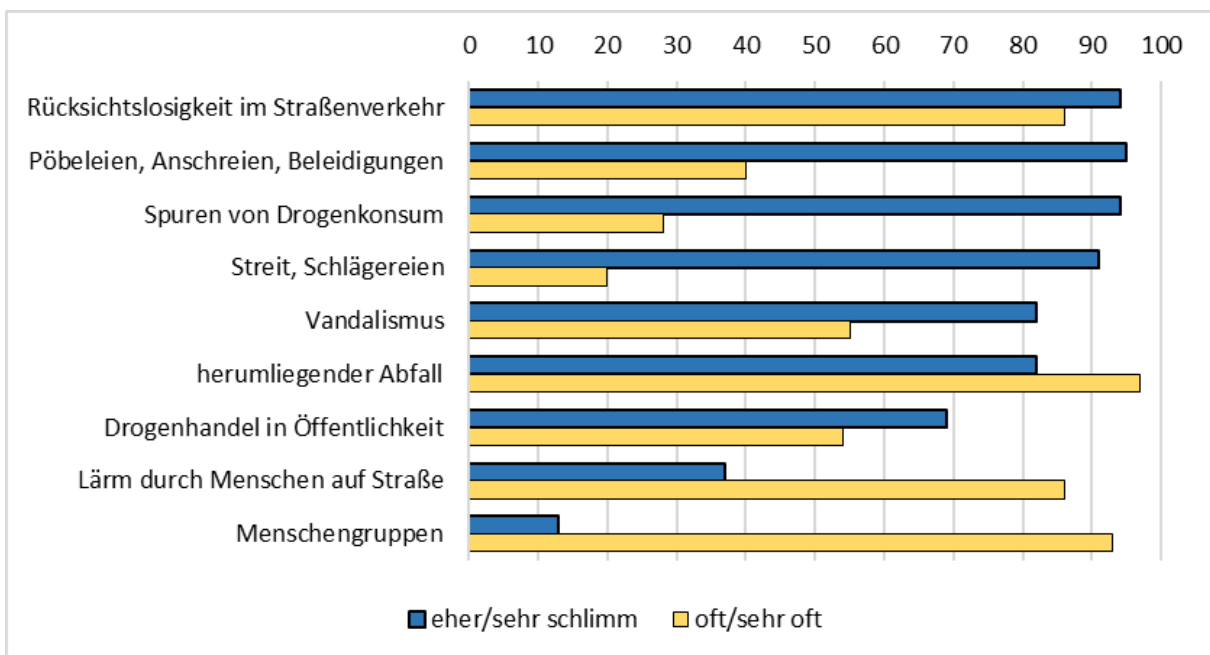


Abbildung 11 Bewertung und Häufigkeit von Unordnungsphänomenen („incivilities“)

2 Qualitative Untersuchung zur Sicherheitswahrnehmung.

Über die quantitative Abfrage von Häufigkeiten der Wahrnehmung und Bewertung unterschiedlicher Delikte und Unordnungsphänomene hinaus wurde eine Reihe von Menschen im Untersuchungsgebiet ausführlich zu ihrer Sicherheitswahrnehmung befragt. Hierzu wurde zunächst allgemein nach dem Sicherheitsempfinden gefragt. Im Anschluss wurden die Befragten gebeten zu schildern, welche Sicherheitsphänomene sie in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen und inwiefern sie sich durch diese konkret beunruhigt oder sogar verängstigt fühlen. Dabei wurde zwischen der Einstellung der Befragten und möglicherweise daraus resultierendem Verhalten (z.B. Vermeidung bestimmter Orte) unterschieden. Schließlich wurden die Befragten gebeten darzustellen, wie sie sich die Phänomene in ihrem Wohnumfeld erklären. Hierzu gehört die Frage, wer aus ihrer Sicht die Täter*innen sind und welche Ursachen deren Verhaltensweisen haben. Mit diesen Fragen sollte einerseits aufgeklärt werden, inwiefern unterschiedliche Erklärungsansätze für die beobachteten Phänomene das Unsicherheitsempfinden beeinflussen und andererseits untersucht werden, welche Rolle Migration im Kontext der Sicherheitswahrnehmung spielt und inwiefern zur Ursachenbeschreibung gruppenbezogene Stereotype (z.B. Religion, Kultur, Temperament) herangezogen werden.

Ein besonderes Anliegen des Projekts war es, Migration nicht nur zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, sondern insbesondere auch Bürger*innen mit Migrationshintergrund und insbesondere auch zuletzt nach Deutschland Geflüchtete zu Wort kommen zu lassen. Untersucht werden sollte daher, inwiefern sich die Sicherheitswahrnehmung von Menschen mit Migrationshintergrund von denen der deutschstämmigen Bevölkerung unterscheidet. Da insbesondere in Stadtteilen wie Berlin Neukölln eine Zweiteilung der Bevölkerung in deutschstämmige und migrantische Bevölkerung die Bevölkerungszusammensetzung nicht hinreichend abbildet, wurde auch vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen um das Jahr 2015 zusätzlich zwischen Personen unterschieden, die erst seit kurzem in Deutschland, bzw. Berlin Neukölln wohnen und solchen, die bereits ihr ganzes Leben oder zumindest seit vielen Jahrzehnten ansässig sind.

Schließlich folgte das Projekt der Annahme, dass für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nicht nur sicherheitsrelevante Phänomene von Bedeutung sind, sondern auch die Präsenz und Handlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden. Daher wurde einerseits auch nach der Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Polizei durch die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gefragt. Andererseits wurde aber auch die Polizei selbst ebenso wie die Bevölkerung nach ihrer Wahrnehmung der Lage im Quartier und den Ursachen für Sicherheitsphänomene befragt.

Für die Studie wurden im Fallstudiengebiet 27 Interviews mit insgesamt 56 Anwohner*innen, im Gebiet Angestellten oder Gewerbetreibenden ausgewertet. Aufgrund des besonderen Fokus auf das Thema Migration wurde bei der Auswahl der Interviewpartner*innen besonders darauf geachtet, dass sowohl Personen mit und ohne Migrationshintergrund und sowohl solche, die schon seit vielen Jahrzehnten und solche, die erst seit einigen Jahren hier leben, einbezogen wurden. Bei der Auswahl der Interviewpartner*innen und für die Auswertung wurden folgende Bevölkerungsgruppen angenommen:

- **Langansässige ältere Deutsche ohne Migrationshintergrund** (n=25), die meist seit Jahrzehnten in Neukölln leben oder dort geboren wurden. Darunter sind auch 2 Gewerbetreibende.
- **Langansässige türkisch- oder arabischstämmige Bürger*innen** (n=20), die ebenfalls seit Jahrzehnten in Neukölln leben oder hier geboren und aufgewachsen sind. Da im Rahmen der Studie nur begrenzte Mittel für die Durchführung von Interviews zur Verfügung standen, wurden

keine Personen mit anderen Migrationshintergründen interviewt. Dies hat zur Folge, dass ein Teil der Bevölkerung zwar nicht berücksichtigt wurde, dass im Gegenzug aber für die Gruppe der türkisch- und arabischstämmigen Mitbürger*innen eine hinreichende Verlässlichkeit der Ergebnisse angenommen werden kann.

- **Vor kurzem nach Deutschland Geflüchtete** (n=4): Hierbei handelt es sich in allen Fällen um Personen, die aus Syrien nach Deutschland geflüchtet sind. Obwohl sich diese Gruppe in der Praxis zu signifikanten Teilen aus Jugendlichen und jungen Männern zusammensetzt, konnten im Rahmen der Rekrutierung keine Personen aus dieser Gruppe gewonnen werden. Bei den Befragten handelt es sich in 3 Fällen um Familienväter, die mit ihren Familien nach Deutschland geflohen sind. Keiner der Befragten war der deutschen Sprache mächtig. Daher wurden die Interviews mit Unterstützung eines Laienübersetzers durchgeführt. Darüber hinaus konnte ein Interview mit einer jungen Frau geführt werden, die in einem der Gewerbebetriebe auf der Sonnenallee angestellt ist. Sie konnte auf Deutsch interviewt werden. Aufgrund dieser Tatsachen und der geringen Fallzahl ist die Aussagekraft der Ergebnisse nicht gesichert. Auch konnten die Befragten zu den zentralen Themen der anderen Bevölkerungsgruppen nur wenig sagen. Daher wurde die Perspektive der Geflüchteten am Ende des nachfolgenden Kapitels 2.1 zusammenfassend kurz dargestellt.
- **Zugezogene Mittelschicht** (n=7): Personen aus dieser Gruppe waren meist nicht in Berlin geboren, sondern aus anderen Teilen Deutschlands nach Neukölln zugezogen. Meist hatten diese Personen einen akademischen Hintergrund, waren Studierende oder arbeiteten in sozialen Berufen. Viele hatten Kinder im Kindergarten- oder Schulalter.

Um darüber hinaus auch die Perspektive der Polizei angemessen berücksichtigen zu können, wurden insgesamt 8 Interviews mit Vertreter*innen der Polizei und des Ordnungsamts durchgeführt. Darunter waren drei Personen, die nur für das Fallstudiengebiet und fünf, die für Gesamtneukölln zuständig sind. Schließlich wurden vier Personen befragt, die sich im Fallstudiengebiet als Konsument*innen harter Drogen aufhielten oder dort lebten und die teilweise einen osteuropäischen Migrationshintergrund hatten. Die Befragung erfolgte anhand eines qualitativen Interviewleitfadens, der gemeinsam mit Kolleg*innen der Universität Potsdam und der Deutschen Hochschule der Polizei ausgearbeitet und in allen 9 Fallstudiengebieten angewandt wurde. Die Interviews wurden in der Mehrzahl der Fälle als Einzelinterviews durchgeführt. In einigen Fällen waren die Interviewpartner*innen aber auch zu zweit. Schließlich konnten drei Gruppeninterviews mit 6-8 Personen durchgeführt werden. Die Auswertung aller Interviews erfolgte inhaltsanalytisch.

2.1 Zusammenfassung der Ergebnisse zur subjektiven Sicherheitswahrnehmung

Um die Sicherheitswahrnehmung der Befragten einordnen zu können, muss man sich zunächst ein Bild von der Situation vor Ort verschaffen. Die obere Sonnenallee erscheint dann als hochfrequentierte Geschäftsstraße, auf der zumindest an warmen Tagen sehr vielen Menschen mit arabischem Migrationshintergrund verkehren, die entweder schon lange in Berlin wohnen oder erst in den vergangenen 5 Jahren z.B. aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak nach Berlin gekommen sind, oder die aus dem weiteren Bundesgebiet wegen der besonderen Angebotsvielfalt auf die Sonnenallee kommen. Aufgrund der internationalen Bekanntheit kommen zudem in den Sommermonaten noch eine Vielzahl von Tourist*innen hinzu, die durch die Medien auf die „arabische Straße“ aufmerksam geworden sind. Dies führt, wie für erfolgreiche Geschäftsstraßen, auf denen sich Menschen zum Einkaufen oder zum Freizeitvertreib aufhalten, nicht ungewöhnlich, zu Menschenansammlungen und

dichtem Gedränge. Sind andere vergleichbare Straßen wie z.B. die Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg angesichts einer derartigen Situation zu Fußgängerzonen umgewandelt worden, ist dies auf der Sonnenallee nicht der Fall. Entsprechend ist der Raum, in dem die Gewerbetreibenden ihren Geschäften nachgehen und in dem sich die Menschen aufhalten, einkaufen und verweilen, sehr konzentriert und eingeschränkt. Die Menschendichte und das Konfliktpotential sind daher auch entsprechend hoch.

Hinsichtlich der Wahrnehmung von Sicherheitsphänomenen nannten die Befragten meist recht ähnliche Phänomene. Auch hinsichtlich der Relevanz, die sich darin zeigt, welche Phänomene als erstes und ohne Nachfrage durch den Interviewer thematisiert wurden, zeigten sich unabhängig von den befragten Bevölkerungsgruppen ähnliche Phänomenreihenfolgen. Die nachfolgende Liste gibt einen guten Überblick über die zehn am häufigsten thematisierten Sicherheitsphänomene.

1. **Übernutzung & Aggressivität**
2. **Sexuelle Belästigungen (Beleidigungen, anzügliche Bemerkungen)**
3. **Gewaltsame Konflikte**
4. **Verkehr**
5. Drogenhandel und Drogenkonsum
6. Diebstahl
7. Vermüllung
8. Verdrängung durch Wandel der Nachbarschaft
9. Rassismus
10. Machenschaften krimineller Clans

Die Wahrnehmung der Phänomene ist relativ unabhängig von der Herkunft, Bildung oder Einstellung gegenüber Kriminalität, Unordnung oder Migration. Gleichwohl treten im Detail unterschiedliche Akzentuierungen auf. So spielt für die Gewerbetreibenden das Thema **Diebstahl** eine größere Rolle, ebenso wie das Thema **sexuelle Belästigungen** und anzügliche Bemerkungen vor allem von Frauen thematisiert wurde. „Incivilities“ wie **Lärm, Müll, Verstöße gegen Park- und Verkehrsregeln** spielten aber quasi in allen Interviews eine zentrale Rolle, wobei das Thema Verkehr besonders herausragte. Ebenfalls wurde von allen Befragten die unvermeidliche **Enge** aufgrund der **Übernutzung** der Straße und das damit einhergehende **Gedränge thematisiert**. Demgegenüber hatten die wenigsten Befragten konkrete Erfahrungen mit oder Wissen von **schwerwiegenden Straftaten** im Umfeld der Sonnenallee. Diese wurden mit Ausnahme von **Gewaltkonflikten** meist erst auf konkrete Nachfrage genannt und basierten dann in den meisten Fällen auf dem Hörensagen. Unterschiede ergeben sich insofern vor allem dort, wo Personen aus besonderen z.B. beruflichen Gründen besondere Einblicke in bestimmte Gebiete oder Bereiche haben oder wenn sie selbst Opfer bestimmter Formen von Kriminalität geworden sind. Insbesondere das Thema Rassismus spielt in diesem Zusammenhang für die Menschen mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle.

Hinsichtlich der Frage nach der subjektiven Sicherheitswahrnehmung zeigt sich, dass zwischen der Wahrnehmung lokaler Sicherheitsphänomene und dem subjektiven Sicherheitsempfinden kein starker Zusammenhang besteht. Vielmehr hängen Differenzen davon ab, *wie* die Befragten die vielfältigen Phänomene verstehen und bewerten. Diese Beobachtung bestätigt sich auch im Vergleich zwischen den verschiedenen Fallstudien. Die Art, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen Sicherheitsphänomene verstehen und bewerten, ist somit weitestgehend unabhängig vom Stadtquartier. Aber auch Faktoren wie Alter, Bildung, Geschlecht oder Migrationshintergrund können die Unterschiede in der

Sicherheitswahrnehmung nur teilweise erklären. Besser geeignet sind hingegen bestimmte geteilte Einstellungen und Erfahrungen, um das Sicherheitsempfinden zu erklären.

Stand im Projekt SiQua die Frage im Zentrum, welchen Unterschied die Dauer der Anwohnerschaft und der Migrationshintergrund für das Sicherheitsempfinden haben, kann nach der Auswertung festgestellt werden, dass die Migrationsgeschichte der Befragten zwar die Art beeinflusst, wie die unterschiedlichen Phänomene eingeordnet werden, aber für sich alleine nicht geeignet ist, die subjektive Sicherheitswahrnehmung zu erklären. Entsprechend finden sich sowohl in der Gruppe der Menschen mit, als auch in der ohne Migrationshintergrund Personen die sich sicher bzw. unsicher fühlen. Hinsichtlich der Frage nach der Dauer der Anwohnerschaft im Fallstudiengebiet besteht demgegenüber ein deutlicherer Zusammenhang. Personen die erst seit kurzem im Fallstudiengebiet leben, fühlten sich meist sicherer als Personen, die bereits seit Jahrzehnten im Fallstudiengebiet leben. Vor diesem Hintergrund stellt sich daher auch die Frage, inwiefern das Alter der Befragten ein relevanter Einflussfaktor für das Sicherheitsempfinden ist. Auf den ersten Blick scheinen die Interviews einen Zusammenhang zu bestätigen. Jedoch zeigte sich in zwei Fällen in denen ältere Personen interviewt wurden, die erst seit kurzem in Neukölln leben, dass diese ebenfalls nur ein geringes Unsicherheitsempfinden haben. Vor diesem Hintergrund könnte die Dauer der Anwohnerschaft den größeren Einfluss auf das Sicherheitsempfinden haben als das Alter der Personen allein. Dies lässt sich aufgrund der geringen Datenbasis jedoch nicht abschließend beantworten.

Ein weiterer Aspekt stellt die persönliche Opfererfahrung, bzw. die Bekanntschaft mit Personen dar, die Opfer einer Straftat geworden sind. Unter den Befragten waren nur wenige (n=6), die von sich selbst sagten, dass sie schon einmal Opfer einer Straftat geworden sind. Von diesen sagten drei, dass sie sich besonders unsicher fühlten. In allen Fällen gesteigerter Unsicherheit lag die Straftat relativ kurz zurück. Dies steht im Einklang mit anderen Forschungsergebnissen, die einen schwachen Zusammenhang zwischen Opfererfahrung und subjektiver Sicherheitswahrnehmung sehen und diesen zudem in Zusammenhang mit dem zeitlichen Aspekt bringen (vgl. Russo und Roccato 2010; Hirtenlehner und Hummelsheim-Doss 2015).

Ein anderer Aspekt scheint schließlich einen wesentlich stärkeren Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmung zu haben. Wie sich zeigt ist bei vielen der Beteiligten die Wahrnehmung von Sicherheitsphänomenen mit der angenommenen Herkunft der vermeintlichen Täter*innen verbunden. Das Sicherheitsempfinden hängt demnach davon ab, zu welchem Grad fremdenfeindliche Überzeugungen zur Erklärung und Bewertung der Phänomene herangezogen werden. So zeigt sich, dass Personen, die sich Kriminalität über die Kultur oder Religion der vermeintlichen Täter*innen erklären, sich gleichzeitig auch weniger sicher fühlen. Dies ist unabhängig vom Migrationshintergrund der Befragten. Fremdenfeindliche Erklärungsmuster finden sich in allen Bevölkerungsgruppen und richten sich meist gegen Gruppen, die weniger lange in Deutschland oder Neukölln wohnen als die eigene ethnische Gruppe. Je größer die Ressentiments, umso größer ist auch das subjektive Unsicherheitsgefühl. Personen, die jedoch auch positive, persönliche Erfahrungen mit Mitgliedern anderer ethnischer Gruppen gemacht haben, berichten meist auch ein geringeres Unsicherheitsempfinden. Persönliche, positive Erfahrungen scheinen somit geeignet zu sein, stereotype Deutungsmuster zu reduzieren und dadurch das Sicherheitsempfinden zu steigern.

Umgekehrt bedienen sich Bevölkerungsgruppen, die sich sehr sicher fühlen meist relativierender Deutungsmuster und erklären sich Unordnung und Kriminalität als Folgen von Armut, fehlender Bildung oder schwierigen Lebensverhältnissen der Verursacher*innen. Häufig ist der Satz zu hören, dass es

dieses oder jenes Sicherheitsproblem auch an vielen anderen Orten gibt und ebenso von jeder anderen ethnischen Gruppe begangen wird. Diese Relativierung der auch in dieser Gruppe nicht bestrittenen lokalen Phänomene hat zur Folge, dass das Sicherheitsempfinden in dieser Gruppe sehr hoch ist und sie jede Form von Argumentation, die auf ethnische Besonderheiten abzielt, weit von sich weist. Auffällig ist in dieser Gruppe schließlich, dass der Anteil von Menschen mit einem höheren Bildungshintergrund größer ist als in anderen Gruppen. Gleichwohl kann Bildung alleine die unterschiedliche Sicherheitswahrnehmung auch nicht erklären, da sich sowohl Akademiker*innen in der Gruppe der Personen mit gesteigertem Unsicherheitsempfinden fanden, als auch Nicht-Akademiker*innen in der Gruppe der Personen mit geringem Unsicherheitsempfinden. Unter letzteren sind vor allem Erklärungsmuster dominant, die die Verursacher*innen auch als Opfer ihrer Lebensumstände sehen.

Nachfolgend wird zunächst kurz das allgemeine Sicherheitsempfinden der untersuchten Gruppen dargestellt und sodann die durch die Bevölkerung benannten Phänomene vorgestellt und für die am häufigsten genannten Phänomene beschrieben, wie und warum sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch die Phänomene in ihrer Sicherheitswahrnehmung beeinträchtigt fühlen. Im Anschluss wird zusammenfassend erörtert, welche Faktoren die Sicherheitsempfindungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen besonders beeinflussen

2.2 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Die befragten **Polizeivertreter*innen** schätzten die Sicherheitslage im Fallstudiengebiet auch im nordneuköllner Vergleich als nicht besonders auffällig ein. Dies gelte nach Einschätzung der Befragten aber nur in Bezug auf Formen von Kriminalität, die im öffentlichen Raum stattfinden und in besonderer Weise für die Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung relevant sind. Darüber hinaus gingen die befragten Vertreter*innen der Polizei aber davon aus, dass die Sonnenallee durchaus ein Ort ist an dem Kriminelle verkehren und sich zur Verabredung von Straftaten treffen. Auch gingen sie davon aus, dass ein Großteil der Gewerbebetriebe auf der oberen Sonnenallee in der Hand „arabischer Clans“ sind, sei es mit Hilfe von Strohmännern oder durch Erpressung von Schutzgeld. Gleichzeitig wiesen die befragten Polizeivertreter*innen darauf hin, dass sie für Ermittlungen im Zusammenhang mit den Machenschaften krimineller Clans nicht zuständig sind. Vor diesem Hintergrund lässt sich auf Basis der Interviews nicht weiter nachvollziehen, welche Sicherheitsherausforderungen sich durch kriminelle Mitglieder arabischer Großfamilien im Fallstudiengebiet ergeben. Hierzu wären weiterführende Interviews mit anderen Abteilungen der Polizei nötig gewesen. Da sich in der Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung jedoch zeigte, dass die sogenannten „Clans“ keine besonders große Rolle spielen, wurde dieses Thema hier nicht weiterverfolgt.

In der Gruppe der **langansässigen türkei- und arabischstämmigen Bevölkerung** zeigte sich ein Großteil der Befragten eher besorgt und insbesondere die Frauen auch verängstigt. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine kritische Einstellung gegenüber den in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommenen Geflüchteten. Diesen unterstellten sie für viele Probleme auf und rund um die Sonnenallee verantwortlich zu sein. Gleichzeitig bestanden aber auch große Vorbehalte und Frustration aufgrund einer wahrgenommenen Ungleichbehandlung im Zusammenhang mit den Umständen, wie sie selbst im Vergleich zu den zuletzt nach Deutschland Geflüchteten aufgenommen wurden. Es ist davon auszugehen, dass diese Frustration wesentlich zur Bewertung der Sicherheitslage in dieser Gruppe beiträgt. Gleichwohl zeigte sich ein kleinerer Teil der langansässigen türkei- und arabischstämmigen Befragten reflektierter. Zwar finden sich auch hier Berichte über wahrgenommenes Fehlverhalten von Geflüchteten, jedoch können die Befragten dieser Gruppe auch auf positive Erfahrungen mit Geflüch-

teten verweisen. Oft äußerten sie zudem ein gewisses Verständnis für die Verantwortlichen. Sie argumentieren, dass es sich um Jugendliche oder junge Erwachsene handele, denen langweilig sei oder denen es an Beschäftigung fehle. In dieser Gruppe wurde wesentlich seltener Angst oder Besorgtheit bekundet.

In der Gruppe der **langansässigen deutschstämmigen Bevölkerung** gab die Mehrheit der Befragten an, sich in ihrem Wohnumfeld relativ sicher zu fühlen. Dennoch thematisierten auch sie eine Reihe von Unordnungsphänomenen. Insbesondere die verkehrliche Situation und die Vermüllung wurden beklagt. Auch ärgerten sie sich über die beengte Situation und das Verhalten eines Teils der jungen Männer auf der Sonnenallee. Für viele Befragte trug die durch Lärm und rücksichtslose Fahrradfahrer*innen geprägte Situation auf der parallel verlaufenden Weserstraße aber mindestens gleichermaßen zu ihrem sicherheitsbezogenen Unmut bei. Eine kleinere Gruppe der Befragten äußerte zudem ein Gefühl des Verlustes ihrer Heimat. Dies begründeten sie mit der kontinuierlichen Wandlung ihres Wohnumfeldes von einem überwiegend deutschstämmig geprägten Arbeiter*innenbezirk hin zu einem vor allem durch junge Männer mit Migrationshintergrund und einer steigenden Zahl von Gewerbebetrieben, die sich an eine arabischstämmige Kundschaft in arabischer Schrift wendet, bestimmten Bezirk. Personen, bei denen dieses Gefühl des Heimatverlustes besonders ausgeprägt war, zeigten sich in ihrer Argumentation auch häufiger besorgt oder verängstigt. Oft bedienten sie zudem gruppenbezogene Stereotype zur Beschreibung der Verhaltensweisen ihrer migrantischen Mitbürger*innen und der wahrgenommenen Missstände in ihrem Wohnumfeld. Schließlich zeigten sich fast alle Befragten durch die Berichterstattung in den Medien über Gewalttaten in ihrer Nachbarschaft einerseits beunruhigt, andererseits aber auch überrascht, „was bei uns schon wieder los ist“. Überrascht waren viele auch deshalb, da sie selbst ihr Umfeld oft wesentlich friedlicher wahrnehmen. Entsprechend war die Zahl derer, die bereits Zeuge oder Opfer entsprechender Delikte wurden, vergleichsweise gering.

Der Großteil der Vertreter*innen der **neuen Mittelschicht** hat kein besonderes Unsicherheitsempfinden. Die meisten Befragten gaben an, sich sicher oder sehr sicher in ihrem Wohnumfeld zu fühlen. Gleichzeitig bedeutet dies nicht, dass die Befragten keine Sensibilität für mögliche Gefahren haben. Anders als in den anderen Gruppen reagieren Vertreter*innen der neuen Mittelschicht jedoch anders auf diese. Zum einen durch ihr Verhalten: Die Befragten gehen davon aus, dass sie Gefahren erkennen und diesen aus dem Weg gehen können. Zum anderen durch ihre Einstellung: Hier gaben die Befragten an, dass Konflikte häufig auf Rivalitäten unter Jugendgruppen, „Clans“ oder zwischen unterschiedlichen Ethnien ausgetragen werden. Sie selbst seien daher gar nicht betroffen. Schließlich wurde relativierend argumentiert, dass insbesondere negatives Verhalten junger Männer ein Phänomen sei, das unabhängig vom Stadtteil überall anzutreffen sei. Erstaunlicherweise scheint das Verhalten sich generell nicht auf das Unsicherheitsempfinden auszuwirken, sondern wird als Risiko eingeordnet, das mit Freundlichkeit oder aus dem Weg gehen beherrschbar ist. Jedoch zeigte sich auch, dass sich Vertreter*innen dieser Gruppe ebenfalls verunsichert fühlen, wenn Situationen auftreten, in denen Gewalt im öffentlichen Raum offen zu Tage tritt, man Gefahren nicht mehr aus dem Weg gehen kann oder unklar wird, ob Konflikte wirklich nur „die Anderen“ betreffen. Schließlich zeigten sich Eltern dieser Gruppe angesichts der als chaotisch wahrgenommenen Verkehrssituation oft sehr besorgt um ihre Kinder.

2.3 Enge, Gedränge & aggressives, rücksichtsloses Verhalten

Unter den Phänomenen, die zur Unsicherheitswahrnehmung beitragen, nahm der beengte Raum und damit einhergehender Stress und ein aggressives Miteinander der Nutzenden eine besondere Stellung ein. Zum einen deshalb, weil dieses Phänomen neben der verkehrlichen Situation in allen Interviews thematisiert wurde und zum anderen, weil eine Vielzahl der wahrgenommenen Sicherheitsphänomene zumindest mittelbar mit der beengten Situation der Straße verknüpft sind.

Ursächlich stand die beengte Situation in direktem Zusammenhang mit der in den vergangenen Jahren schnell vorangeschrittenen Entwicklung der Sonnenallee zur Einkaufsstraße. Verschärft hat sich die Situation zudem aufgrund der Zuwanderung in den letzten Jahren, in denen die Sonnenallee zu einem wichtigen Anlaufpunkt für Geflüchtete geworden ist. Hier finden sie neben Produkten aus ihrer Heimat auch vielfältige Möglichkeiten, andere Menschen aus ihrem Kultur- und Sprachraum kennenzulernen sowie Arbeit oder Unterstützung für ihre alltäglichen Probleme zu erhalten. Dadurch wirkt die Sonnenallee wie ein Magnet auf Geflüchtete weit über Neukölln hinaus. Da ein Großteil der Geflüchteten junge Männer sind, ist das Erscheinungsbild der Bevölkerung auf der Sonnenallee auch stark durch diese Bevölkerungsgruppe geprägt. Zusätzlich erfreut sich die Sonnenallee in den vergangenen Jahren auch unter Tourist*innen zunehmender Beliebtheit, wodurch sich gerade im Sommer unter die von den Befragten als „südländisch“ wahrgenommenen Männer eine Vielzahl ausländischer Tourist*innen mischt und die Zahl der Passant*innen weiter steigt. Es ist aber nicht die Vielzahl der Menschen allein, die das Gedränge zu einem Problem werden lassen. Vielmehr gaben die Interviewten eine Reihe von Gründen an, die die Sicherheitswahrnehmung beeinträchtigen und zu Konflikten führen. Genannt wurden:

1. die große Maße migrantischer Männer, die sich auf der Sonnenallee aufhalten.
2. Gruppen junger Männer mit Migrationshintergrund, die scheinbar grundlos auf dem Bürgersteig herumstehen und den Weg blockieren.
3. die ansässigen Gastronomiebetriebe und deren Kundschaft, die durch Tische und Stühle große Teile des schmalen Bürgersteigs regelwidrig in Anspruch nehmen.
4. Große Menschentrauben, die sich vor Gewerbebetrieben bilden, die ihre Waren außerhalb ihrer Geschäfte anbieten und ein Durchkommen sehr stark erschweren.
5. der Lieferverkehr, der oft zu einer zusätzlichen Verengung des Bürgersteigs führt, wenn Kisten oder Warenrollwagen auf dem Bürgersteig stehen
6. Straßenhändler*innen, die ihre Ware direkt auf dem Bürgersteig anbieten. Hier ist jedoch anzumerken, dass dies wohl vor allem in früheren Jahren ein Problem darstellte, inzwischen aber weniger geworden ist.
7. Frauen mit Kinderwagen, die nebeneinander fahren, um sich zu unterhalten und so den Bürgersteig unnötig verengen.
8. bauliche Eigenschaften wie der relativ schmale Bürgersteig und die großen Betonbaumkästen, die den Weg zusätzlich verengen.

Diese Gemengelage fördere Stress und Aggressionsbereitschaft und führe einerseits zu konkreten Konflikten zwischen den Nutzenden und andererseits bei vielen Menschen zu einer Steigerung ihres Unsicherheitsempfindens.

Auch wenn unterschiedliche Bevölkerungsgruppen die Situation vor Ort durchaus ähnlich wahrnehmen, fallen die Bewertungen dieser Situation zum Teil sehr unterschiedlich aus. Entsprechend stellt

sich das subjektive Sicherheitsempfinden in verschiedenen Bevölkerungsgruppen teilweise sehr unterschiedlich dar:

Aus Sicht der **Polizei** ist die obere Sonnenallee hinsichtlich Kriminalität kein besonders auffälliger Ort. Geprägt sei die Straße vielmehr durch einen für einen Teil der Bevölkerung „anders wirkenden Kulturkreis“ was diese an der Vielzahl arabischstämmiger Nutzer*innen und der arabischen Beschriftung festmachen. Die Dichte der Gewerbebetriebe und die hohe Frequenz der Nutzenden führt in den Worten eines Polizisten dazu, dass

„wenn ich am Freitagabend über diesen Teil der Sonnenallee gehe, ich ein buntes Treiben sehe. Da wird gekauft, geraucht, gesessen, gequatscht ohne dass es ein Problem gibt. Und es wird falsch geparkt. Da wird es dann unübersichtlich, weil da ist alles eng, da ist alles dicht.“ (D2)

Aufgrund des Angebots ist die obere Sonnenallee ein besonderer Anziehungspunkt für viele arabischstämmige Mitbürger*innen. Ein Großteil der Nutzenden sind junge Männer. Unter diesen ist wiederum die Zahl der in den letzten Jahren nach Deutschland Geflüchteten überdurchschnittlich groß. Zwischen den Nutzenden kommt es gelegentlich zu Konflikten, oft aus „nichtigen Gründen“ (D2). Auch dies lässt vermuten, dass die Ursachen zumindest teilweise in der besonderen Gedrängesituation des Straßenabschnitts zu vermuten sind. Es wurde jedoch auch festgestellt, dass die obere Sonnenallee hinsichtlich Streitereien kein besonders auffälliger Ort sei. Im Gegenteil sind in erster Linie der Hermannplatz und teilweise die Seitenstraßen der oberen Sonnenallee Orte, an denen es häufiger zu teilweise auch schweren Konflikten kommt (s.u.). Auch eine Auswertung der Straftaten habe ergeben, dass die Lage in den vergangenen Jahren „relativ stabil geblieben ist“. Gleichwohl ist es vereinzelt zu herausragenden Straftaten gekommen, die ein besonderes öffentliches Interesse an der oberen Sonnenallee geweckt haben und die vielen Menschen im Gedächtnis geblieben sind. Die Befragten gaben jedoch auch an, dass es sich dabei um Einzelfälle handele, die zwar vereinzelt zu Resonanzstraftaten im Umfeld der Sonnenallee geführt haben, jedoch wurde auch hier keine besondere Häufung im Fallstudiengebiet gesehen. Vielmehr wurden entsprechende Vorkommnisse als grundsätzliches Problem in Nordneukölln gesehen:

„Man kann nicht sagen, da haben wir es etwas Besonderes und danach hört es sofort auf. Nein, es hört nicht auf, weil danach kommt der Hermannplatz, der ist direkt anrainend. [...] Und wenn man geradeaus geht, dann kommen die nächsten Problemstellen.“ (D2)

In der Gruppe der **türkei- und arabischstämmigen Bevölkerung und Gewerbetreibenden** zeigten sich die Befragten aufgrund aggressiven und respektlosen Verhaltens und in erster Linie verbaler Konflikte auf der oberen Sonnenallee besorgt:

„Das mit der Sicherheit könnte besser sein. Es gibt vor allem in letzter Zeit viele Streitereien wegen einfachen sinnlosen Sachen. [...] Es ist auch einfach zu voll geworden mit den ganzen Flüchtlingen. Wenn man hier z.B. am Samstag läuft, ist es schon sehr voll. Weil die Leute kommen von etwas weiter zum Einkaufen, weil hier gibt es die Lebensmittel oder Sachen aus ihrem Heimatland zu kaufen. Und deswegen halt ist es voll und dann gibt es schnell Stress und Streit und sowas. Außerdem ist ja auch bekannt, dass die ungeduldig sind und schnell ausrasten und so. Aber naja, ist auch nicht überall so.“ (D50)

Neben dem Verweis auf die beengte Situation zeigt dieses Zitat ein Deutungsmuster, das in dieser Gruppe sehr häufig anzutreffen ist. Viele Befragte gehen nämlich davon aus, dass es sich bei den Verursacher*innen der Konflikte in erster Linie um Jugendliche handelt, die in den vergangenen Jahren als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind. Hier wurde in vielen Fällen unterstellt, dass diese Menschen nicht wüssten, wie man sich in Deutschland zu benehmen habe oder dass es Teil ihres „Temperaments“ sei, schnell aufbrausend oder aggressiv zu reagieren. Auf Nachfrage zu ihrem Verhältnis zu den Geflüchteten wird in dieser Gruppe häufig große Frustration deutlich. So gaben insbesondere viele der langansässigen arabischstämmigen Befragten an, dass sie Vorbehalte gegenüber den Geflüchteten haben. Nach Ihrer Auffassung sind diese nach ihrer Ankunft in Deutschland viel besser behandelt worden als sie selbst. Den aus dieser Wahrnehmung resultierende Ärger projizieren die Befragten nicht etwa auf den deutschen Staat und seine Ungleichbehandlung unterschiedlicher Migrant*innengruppen, sondern in erster Linie auf die Geflüchteten selbst. Unter Personen, die sich dementsprechend äußerten, wurden die meisten Sicherheitsprobleme mit Geflüchteten assoziiert. Ihnen wurde unterstellt, dass sie „nur Ärger“ machen, sich „nicht benehmen“ oder es auch für sie selbst „besser wäre, sie hätten weniger bekommen“. Die Frage, ob Streitereien auch mal von Menschen mit Migrationshintergrund ausgehen, die schon lange in Nordneukölln wohnen oder die hier aufgewachsen sind, verneinen die meisten Befragten. Lediglich unter den türkeistämmigen Befragten finden sich einige, die sich vorstellen können, dass unter den Verursacher*innen auch langansässige arabischstämmige junge Männer seien. Es entsteht der Eindruck, dass die Gruppen die Verantwortlichkeit für Unordnung und Straftaten in erster Linie daran festmachen, wie lange eine bestimmte Bevölkerungsgruppe bereits in Deutschland lebt. Je später eine Gruppe gefühlt dazugekommen ist, umso eher werden diese als Verursacher*innen wahrgenommen. Dies Art der Argumentation findet sich im Übrigen nicht nur unter Menschen mit Migrationshintergrund, sondern wird so in gleicher Weise von einem Teil der deutschstämmigen Bevölkerung fortgeführt.

Jedoch gibt es auch in dieser Gruppe deutliche Unterschiede. So sind es vor allem die **Frauen** aus dieser Gruppe, die die Enge und das Gedränge als sehr unangenehm empfinden. Insbesondere beklagten sie die Menschentrauben vor einzelnen Geschäften, Stühle und Tische, die die Straße verengen und herumstehende Männer, die keinen Platz machen. Die Befragten sehen keine Möglichkeit, diesen ohne größeren Aufwand aus dem Weg zu gehen. Die Menschen fühlen sich hier buchstäblich und unfreiwillig in die Enge getrieben. Die Unfreiwilligkeit der Situation und die wahrgenommene Unmöglichkeit ihr auszuweichen verstärken die Unsicherheitswahrnehmung zusätzlich:

„Die Fußwege sind sehr voll. Man musste auf der Straßen gehen und erst wieder einen Platz finden um wieder auf dem Fußweg zu laufen. Die Stühle sind vor dem Geschäft weit in in den Fußweg hinein gestellt. Man kommt garnicht durch. Und dann sind so viele Männer vor den Cafés, wie im Männertreff. Da stehen so viele Männer außenrum das auf dem Fußweg kein Durchkommen mehr ist.“ (D244)

Unabhängig von der Problematik sexueller Belästigung (s.u.) verbinden viele der befragten Frauen mit den jungen Männern lautes und als aggressiv wahrgenommenes Kommunizieren sowie raumeinnehmendes Verhalten. Um der Enge und dem aggressiven Verhalten zu entgehen, reagieren viele der befragten Frauen dieser Gruppe, indem sie sich von der Sonnenallee ganz fernhalten und ihre Einkäufe oder Wege an andere Orte verlagern.

„Also ich gehe nicht wieder in die Sonnenallee. Also zumindest im Sommer nicht mehr. Ich gehe lieber woanders einkaufen.“ (D243)

Gleichwohl gibt es aber gerade unter den Frauen auch eine Teilgruppe, die ihr Sicherheitsempfinden wesentlich weniger negativ beschreibt. Hier finden sich vor allem Formulierungen, die den Ärger über die Situation zum Ausdruck bringen. Zwar sehen auch diese Frauen in erster Linie die Geflüchteten als Verursacher*innen, jedoch äußerten sie vergleichsweise seltener Frustration. Vielmehr finden sich hier Argumentationen, die versuchen das Verhalten der Geflüchteten empathisch einzuordnen. So wurden bspw. die wahrgenommenen Regelverstöße als fehlendes Wissen über die hier gültigen Gepflogenheiten interpretiert:

„Die sind noch nicht integriert so richtig, wissen noch nicht wie es hier in Berlin oder überhaupt in Deutschland läuft. Das ist glaube ich erstmal das Problem für die. Weil die wirklich noch neu sind. [...] Aber umso länger die hier sind, umso mehr beruhigt sich das auch wieder. Schauen sie ich bin hier geboren aber meine Eltern nicht. Die sind auch hier hergekommen und mussten alles lernen.“ (D50)

Während viele langansässige Frauen mit Migrationshintergrund die Sonnenallee also meiden, findet sich unter den **Männern** ein differenzierteres Bild in Bezug auf den Umgang mit der Situation. Zwar beklagen, wie oben beschrieben, auch diese das teilweise aggressiv wahrgenommene Verhalten und die Konflikte auf der Sonnenallee, insbesondere die Jüngeren und Männer mittleren Alters lassen sich dadurch aber nicht vom Besuch der Geschäfte und Cafés abhalten. Lediglich unter den älteren Interviewpartnern wurde ebenfalls formuliert, dass sie lieber an anderen Orten Cafés besuchen oder einkaufen. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass ein Großteil der männlichen Interviewpartner auf der Sonnenallee selbst rekrutiert wurde. Es ist daher nicht verwunderlich, dass diese die Sonnenallee nicht meiden.

Unter den **langansässigen, deutschstämmigen Befragten** spielte die beengte Situation und das als respektlos und aggressiv wahrgenommene Verhalten auf der oberen Sonnenallee ebenfalls eine zentrale Rolle in der Sicherheitswahrnehmung.

„Das ist sehr schlimm auf der rechten Seite durchzugehen. Draußen der Müll und die ganzen Tische und Stühle die sie da lang gestellt haben. Da kommst du nicht durch. Das ist nicht möglich. Jedes Mal wenn ich da lang gehe wird es immer schlimmer.“ (D177)

„Auf der anderen Seite gibt es auch so viele arabische Männer. Wenn du denen begegnest auf dem Bürgersteig die gehen dann so, da hast du keine Chance dran vorbeizukommen.“ (D171)

Bei genauerer Nachfrage gaben die meisten Befragten an, von der Situation vor allem genervt und verärgert zu sein. Als besonders bedrohlich wurde die obere Sonnenallee hingegen nur selten beschrieben. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass ein Großteil der Befragten die Sonnenallee meidet, während hingegen vor allem ein Teil der älteren Frauen angab, sich nicht von der Situation vertreiben zu lassen. Hier wurden im Rahmen der durchgeführten Gruppendiskussion mit alteingesessenen, deutschstämmigen Neuköllner*innen einige Fallbeispiele zu entsprechenden Erlebnissen auf der Sonnenallee besprochen. Eine genauere Rekonstruktion der Ereignisse zeigte, dass viele alteingesessene Neuköllner*innen bereits mit Vorbehalten bzgl. des Verhaltens der jungen Männer auf die Sonnenallee gehen und in der Folge den Streit zumindest teilweise auch selbst durch entsprechende Äußerungen und Verhalten mit anfachen. So schilderte etwa eine Teilnehmerin, wie sie bisweilen die Konfrontation mit den jungen Männern sucht, wenn sie der Meinung ist, dass diese unrechtmäßig den Bürgersteig blockieren:

„Also diese Typen stehen da zum Teil mitten auf dem Weg und machen sich so breit. Wenn ich sowas sehe, dass macht mich richtig wütend. Da gehe ich direkt drauf zu und bleib dann einfach vor denen stehen und fordere, dass die mich durchlassen.“ (D172)

Es konnte zudem herausgearbeitet werden, dass es meist nur einer oder einige wenige aus der Gruppe der jungen Männer waren, die sich verbal aggressiv äußerten und dass es meist auch andere Mitglieder derselben Gruppe gab, die mäßigend eingriffen, wodurch sich viele Situationen schnell wieder auflösten. Auch stellte sich in der Gruppendiskussion heraus, dass die alteingesessenen Deutschen nicht nur in Bezug auf die Jugendlichen den Konflikt suchen, sondern sie berichteten im Weiteren von einer Reihe anderer Begebenheiten, in welchen sie aktiv Auseinandersetzungen initiierten. So konfrontierten sie migrantische Mitbürger*innen z.B. bei vermeintlich zu weit auf dem Bürgerteig stehenden Tischen und Stühlen oder nebeneinander fahrenden Kinderwägen mit deren vermeintlichem Fehlverhalten auf der Sonnenallee in aggressiver Weise. Ihr eigenes Verhalten begründeten die Befragten mit dem Gefühl der Enge, das in ihnen und in allen Menschen unweigerlich zu Aggressionen führe. Hier ist wichtig zu betonen, dass die aggressiven oder vereinzelt auch gewalttätigen Reaktionen der jungen Männer keineswegs entschuldigt werden sollen, sondern lediglich darauf hingewiesen werden soll, dass die Emotionen und Erwartungshaltungen, die die Menschen in Bezug auf junge Menschen mit Migrationshintergrund und Gedrängesituationen mitbringen, oft einen eigenen Beitrag zu den Konflikten leisten, die die Menschen im Anschluss als Sicherheitsproblem wahrnehmen. Es handelt sich also teilweise auch um eine selbsterfüllende Prophezeiung, die die Menschen selbst heraufbeschwören. Dies zeigt sich gerade auch an den älteren Neuköllner*innen, die die Situation vor Ort positiver beschreiben. Hier ist die Zahl derer, die über Auseinandersetzungen mit jungen Männern mit Migrationshintergrund klagen, auch deutlich geringer. So schildert etwa eine der befragten Damen:

„Also ich habe da einen einfachen Trick, wenn man mal nicht durchkommt. Ein einfaches Lächeln und ein freundliches Bitte, da reagiert doch jede Nation drauf. Das hat bei mir noch immer geklappt. [...] Und außerdem ist es auch bei uns Deutschen teilweise verloren gegangen, dass man Rücksicht aufeinander nimmt. [...] sogar Leute so um die 50 oder 60 die unhöflich sind.“ (D178)

Auch hinsichtlich der Frage nach den Verursacher*innen und den Ursachen für die Probleme vor Ort zeigt sich, dass diejenigen, die etwa kulturelle Gründe vermuten und die Schuld vor allem bei den Menschen mit Migrationshintergrund sehen, häufig dieselben sind, die das Gedränge auf der oberen Sonnenallee nicht nur als störend empfinden, sondern auch von Konflikten berichten.

„Da bei dem Obstladen ist man überhaupt nicht durchgekommen. Das war ganz schlimm. Die Leute benehmen sich da wie bei sich zu Hause auf dem Basar. Die haben das nicht gelernt, dass man da Rücksicht nehmen muss. Das ist bei denen ganz normal.“ (D172)

Hingegen erklärten diejenigen, die nur wenig über Konflikte klagten, sich die Probleme auf der Sonnenallee vor allem mit Verweis auf die beengte Situation. Auch hoben Personen dieser Gruppe regelmäßig ihre positiven Erfahrungen im Zusammenleben mit ihren Nachbar*innen mit Migrationshintergrund hervor. So schilderte eine der Befragten Damen etwa:

„Also ich muss sagen ich fahre ja öfters mit dem Bus und ich habe es noch nie erlebt dass ich dort stehen musste. Ich bin ja ein bisschen wackelig auf den Beinen aber da sind immer junge Männer, die nicht deutsch aussehen, die mir dann Platz machen.“ (D175)

Es wird deutlich, dass die Unsicherheitswahrnehmung auch durch die Einstellungen der Menschen geprägt ist, mit der sie über die Straße gehen. Gleichzeitig wurde aber deutlich, dass die Wahrnehmung auch davon abhängt, inwiefern die Befragten ihre Nutzung der Straße als freiwillig erleben. So sagten einige der Befragten, dass die Sonnenallee für sie vor allem Durchgangsstraße in Richtung Hermannplatz sei. Unter denjenigen, die im Reuterkiez wohnen, wurde zumindest die nördliche Seite der Sonnenallee als das „kleinere Übel“ betrachtet. Denn für sie gibt es auf diesem Weg keine als sicher empfundene Alternative. Ist die Sonnenallee zwar auf der einen Seite durch junge „südländische Männer“ und starkes Gedränge dominiert, nehmen sie im Reuterkiez und insbesondere auf der Weserstraße ganz ähnliche Probleme mit den Tourist*innen und der Vielzahl europäischer Mittelschichtsmigrant*innen wahr. Auch deren Vorlieben und Verhaltensweisen können viele der älteren Menschen nicht nachvollziehen, erleben sie als Ärgernis und dort, wo es z.B. um das Fahrradfahren auf Gehwegen oder das nächtliche Partyverhalten samt, Lärm, Müll und Alkoholkonsum geht, auch als handfeste Bedrohung. Bei einigen Interviewpartner*innen ging dies so weit, dass sie die Probleme auf der Sonnenallee als wesentlich unproblematischer einschätzten als die auf der Weserstraße und den angrenzenden Straßen.

Schließlich nahmen auch die Vertreter*innen der **neuen Mittelschicht** das beschriebene Phänomen wahr. Jedoch zeigt sich in dieser Gruppe, dass die Erlebnisse und Beobachtungen teilweise anders interpretiert werden als von den anderen Gruppen. So wird in dieser Gruppe meist angenommen, dass es sich bei den Verursacher*innen der Probleme um Personen handelt, die hier in Deutschland aufgewachsen sind, gleichwohl weigern sich die meisten, das Problem in einem Kontext mit Migration zu sehen. Vielmehr werden die bauliche Situation der Sonnenallee, die Enge und Gedränge begünstigt, der große Anteil männlicher und jugendlicher Nutzender und zum Teil mangelnde Bildung oder schwierige Lebensverhältnisse als Ursachen für die Phänomene auf der oberen Sonnenallee ausgemacht. Dass aggressives Verhalten oder Konflikte meist von Personen mit Migrationshintergrund ausgehe, ergibt sich ihrer Meinung nach aus der Tatsache, dass diese die überwiegende Mehrheit der Nutzenden ausmache. Typisch sind in dieser Gruppe auch relativierende Vergleiche. So beschreibt etwa ein junger Mann und unmittelbarer Anwohner der oberen Sonnenallee:

„Also ich habe seit ich in Berlin wohne nur einmal schlechte Erfahrungen mit Sicherheit gemacht und das war in Charlottenburg. Da bin ich einmal beklaut worden. Da sieht man einfach, dass einem so was überall passieren kann. Aber hier in Neukölln ist mir noch nie was passiert. Und ich bin täglich hier unterwegs. Auch nachts und ich fühle mich immer total sicher.“ (D58)

Die Befragten nehmen die obere Sonnenallee auch nicht als Störfaktor wahr, sondern vielmehr als große Bereicherung ihres Wohnumfelds. Das vielfältige Angebot an Restaurants und Geschäften wird positiv wahrgenommen und von den Befragten teilweise auch in Anspruch genommen. Gleichzeitig finden die Befragten in den Parallel- und Nebenstraße aber auch vielfältige weitere Angebote, die ihre Vorlieben bedienen. Somit sind die Befragten nicht auf das Angebot auf der Sonnenallee angewiesen und jeder Besuch findet entsprechend freiwillig statt.

Es verwundert daher nicht, dass das Spektrum des Sicherheitsempfindens in dieser Gruppe von Personen reicht, die die Situation überwiegend positiv bewerten oder sogar mit Urlaub assoziieren:

„Es ist so ein bisschen wie im Urlaub, dieses Flair, so ein bisschen wie ein Basar manchmal.“ (D35)

Am anderen Ende des Spektrums finden sich Positionen, die durchaus ihre Verärgerung über die Enge und das Gedränge auf der Straße äußern und sich teilweise auch durch die Gruppen herumstehender junger Männer genervt zeigen. Gleichwohl gab aber keine*r der Befragten an, sich vor Ort besonders unsicher oder verängstigt zu fühlen oder die Sonnenallee generell zu meiden. Vereinzelt wurde gesagt, dass es freitags besonders voll sei und sie dann vor allem die süd-westliche Straßenseite lieber umgehen. Aber auch in diesen Fällen war das Gedränge, und nicht Sorge oder gar Angst das leitende Motiv.

Wo die Befragten doch einmal mit Fällen von aggressivem Verhalten oder Gewaltvorfällen konfrontiert waren, ordneten sie diese Ereignisse zudem anders ein als dies die Befragten der anderen Gruppen taten. Auch hier zeichnete sich ihre Argumentation durch eine stark relativierende oder empathische Grundhaltung aus. So bekundeten einige z.B. Verständnis dafür, dass sich die jungen Leute auf der Sonnenallee treffen, da „dort immer was los ist“ und dass dies die Jugendlichen „anziehe“. Dass es dabei auch zu lautem und aggressivem Verhalten komme, hielten viele der Befragten zwar für ärgerlich, aber für ein Phänomen, das typisch für junge Männer sei und dass man ebenso gut in anderen Stadtteilen oder Bundesländern erleben kann. Insbesondere bieten stereotype Vorstellungen von Zehlendorf, Hohenschönhausen oder dem ländliche Bayern beliebte Projektionsflächen für die relativierende Einordnung der wahrgenommenen Verhaltensweisen der Jugendlichen auf der Sonnenallee.

„Also ich komme aus Bayern und wenn man da wie ich aufgewachsen bin, in einer Kleinstadt abends unterwegs war, dann hängen da die Jugendlichen auch rum, an der Bushaltestelle oder auf dem Markt. Und dann sind die betrunken und dann gab es da voll oft auch Stress mit denen. Und das waren alles Deutsche. [...] Das sind eben Jugendliche, das ist egal wo die herkommen. Das kann einem da genauso passieren.“ (D453)

Bemerkenswert in Hinblick auf die subjektive Sicherheitswahrnehmung ist dabei, dass die relativierende Deutung der Situation vor Ort nicht etwa dazu führt, dass sich die Befragten in Zehlendorf, Bayern und auf der Sonnenallee in gleicherweise ängstigen, sondern dass die Tatsache, dass die Gefahr scheinbar überall lauert, dazu führt, dass das Unsicherheitsempfinden sogar sinkt. Weil man überall mit bestimmten Sicherheitsproblemen konfrontiert sei, werden diese quasi zum allgegenwärtigen Lebensrisiko und somit zum Teil der Normalität mit dem man lernen müsse umzugehen. Entsprechend empfehlen die Befragten, dass man mit offenen Augen durch die Welt gehen sollte und wenn man eine Situation als unangenehm empfindet, man dieser aus dem Weg gehen sollte:

„Wenn da so eine Gruppe lauter Jugendlicher rumsteht, dann gehe ich einfach auf der anderen Straßenseite weiter und gut ist.“ (D35)

2.4 Sexuelle Belästigung

Unter den Themen, die ebenfalls in einem Zusammenhang mit der hohen Dichte junger Männer auf der Sonnenallee gesehen werden, sticht das Thema sexuelle Belästigung besonders negativ hervor. So berichteten Frauen unterschiedlicher Herkunft davon, auf der oberen Sonnenallee sexuell belästigt worden zu sein. Diese Belästigungen erfolgen meist aus Gruppen junger Männer heraus. In allen in den Interviews berichteten Fällen erfolgte die Belästigung in verbaler Form. Dabei unterhielten sich die Männer entweder lautstark und für alle hörbar über das Aussehen oder ihre Fantasien mit den Frauen oder sie riefen den Frauen Anmachsprüche und anzügliche Kommentare hinterher.

Am stärksten verunsichert waren durch dieses Problem **junge Frauen mit Migrationshintergrund**. Viele Frauen aus dieser Gruppe berichten, dass sie auf der Sonnenallee bereits mehrfach verbal sexuell belästigt wurden. So schilderte bspw. eine junge muslimische Mutter in einem Gruppeninterview eine kürzlich zurückliegende Begebenheit. Viele der ebenfalls anwesenden Mütter bekundeten, dass sie bereits Ähnliches erlebt haben:

„Neulich wollte ich meine Tochter von der Schule abholen und da vorne an der Ecke spricht mich ein Mann auf Arabisch an zu sagt, ich sag das jetzt nicht: ‚Das und das würde ich jetzt gerne mit Dir machen‘ Also richtig eklig und niveaulos. Ich bin dann ganz schnell weggerannt. [...] Ich habe noch nie in der Sonnenallee so viele dreckige Wörter gehört.“ (D181).

Befragt nach der Identität der Täter waren sich die Frauen dieser Gruppe weitgehend einig, dass es sich bei diesen um junge Geflüchtete handelt. Zu dieser Einschätzung sind sie gekommen, da die jungen Männer sich meist auf Arabisch unterhielten bzw. ihnen Dinge auf Arabisch zuriefen. Einige Befragte berichteten zudem, einen syrischen bzw. afghanischen Dialekt herauszuhören. Inwiefern diese Einschätzung, dass es sich um Geflüchtete gehandelt habe, auch hier dazu beigetragen hat, die Bedrohung noch intensiver zu erleben, konnte nicht geklärt werden. Die Übergriffe wurden mir sowohl von muslimischen Frauen mit als auch ohne Kopftuch geschildert. Von den muslimischen Frauen wurde dies als Zeichen gedeutet, dass die Geflüchteten selbst keinen Respekt vor Ihrer Religion haben. Diese Wahrnehmung steigerte ihr Unsicherheitsempfinden zusätzlich. Diese Argumentationsfigur stellt ein wiederkehrendes Deutungsmuster unter den Befragten männlichen wie weiblichen Muslim*innen dar. Demnach wird von vielen Befragten dieser Gruppe ein Zusammenhang zwischen Kriminalität und mangelnder religiöser Erziehung der Täter*innen gesehen.

Auch unabhängig von der Bedrohungswahrnehmung durch sexuelle Belästigung bekundeten türkei- oder arabischstämmigen Frauen generell öfter, Angst im öffentlichen Raum zu haben. Entsprechend wurde häufiger berichtet, dass sie sich nur ungern in der Öffentlichkeit aufhalten. Aufgrund ihrer negativen Erfahrungen sagten viele der Frauen aus dieser Gruppe, dass sie versuchen die Sonnenallee zu vermeiden und ihre Einkäufe in anderen Straßen und Geschäften zu tätigen. Dies deckt sich mit der Beobachtung, dass sich auf der Sonnenallee nur wenige junge migrantische Frauen aufhalten.

Die Mehrheit der jungen **deutschen Frauen**, mit denen ich gesprochen habe, und die allesamt der **zugezogenen Mittelschicht** zuzurechnen sind, konnten nur teilweise über negative Erfahrungen berichten, hatten aber allesamt davon gehört, dass es dieses Problem gibt. Die Frauen, die doch entsprechende Erfahrungen gemacht hatten, empfanden weder die Art noch die Häufigkeit der Belästigung besonders auffällig und betonten, dass man als Frau auch in anderen Stadtvierteln immer wieder Opfer von sexueller Belästigung werde. Gerade vor diesem Hintergrund wollten die Frauen auch keine Verbindung zwischen Migration und sexueller Belästigung auf der Sonnenallee herstellen. Hier wird abermals das bereits zuvor beschriebene relativierende Deutungsmuster deutlich, das offensichtlich dazu beiträgt, die Unsicherheitsempfindung zu reduzieren. Gleichwohl ist anzumerken, dass fast alle befragten, jungen, deutschen Frauen freiwillig in das Umfeld der Sonnenallee gezogen sind. Entsprechend ist auch nicht verwunderlich, dass das Unsicherheitsempfinden nur sehr gering ausgeprägt war. Hierfür spricht auch der umgekehrte Fall einer jungen Frau, die im Umfeld der Sonnenallee arbeitet. Tatsächlich argumentierte auch sie, dass sexuelle Belästigung ein weit über Neukölln hinaus verbreitetes Problem darstelle. Dennoch scheint ihr Unsicherheitsempfinden in Neukölln stärker ausgeprägt zu sein:

„Wenn ich da langlaufe, abends zu meinem Auto, dann habe ich schon das Gefühl, ich werde sexuell belästigt. [...] Das ist mir auch schon passiert. Aber das passiert jetzt exemplarisch nicht nur in der Sonnenallee. Das ist in Berlin ein grundsätzliches Problem. Aber hier in Neukölln würde ich trotzdem z.B. niemals öffentliche Straßenverkehrsmittel nutzen. Da fühl ich mich doch etwas unsicher. Aber um Gottes Willen, das ist jetzt vielleicht auch ein subjektives Empfinden. Vielleicht bilde ich mir das ja auch nur ein.“ (D311)

An dieser Stelle möchte ich zuletzt auch noch auf Berichte über **homophobe Übergriffe und Beleidigungen** in Nordneukölln hinweisen. Aus verschiedenen Quellen wurde berichtet, dass dies ein zunehmendes Sicherheitsproblem darstellt. Leider war es im Rahmen der Interviewserie nur in drei Fällen möglich, mit queeren Menschen aus dem Fallstudiengebiet zu sprechen. Die Befragten berichteten mir, dass sie gehört haben, dass es in den vergangenen Jahren vermehrt zu Übergriffen und Rohheitsdelikten gegen queere Menschen gekommen ist. Keine der befragten Personen war jedoch selbst Opfer gewaltsamer Übergriffe geworden. Zwei der befragten Personen kannten jedoch Dritte, die bereits Opfer von Beleidigungen und Übergriffen geworden waren. Die dritte befragte Person konnte auch aus dem Bekanntenkreis über keine negativen Erfahrungen berichten. Alle drei Personen äußerten relativierende Deutungsmuster. Die Häufung der Delikte erklärten sich die Interviewpartner*innen demnach zum einen durch die stetige Zunahme der queeren Szene in Neukölln und zum anderen durch eine generelle Zunahme von homophoben Übergriffen und Beleidigungen unabhängig vom Stadtteil. Die Befragten wollten entsprechend auch keinen besonderen Zusammenhang zwischen muslimischen Migrant*innen und Homophobie herstellen. Sie berichteten aber von anderen queeren Menschen, die nicht in Neukölln ansässig sind, die hier einen starken Zusammenhang zwischen muslimischen Männern und Homophobie sehen. Aufgrund der geringen Interviewzahl und der einseitigen Zugehörigkeit zur zugezogenen Mittelschicht der Befragten lassen sich auf dieser Grundlage jedoch keine verallgemeinerbaren Aussagen ableiten.

2.5 Verkehrssituation

Ein weiterer Aspekt, der mit der beengten Situation der Sonnenallee im Zusammenhang steht und der in den meisten Interviews thematisiert wurde, ist die Verkehrssituation. Diese wurde auf unterschiedliche Weise von allen Interviewteilnehmer*innen als gefährlich wahrgenommen. Anders als bei den bisher beschriebenen Delikten zeigt sich hier aber, dass eine Typisierung nach Dauer der Ansässigkeit oder Migrationsgeschichte nicht zielführend ist. Vielmehr steht das Nutzungsverhalten der Befragten deutlich im Vordergrund. Die Unsicherheitswahrnehmung bezieht sich also darauf, welche Verkehrsmittel die Befragten bevorzugt benutzen.

So berichten die Befragten, die sich vor allem als Fußgänger*innen über die Sonnenallee bewegen, dass sie die Überquerung der Straße als sehr gefährlich empfinden. Verstärkt wird dieses Gefühl, wenn sie zudem auf die Straße ausweichen müssen, um z.B. Menschentrauben vor Geschäften zu umgehen. Hintergrund ist, dass sich auf der Sonnenallee täglich lange **Staus** bilden. Ursachen hierfür sind das hohe Verkehrsaufkommen, Autos und Lieferfahrzeuge, die in zweiter Reihe parken sowie Baustellen, die die Straße zusätzlich verengen. Im Stau blockieren Autos häufig die Fußgängerampeln. Wird es wieder grün, passiert es immer wieder, dass die Autos ihre Fahrt ohne Rücksichtnahme fortsetzen. Die in zweiter Reihe parkenden Lieferfahrzeuge und Autos erschweren zudem die Einsicht in die Straße und erfordern beim Ausweichen, besonders weit in die Straße hineinzulaufen.

Aber nicht nur um sich selbst haben viele Leute bei der Überquerung der Straße Angst. Gerade Eltern treibt zusätzlich die Sorge um, ihre Kinder morgens alleine zu Fuß über die Sonnenallee zur Schule

gehen zu lassen. In ihrer Not nutzt ein Teil der Befragten das Auto, auch wenn sie sich bewusst sind, dass sie die verkehrliche Situation dadurch nicht verbessern. Ist die Straße doch einmal frei, berichten viele Befragte, dass die Sonnenallee als **Rennstrecke** missbraucht wird und dabei zum Teil auch Verkehrsregeln wie rote Ampeln ignoriert werden. Vor allem für die unmittelbaren Anwohner*innen der Sonnenallee spielt der dadurch entstehende Verkehrslärm eine wichtige Rolle in Bezug auf ihr Sicherheitsempfinden:

„Die Ampelphasen sind zu kurz. Also alte Menschen kommen nie über eine ganze Straße rüber. Ich bin ganz oft in der Situation, dass ich Autos sozusagen anhalte, weil ich sehe, dass da noch jemand langsam ist, nicht übergekommen ist. Dann sind auch viele Fahrer hier rücksichtslos. Das muss man sagen. Ich stelle fest, dass viele Autofahrer hier einfach Verkehrsregeln nicht einhalten. Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht einhalten. Abbiegeregeln nicht einhalten. Kreuzungsregeln nicht einhalten. Generell völlig regellos, die ganze Palette völlig regelfrei sich hier bewegen. Es gab Rennen. Wir haben tatsächliche Autorennen, die hier stattfinden. Nicht nur in der Nacht. Früher war das nur in der Nacht. Jetzt teilweise auch mal so Mitten am Tag. Man hört das dann ganz oft auch.“ (D451)

Während andere Bewohner*innen des Fallstudiengebiets entsprechende Fahrten viel seltener erleben, werden die Anwohner*innen durch den Lärm häufig daran erinnert. Mit den Fahrten verbinden die Befragten aber nicht nur den Lärm, sondern auch, dass die Fahrer*innen der meist teuer anmutenden Fahrzeuge in der Regel Menschen mit Migrationshintergrund seien, die sich diese Art von Fahrzeugen „eigentlich auf legalem Wege gar nicht leisten können“ (D64). Der Vorurteile nicht genug, wird davon ausgegangen, dass die Fahrer*innen sich die Autos nur durch kriminelle Geschäft leisten könnten oder dass es sich bei ihnen sogar um Mitglieder „krimineller Clans“ handele. Insbesondere letzteren wird eine besonders große Skrupellosigkeit unterstellt und davon ausgegangen, dass diese auch im Straßenverkehr bestehe. Hierdurch wird das Unsicherheitsempfinden noch weiter gesteigert.

Unter den Nutzenden des öffentlichen Nahverkehrs wurde vor allem die **Buslinie M41** als Ärgernis und Unsicherheitsfaktor beschrieben. Ist diese häufig überfüllt und kommt im Stau nur langsam voran, kommt es in der Folge immer wieder zu Streitereien zwischen den Fahrgästen. Schließlich hatten einige der Befragten davon gehört, dass es im Bus wiederholt zu Taschendiebstählen gekommen sei und sie aus Angst beklaut zu werden den Bus gar nicht mehr nutzen. In diesem Zusammenhang gaben die Befragten an, dass sie Migrant*innen aus Südosteuropa als Täter*innen vermuten. In vielen Fällen wurden im Zusammenhang mit Berichten über Diebstähle im Bus eine Vielzahl weiterer Vorurteile gegen Menschen aus Südosteuropa ergänzt. Die Situation im Bus M41 stellt somit durch das staubedingte lange Verharren in der Enge des Buses, die dabei entstehenden Streitereien, Berichte über Taschendiebstähle und pauschale Vorurteile gegenüber den damit assoziierten Verursacher*innengruppen für viele Menschen eine mehrfache Unsicherheitsquelle dar:

„Wenn der anhält ist das wie ein Kampf auf Leben und Tod. Die drängeln und schupsen einen weg. Bloß raus, raus. Da hab ich zu so einem gesagt: Siehst Du nicht das ich hier stehe? Hast Du keine Augen im Kopf? Und da hat der mich gleich blöd angemacht: ‚Was willst Du Alte‘.“ (D176)

„B: Man weiß es ja auch, dass da [im Bus] viel geklaut wird. Kein Wunder, wenn es da so eng ist, das geht ganz schnell.

I: Wissen sie den auch wer dort die Täter sind?

B: Naja man muss doch nur mal gucken, wer da an den Bushaltestellen rumsteht oder in der U-Bahn. Also ich halte meine Tasche immer ganz fest. [...] Also wie sagt man denn da? Ich weiß nicht, es sind diese Leute, Rumänien, Bulgarien. Also ist doch bekannt das die klauen.“ (D456)

Personen, die viel als **Radfahrer*innen** unterwegs sind, bezeichnen Fahrten über die Sonnenallee oft als lebensgefährlich. Gerade während der Staus herrschen oft eine große Unübersichtlichkeit und Gedränge. Fließt der Verkehr einmal, halten die Autos oft den Abstand nicht ein und nehmen keine Rücksicht auf Radfahrer*innen. Radfahrer*innen versuchen die Sonnenallee mit dem Fahrrad daher zu meiden. Dies führt jedoch vor allem in den angrenzenden Nebenstraßen der Sonnenallee zu neuen Problemen. Vor allem die ältere deutsche Bevölkerung sieht in der Folge in den Radfahrer*innen z.B. auf der Weserstraße und den Seitenstraßen der Sonnenallee eine besonders große Bedrohung. Aus deren Wahrnehmung sind es insbesondere zugewanderte Mittelschichtsfamilien und Tourist*innen, die sich nicht an das Gebot halten, als Radfahrer*in auf der Straße zu fahren, sondern in rücksichtsloser Weise über die Bürgersteige rasen. Viele der Interviewten älteren, alteingesessenen Neuköllner*innen klagen zudem, dass diese Radfahrer*innen auf Ermahnungen häufig schnell aggressiv reagieren, was als zusätzliche Bedrohung wahrgenommen wird.

„Viele Fahrradfahrer verhalten sich dann eben im Alltag auch sehr rücksichtslos auf den Bürgersteigen. Als die Baustelle kam, was hier alles durchgebettert ist, ohne Temporeduktion, an Fahrradfahrern bei der Enge jetzt mit den Tischen nebenan, da greift man sich an den Kopf und fragt sich, was stellt ihr für Forderungen als Radfahrerlobby quasi, wenn ihr selbst wie die Berserker fahrt. Also, da gibt es da irgendwo so mehrere. Die Fahrradfahrer haben da irgendwo das Problem, glaube ich, von den Autofahrern sich bedroht zu fühlen, aber das geben sie dann weiter an die Fußgänger und insofern kommt da nicht so ein Zusammenschluss von Fahrradfahrern und Fußgängern für eine Reduktion des Autoverkehrs, was aber, denke ich, stadtpolitisch irgendwann mal einfach kommen muss, den Innenstadtverkehr eigentlich doch fast autofrei zu machen. Das müsste irgendwann kommen.“ (D82)

„Ich hatte schon Auseinandersetzungen mit Radfahrern. Da ist mal eine auf dem Bürgersteig gefahren und ich sage ganz freundlich, dass sie bitte auf der Straße fahren solle. Und dann hab ich was von der um die Ohren gekriegt beziehungsweise die ist dann frech geworden, aber wie. Und nebenbei gesagt, das war eine Sie. Die sind manchmal noch schlimmer als die Ers. [...] Das war eine Deutsche, so eine Junge. Also so eine wie man die jetzt oft hier sieht in der Gegend. Aber es gibt auch welche [gemeint waren Touristen], die nicht Rad fahren können und dann mit dem Leihfahrrad eben unterwegs sind. Die gucken hier, die gucken da nur nicht geradeaus. Und die benehmen sich auch manchmal richtig daneben. Vor allen Dingen nachts dann. Im Sommer, wenn es wieder wärmer wird, dann sind die laut, dann drehen die voll auf, ja. [...] Vor allen Dingen durch die, hier an der Ecke das Restaurant auf der anderen Seite drüben. Also, wenn die vor der Tür sitzen, also das ist furchtbar. Und dann fangen die an, um elfe oder 23 Uhr ihre Tische beiseite zu rücken, zusammenzuklappen, das machen sie ja nicht leise. Das geht dann so bis halb zwölf. [...] Ich stehen diese Schilder, dass ab 22 Uhr Ruhe ist. Aber natürlich hält sich keiner da dran. Kommt doch auch keiner, der das kontrolliert.“ (D33)

Hier zeigt sich, dass Migration gerade für die ältere Bevölkerung aus vielen Richtungen ein Unsicherheitsfaktor darstellt. Von manchen älteren Bewohner*innen im Reuterkiez werden die zugezogenen Radfahrer*innen als mindestens ebenso großer Unsicherheitsfaktor wahrgenommen, wie die jungen Männer und das Gedränge auf der Sonnenallee. Da die Angebote auf der Sonnenallee aber für die meisten nicht interessant sind, stellt die Vermeidung der Sonnenallee auch keinen großen Verlust an

Lebensqualität dar. Hingegen sind die Nebenstraßen der eigentliche Lebensmittelpunkt in ihrem Wohnumfeld. Fühlen sie sich hier durch Fahrradfahrer*innen bedroht, können sie dies nicht so einfach umgehen. Die Unfreiwilligkeit der Bedrohung und die Schwierigkeit dieser aus dem Weg zu gehen, steigern die Unsicherheitswahrnehmung deutlich.

Die verkehrliche Situation wurde fast in allen Interviews thematisiert und trägt für viele wesentlich zur Sicherheitswahrnehmung bei. In der Praxis hat dies zur Folge, dass ein großer Teil der Befragten angab, wenn es nicht unbedingt sein muss, einen Bogen um die Sonnenallee zu machen. Gleichzeitig würden sich viele Befragte wünschen, dass der Verkehr auf der Sonnenallee reduziert und die Behörden die Einhaltung der Verkehrsregeln stärker überwachen würden:

„Was ich bedauerlich finde ist dass das Ordnungsamt und die Polizei nicht mehr darauf achten dass die Busspur freigehalten wird. Da denke ich da gäbe es auch andere Möglichkeiten. Das müsste man mal mit einem Verkehrsexperten besprechen ob man nicht sagen könnte die Seitenstraßen werden frei gehalten damit die Leute abladen und ausladen können weil die stehen auf eine Stunde und mehr zum Ausladen weil sie dann noch einen Kaffee trinken das beobachtet man ja auch mal. Das finde ich bedauerlich dass nicht die Busspur freigehalten wird.“ (D5)

2.6 Gewaltsame Konflikte: Schlägereien, Messerstechereien

Stehen eine Vielzahl der Sicherheitsprobleme in engem Zusammenhang mit der besonderen Nutzungssituation der oberen Sonnenallee gibt es eine Reihe weiterer Sicherheitsphänomene, die zwar durchaus auch von den Medien regelmäßig mit der Sonnenallee in Verbindung gebracht werden, die in der Wahrnehmung der Befragten aber nicht spezifisch sind für diesen Bereich, sondern eher die Situation in Nordneukölln insgesamt wiedergeben. Zu diesen gehören insbesondere gewaltsam ausgetragene Konflikte im öffentlichen Raum, die viele Befragte neben der Sonnenallee allgemein mit Gegenden rund um Schulen, Parkanlagen oder mit dem Hermannplatz in Verbindung bringen. Viele sagten aber auch, dass es sich um ein generelles Problem in Nordneukölln handle. Bei den wahrgenommenen Gewaltvorfällen berichteten die Interviewten vor allem von Schlägereien und Messerstechereien. Nur in wenigen Fällen haben die Befragten diese selbst beobachtet. Meist haben sie von diesen nur in den Medien gehört oder gelesen. Gewaltvorfälle dieser Art im öffentlichen Raum beeinträchtigen die Unsicherheitswahrnehmung aller Bevölkerungsgruppen.

Das Thema Schlägereien und Messerstechereien wurde von vielen Interviewpartner*innen unabhängig vom Migrationshintergrund oder der Dauer der Anwohnerschaft aus eigenem Antrieb thematisiert. Dies verdeutlicht die Relevanz des Themas für die Sicherheitswahrnehmung. Trotz der wahrgenommenen Omnipräsenz dieses Phänomens in Neukölln wurden die Befragten gebeten, sich auf den Untersuchungsraum zu konzentrieren und die ihnen bekannte gewaltsamen Konflikte dort zu beschreiben. Es zeigte sich, dass meist von Konflikten unter Jugendlichen und jungen Männern auf der Sonnenallee oder in den Seitenstraßen sowohl in Richtung Donaukiez als auch vereinzelt im Reuterkiez berichtet wurde. Auch der Hermannplatz wurde immer wieder genannt. Gehört hatten die Befragten vereinzelt auch von Auseinandersetzungen zwischen Gewerbetreibenden oder von Auseinandersetzungen im „Clanmilieu“. Letztere wurden jedoch in fast allen Fällen nur auf Nachfrage genannt und die Befragten gaben an, von entsprechenden Ereignissen lediglich aus den Medien Kenntnis zu haben.

Aus Sicht der **Polizei** stellen Gewalttaten in Nordneukölln ein großes Problem dar. Hier verwiesen die befragten Polizist*innen auf die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), nach der in vielen Bereichen

Nordneuköllns Gewalttaten überdurchschnittlich häufig vorkommen. Gleichzeitig sagen Vertreter*innen der Polizei aber auch, dass die Sonnenallee in dieser Hinsicht nicht besonders herausragt. Hinsichtlich der Gewaltdelikte waren zum Zeitpunkt der Erhebung aus Sicht der Polizei vor allem drei Phänomenkomplexe zentral. Dies sind erstens Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und jungen Männern aus der Gruppe der erst seit kurzem nach Deutschland Geflüchteten. Hier beobachtet die Polizei im Umfeld der Sonnenallee wiederholt Konflikte zwischen Einzelpersonen. Schwerwiegender wird jedoch bewertet, dass es auch zu Landfriedensbruchdelikten gekommen ist, bei denen also mehrere Gruppen in gewaltsame Konflikte verstrickt waren. Insbesondere der Bereich um den Hermannplatz galt unter den Geflüchteten lange Zeit als beliebter Treff- und Aufenthaltspunkt. Dort wurden auch vermehrt Straftaten im Bereich des BTM Handels aber auch gegen Passant*innen in Form von Beleidigungen oder auch Körperverletzungen verübt. Seit der Einrichtung einer Brennpunktstreife habe sich die Lage am Platz jedoch wesentlich verbessert. Zu den Hintergründen der Konflikte konnten die Befragten keine Angaben machen. Gleichwohl erklären sich die befragten Polizist*innen die Vorkommnisse entweder mit kulturellen Gewohnheiten, die die Geflüchteten aus ihren Heimatländern mitgebracht hätten aber in vielen Fällen auch mit der Lebenssituation der geflüchteten jungen Männer. Diese seien oft orientierungslos und ohne Perspektive. Dies führe zu Frustration und begünstige zugleich, in vorhandene kriminelle Strukturen hineingezogen zu werden. Dass viele Straftaten im Umfeld der Sonnenallee, bzw. vor allem im Umfeld des Hermannplatzes stattfinden erklären sich die Polizist*innen einerseits mit den für die Geflüchteten attraktiven Angeboten bzw. in Bezug auf den Hermannplatz mit der Möglichkeit, sich unabhängig von den Witterungsbedingungen an einem Ort zu verabreden, der zugleich ein hohes Mobilitätspotential bietet.

Neben den Geflüchteten sieht die Polizei vor allem auch Teile medial bekannter arabischstämmiger Großfamilien als Verursacher von Rohheitsdelikten. Hier ist es aufgrund von Rivalitäten und Konflikten zwischen den verschiedenen Familien in Nordneukölln, aber auch darüber hinaus, wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Hierüber wurde insbesondere in den Jahren 2018/19, in denen die Interviews geführt wurden, sehr häufig in den Medien berichtet. Es fällt auf, dass ein Großteil der befragten Polizist*innen sich in ihren Einschätzungen auf eben diese Medienberichte bezog. Wurden die Ursachen in Bezug auf die Vorfälle unter den Geflüchteten oft mit Verweis auf Orientierungs- und Perspektivlosigkeit erklärt, nehmen die Befragten in Hinblick auf die „Clans“ vor allem wahr, dass die Auseinandersetzungen sich zumindest vordergründig aus scheinbaren Nichtigkeiten entwickeln. Teilweise wurde in diesem Zusammenhang auch argumentiert, dass es sich dabei z.B. um Kränkungen oder Fragen der Ehre handele, die sich nur aus der Kultur der Beteiligten heraus erklären ließen.

Schließlich stellten Gewalttaten unter in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen dritten Schwerpunkt in der Argumentation der Polizei dar. Hier reichen die Vorkommnisse von Raub und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Schüler*innen, die in oder im Umfeld der Schulen ausgetragen werden, bis hin zu Gewalttaten gegen Lehrer*innen oder Passant*innen auf der Straße. Gleichwohl war der Stellenwert dieser Formen von Jugendkriminalität in den Interviews wesentlich geringer. Die zuvor genannten Phänomene wurden demgegenüber als wesentlich dringender eingeschätzt. Hinsichtlich der Ursachen vermuteten die Befragten sowohl Perspektivlosigkeit, als auch Fehler in der Erziehung.

Auch in der Gruppe der **langansässigen türkei- und arabischstämmiger Bevölkerung und der Gewerbetreibenden** spielten gewaltsame Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle. Inwiefern sich die Vor-

kommissen in den vergangenen Jahren häufen, herrscht hingegen keine Einigkeit. Ein Teil der Befragten zeigte sich vor allem aufgrund der Berichte in den Medien einerseits besorgt oder sogar verängstigt, gleichzeitig haben viele aber nicht den Eindruck, dass das Problem zugenommen habe. Im Gegenteil empfinden viele das Umfeld der Sonnenallee als vergleichsweise friedlich. Ein kleinerer Teil der Befragten konnte aber auch über eigene Erlebnisse berichten. Selbst Opfer ist jedoch nur einer der Befragten geworden. Diejenigen, die über eigene Erlebnisse berichteten, äußerten auch häufiger Sorge in entsprechende Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Gleichwohl gingen auch sie davon aus, dass die Konflikte sich vor allem zwischen Geflüchteten bzw. Jugendlichen im Allgemeinen abspielen:

„Natürlich gibt es auch Schlägereien und Probleme mit Betrunkenen oder mit einigen Jugendlichen. Aber im Großen und Ganzen ist die Bevölkerung sehr friedlich. Jeder geht seinen Weg. Also das Problem ist in erster Linie mit den Jugendlichen oder es gibt Probleme mit den Flüchtlingen jetzt. Ich finde aber auch, dass es sich ein bisschen beruhigt hat. Vor fünf oder zehn Jahren war es noch wesentlich schlimmer.“ (D259)

Unter den **Frauen** wurde neben Sorgen um die eigene Unversehrtheit häufig auch Angst um die eigenen Söhne geäußert. Befürchtet wird, sie könnten in entsprechende Auseinandersetzungen verwickelt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch berichtet, dass es unter den Jugendlichen in Nordneukölln eine zunehmende Tendenz gibt, sich mit Messern zu bewaffnen. Dabei scheint es sich um eine selbstverstärkende Dynamik zu handeln, insofern ein Teil der Jugendlichen nur deshalb ein Messer bei sich trägt, um im Ernstfall anderen Messerträger*innen nicht wehrlos ausgeliefert zu sein.

„Wenn Sie einen Jugendlichen fragen, warum trägst du ein Messer, dann sagt er, weil das jeder hat. Wenn du kein Messer hast, kannst du dich nicht wehren. Du musst ein Messer haben, in der U-Bahn, egal wo. Alle haben eines und sie sagen, bis elf Zentimeter ist es erlaubt und die dürfen das haben und ohne Messer gehen die nicht von zu Hause weg. Das ist wie in Manhattan langsam. Die reden nicht darüber öffentlich, aber ich bin sicher, dass drei Viertel von den Jugendlichen es in der Tasche hat.“ (D833)

Auch die befragten **Männer** gaben an durch Gewaltvorfälle besorgt zu sein. Viele gehen jedoch davon aus, dass sie selbst nicht von entsprechenden Vorfällen betroffen sein könnten, da es sich in erster Linie um Konflikte unter Jugendlichen handelt. Dabei zeigt sich auch hier, dass die Verantwortung für Gewaltkonflikte vor allem bei Mitgliedern anderer Gruppen sieht. Aus Sicht vieler türkeistämmiger Interviewpartner sind es die neuen Geflüchteten oder die Jugendlichen aus der Gruppe der arabischstämmigen Bevölkerung. Demgegenüber sehen die Befragten mit arabischem Hintergrund in erster Linie die neuen Geflüchteten als Verursacher*innen. Neben der oben beschriebenen Frustration auf die Art und Weise, wie die neuen Geflüchteten im Vergleich in Deutschland willkommen geheißen wurden, kommt hier aber deutlich auch eine generelle Abwertung von Bevölkerungsgruppen hinzu, die gruppenbezogen länger in Deutschland wohnen.

Unter den **Gewerbetreibenden** aus dieser Gruppe war zudem die Sorge verbreitet, dass durch die Vorkommnisse der Ruf der Sonnenallee und damit das eigene Geschäft leiden könnte. Hier wurde ganz explizit auf die Berichterstattung in den Medien verwiesen. Diese nehmen viele Gewerbetreibende als zu einseitig und auf schwere Straftaten oder Gewaltkonflikte fokussiert wahr. In ihrer Selbstwahrnehmung kommen diese Ereignisse aber so gut wie nicht vor.

„Also was wir erleben, es gibt jetzt hier immer mal wieder ein paar kleine Schlägereien. Das ist vor allem wegen der Neuen, die sich hier schlagen. Gab auch mal was mit Stühlen und Messerstechereien aber hier in der Nebenstraße. Und da vorne ist auch mal einer erstochen worden bei dem Café [...] Also ich selbst habe keine Angst. Aber wegen der Kunden. Weil die haben dann vielleicht Angst und kommen nicht mehr.“ (D50)

Auch unter den **langansässigen deutschstämmigen Neuköllner*innen** trugen Gewaltkonflikte zur Unsicherheitswahrnehmung bei. Ebenso wie unter den langansässigen Menschen mit Migrationshintergrund ging auch ein Teil der Deutschstämmigen davon aus, dass sie selbst nicht in entsprechende Konflikte hineingezogen werden. Viele gaben zudem an, dass sie keine eigenen Erfahrungen mit entsprechenden Straftaten haben, sondern über diese in der Mehrheit der Fälle lediglich aus den Medien gehört haben. Einige Befragte zeigten sich überrascht, was sie in den Medien über „ihr Neukölln“ schon wieder geschrieben wird. Sie selbst nehmen ihre Umwelt in der Regel deutlich friedlicher wahr, als dies für sie in den Medien den Eindruck erweckt wird. Demgegenüber berichteten andere, bereits selbst von Jugendlichen mit Gewalt bedroht oder Zeug*innen von gewaltsamen Auseinandersetzungen geworden zu sein: Erstaunlicherweise zeigten sich in den Interviews die Personen, die Gewaltkonflikte lediglich beobachtet haben, oft stärker verunsichert als Personen, die selbst bedroht wurden.

„Naja, was man so im Radio hört, das macht einem schon ein bisschen Angst. [...] In letzter Zeit hört man ganz viel, diese Schießereien und was ich noch schlimmer finde, von Messerstechereien. Manchmal habe ich das Gefühl, die werden gleich mit einem Messer geboren. [...] Wir haben es schon mal miterlebt hier. Da war auf einmal ein Getöse, eine Menschenmeute, die haben alle einen verfolgt da und dann mitten auf der Kreuzung, haben die den dann vermöbelt, dass die Heide wackelt. Und dann dauerte das nicht lange, dann kam auch die Polizei, und alle sind davon gerannt.“ (D33)

Hinsichtlich der Ursachen befragt zeigen die Interviewten ein breites Spektrum von Argumentationen. Diese reichen von Annahmen, die Aggressivität und Gewalt als Teil der Kultur oder der Gepflogenheiten in den „Heimatländern“ der Verantwortlichen vermuten, bis hin zu stärker auf die individuellen Lebensumstände abzielenden Argumenten, die Armut, mangelnde Bildung oder fehlende Perspektiven beschreiben. In vielen Fällen mischen sich entsprechende Argumentationen auch. Die Bandbreite der Argumente verweist dabei auch auf eine gewisse Verunsicherung hinsichtlich der Ursachen. Diese wird durch die Tatsache genährt, dass viele einerseits zunehmende Aggressivität beklagen und durch Berichte in den Medien über Gewaltvorfälle besorgt sind, sie aber in der Mehrheit auch über sehr positive Erfahrungen mit ihren nichtdeutschstämmigen Nachbar*innen berichten können. Fast alle der befragten langansässigen Deutschen konnten von zahlreichen Begegnungen mit sehr höflichen, hilfsbereiten, respektvollen jungen Männern mit Migrationshintergrund berichten oder kannten gleich mehrere sehr nette „Türken“ oder „Araber“, die so gar nicht zu den einfachen Erklärungsmustern einer kriminalitäts- oder gewaltfördernden Kultur passen wollen. So antwortete beispielsweise ein älterer Herr auf die Frage nach den Ursachen für die von ihm wahrgenommene zunehmende Gewalt zunächst, dass er annehme, dass „die da wo sie herkommen das eben nicht anders gelernt“ (D46) haben. Später erzählt dieselbe Person von seinem arabischstämmigen Arbeitskollegen der immer sehr „hilfsbereit“ und ein „wirklich feiner Mensch, tadellos“ (D46) sei. Auch von der Arzthelferin seines Hausarztes, die er als türkeistämmig verortete, wusste er nur Gutes zu berichten. Als das Gespräch schließlich noch einmal auf das Thema Gewalt zurückkam, wiederholte er seine ursprüngliche Ursachenvermutung nicht mehr, sondern stellte sich vielmehr selbst die Frage: „Was ist

denn das? Warum passieren denn da so häufig solche Sachen [gemeint waren Konflikte unter –Jugendlichen]?“ (D46). Gleichwohl eine Antwort blieb er sich selbst nun schuldig.

Das durch die Befragten selbst Fragen aufgeworfen wurden, war in den Interviews generell sehr selten. Umso bemerkenswerter ist, dass der größte Teil dieser Fragen aus der Gruppe der langansässigen deutschstämmigen Neuköllner*innen stammt. Neben Fragen nach den Ursachen von Kriminalität und Gewalt interessierten sie sich bspw. auch für die Lebensumstände und Fluchtumstände der vor allem männlichen Geflüchteten, aber auch für die Wirksamkeit eines härteren Durchgreifens der Polizei sowie für die Finanzierungsmöglichkeiten der in vielen Interviews wiederkehrenden „teuren Autos“. Diese nehmen sie häufig auf den Straßen im Besitz junger Männer mit Migrationshintergrund wahr und wollen so gar nicht zu ihren Vorstellungen über diese jungen Männer passen. Dass in dieser Gruppe auffällig viele Fragen gestellt wurden, lässt sich dahingehend interpretieren, dass die eigenen positiven Erfahrungen zu einer Verunsicherung vermeintlich einfacher Deutungsmuster führen, die Menschen mit Migrationshintergrund oder deren Kultur als kriminalitätsaffin brandmarken. Wo vermeintliches Wissen unsicher wird, weil eigene Erlebnisse nicht dazu passen wollen, entsteht Raum für Nachfragen. Im Sinne einer Steigerung der subjektiven Sicherheitswahrnehmung besteht somit auch die Chance durch interkulturellen Austausch noch bestehende Vorurteile über die Kultur und die Lebensweise der Menschen mit Migrationshintergrund weiter aufzubrechen.

Gewaltvorfällen spielten schließlich auch in den Berichten der Vertreter*innen der neuen **Mittelschicht** eine Rolle. Gleichwohl gab keine*r der Befragten an, aufgrund der zum größten Teil nur aus den Medien bekannten Berichte im eigenen Wohnumfeld angstbehaftet zu leben. Vielmehr zeigte sich auch in Bezug auf Gewalt die bereits oben beschriebenen Deutungsmuster. So weigern sich Menschen dieser Gruppe, Migration, Kultur, oder Religion als Ursachen für abweichendes Verhalten anzuerkennen und gehen vielmehr davon aus, dass die Ursachen in den Lebensumständen begründet sind. So vermuten sie z.B. Armut, mangelnde Bildung, fehlende berufliche Perspektiven, Defizite in der Erziehung oder patriarchalische Männlichkeitsvorstellungen als Ursachen. Geht es um Gewaltvorfälle unter Geflüchteten, werden zudem traumatische Kriegs- und Fluchterfahrungen sowie die Trennung der Jugendlichen von ihren Familien als mögliche Ursachen genannt. Zudem argumentierten sie auch hier relativierend und gaben an, dass es überall zu Gewaltvorfällen komme und das Risiko demnach überall dasselbe sei. Die Interviewpartner*innen empfahlen, den Jugendlichen aus dem Weg zu gehen, bzw. ihnen freundlich zu begegnen. So ließe sich das Risiko, selbst Opfer von Gewalt zu werden, minimieren. Gleichwohl zeigte sich auch in dieser Gruppe, dass die persönliche Nähe der Erfahrungen durchaus einen Unterschied machen. So äußerten Befragte, die bereits eigene Beobachtungen gemacht hatten eher, dass sie in Sorge sind, unbeabsichtigt in entsprechende Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. So berichtet bspw. ein junger deutschstämmiger Mann, der in einer Seitenstraße der Sonnenallee wohnt:

„Ja ich hab schon paar mal irgendwo einen recht lautstarken Streit mitbekommen, oder dass Leute aneinandergeraten. Da fliegen auch mal die Fäuste, ja das ist schon zu sehen. [...] Eigentlich muss ich sagen betrifft mich das ja nicht. Ich meine ich habe damit ja nichts zu tun, aber natürlich macht man sich da schon ein paar Sorgen, dass man vielleicht auch unbeabsichtigt da mit reingerät. Hat man ja auch schon gehört. Deshalb, also ich halte da lieber Abstand und misch mich nicht ein.“ (D48)

2.7 Weitere Sicherheitsphänomene

Neben den bis hier besprochenen Themen wurden in den Interviews aber noch eine Reihe weiterer Phänomene genannt. Da diese aber nicht in allen Gruppen gleichermaßen thematisiert wurden oder die Befragten sich nur auf Nachfrage zu diesen äußerten, ist davon auszugehen, dass diese auch eine geringere Relevanz für die Sicherheitswahrnehmung der Befragten haben. Daher sollen sie im Folgenden nicht in derselben Ausführlichkeit vorgestellt werden. Zudem hat sich auch hier gezeigt, dass die zuvor dargestellten Deutungsmuster und Argumentationszusammenhänge dieselben sind.

Zu den weiteren Sicherheitsphänomenen gehören zum einen eine Reihe von Unordnungsphänomenen („incivilities“) wie **Müll, Lärm oder fehlende Beleuchtung**. Auch wenn es sich bei diesen Problemen nicht direkt um Formen von Kriminalität handelt, wurden diese Phänomene häufig in Zusammenhang mit der Frage nach Sicherheit auf der Sonnenallee und den angrenzenden Nebenstraßen genannt. So stellt etwa der herumliegende Müll für einige Befragte ein Symbol für den Verfall der Sitten dar und wird dadurch indirekt als Anzeichen für die zunehmende Unsicherheit im Wohnumfeld gesehen. Auch der Lärm spielte eine vergleichbare Rolle. Vor allem von älteren deutschstämmigen Anwohnern des Reuterkiezes wurde beklagt, dass durch Tourist*innen und Mittelschichtsmigrant*innen vor allem nachts rund um die Weserstraße großer Lärm entsteht. Dass es den Behörden nicht gelingt, dieses Problem zu lösen, wird als deutliches Zeichen verstanden, dass der Staat nicht mehr in der Lage ist, die Sicherheit seiner Bevölkerung zu gewährleisten.

Aus Sicht der langansässigen Deutschen und der zugezogenen Mittelschicht stellen auch die **Hinterlassenschaften von Drogenkonsument*innen** ein Unordnungsphänomen dar. Jedoch wird dieses von den Menschen im Umfeld der Sonnenallee vor allem auf der Linie U8 und sporadisch auf der Donaustraße oder im Reuterpark verortet. Auch hierin sehen einige der Befragten wieder ein Versagen des Staates, die Bürger*innen vor diesen Hinterlassenschaften zu schützen. Gleichwohl ist diese Gruppe kleiner als beim Thema Müll, da durchaus viele Befragte auch der Meinung sind, das Drogenproblem könne nur durch eine andere, liberalere Drogenpolitik gelöst werden.

Etwas anders stellte sich die Drogenproblematik für die langansässige türkei- oder arabischstämmige Bevölkerung und Gewerbetreibende dar. Für sie stand vor allem der **Drogenhandel** als Straftat im Fokus der Unsicherheitswahrnehmung. Gerade unter den Eltern dieser Gruppe ist die Angst groß, dass ihre Kinder zum Drogenkonsum verführt werden könnten. Einige Eltern älterer Kinder, berichteten von ebensolchen Begebenheiten. Auch in dieser Gruppe wurde der Drogenhandel vor allem rund um den Hermannplatz und auf der Linie U8 und vereinzelt in den Seitenstraßen der Sonnenallee angesiedelt. Dass Drogen auch in den Geschäften direkt auf der Sonnenallee verkauft werden, wurde im Rahmen der Interviews nur vereinzelt und gerüchteweise beschrieben. Für die Befragten dieser Gruppe ist es ein großes Ärgernis, dass gegen den Drogenhandel rund um den Hermannplatz und auf der Linie U8 aus ihrer Sicht nichts unternommen wird. Viele unterstellen dem deutschen Staat und der Polizei aufgrund dieser Wahrnehmung eine bewusste Duldung oder sogar Förderung des Drogenhandels in Deutschland.

Ein weiteres vor allem von vielen Menschen mit Migrationshintergrund thematisiertes Problem ist die Wahrnehmung, dass die Zahl **rassistischer Anfeindungen** in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Hierbei ging es in erster Linie um Beleidigungen und minderschwere tätliche Angriffe. Allerdings wird dieses Problem vor allem außerhalb Neuköllns angesiedelt, wenngleich viele auch in Neukölln selbst eine Zunahme beobachten. Für die Befragten hat dies zur Konsequenz, dass sie zuneh-

mend bestimmte Teile Berlins meiden. Neben dem Rassismus auf der Straße fühlen sich viele Menschen mit Migrationshintergrund aber auch von der Teilhabe an Gesellschaft systematisch ausgeschlossen. Sei es aufgrund von wahrgenommenen Benachteiligungen ihrer Kinder in der Schule oder auf dem Arbeitsmarkt, sei es aufgrund von wahrgenommenen Schikanen auf Ämtern und Behörden oder weil man den Eindruck hat, als Person mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger und willkürlicher von Polizisten kontrolliert oder einer Straftat verdächtigt zu werden. Schließlich beklagten viele der engagierten Menschen mit Migrationshintergrund, dass ihr Engagement nicht angemessen wahrgenommen und auch medial wertgeschätzt wird. So gehe auch eine Chance verloren, das vielfältige positive Engagement hervorzuheben und damit bevölkerungsübergreifend Vorurteile abzubauen und mehr Begegnung zu ermöglichen. Gleichzeitig zeigen die Annahmen der Befragten Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich der Verursacher*innen von aggressivem Verhalten und Gewalttaten auch, dass Rassismus und gruppenbezogene Vorurteile nicht nur unter der deutschstämmigen Bevölkerung ein Problem ist. Vielmehr zeigt sich, dass sich in allen Gruppen Tendenzen finden, Bevölkerungsgruppen, die gruppenbezogen später nach Deutschland gekommen sind, abzuwerten und sie als Verursacher*innen von Unordnung und Kriminalität wahrzunehmen.

Während es vor allem Menschen mit Migrationshintergrund sind, die über Rassismus klagen, spielte für einen Teil der älteren deutschstämmigen Deutschen, die zudem selbst in Neukölln aufgewachsen sind, ein **Gefühl des Heimatverlustes** eine wichtige Rolle. Diesem liegt die Wahrnehmung zu Grunde, dass die Sonnenallee einer kontinuierlichen und als schmerzhaft und verunsichernd wahrgenommenen Veränderung unterliege. Diese wird in großer Diskrepanz zur eigenen raumbezogenen Identität wahrgenommen. So haben diese Menschen in ihrer Kindheit oder Jugend eine gänzlich andere Gewerbelandschaft angetroffen. War diese in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts noch mehrheitlich durch Kleingewerbe in deutschstämmiger Hand geprägt, findet sich heute eine starke Verbreitung arabischer Schrift und eine Angebotspalette, die sich in erster Linie an den Bedarfen der zu einem großen Teil arabischstämmigen Kundschaft ausrichtet. Diese Angebote sind für die ältere, in Neukölln aufgewachsene deutschstämmige Bevölkerung häufig nicht besonders attraktiv. Hinzu kommt, dass sich auch die Bevölkerung selbst über die Jahrzehnte stark gewandelt hat. War Neukölln in den 70er Jahren noch von deutschen Arbeiter*innenfamilien dominiert, sind es heute meist arabisch- oder türkeistämmige Arbeiter*innenfamilien und zunehmen auch zugezogene Mittelschichtsvertreter*innen, die das Stadtbild prägen. Dabei stellt der Zuzug von oft deutschstämmigen Mittelschichtsvertreter*innen und Mitteleuropäer*innen nicht weniger Grund für ein Gefühl der Ausgegrenztheit dar. Vielmehr empfanden die Befragten die Lebensweisen der jungen Mittelschichtsbevölkerung oft nicht weniger irritierend. Sie stören sich an den lauten Partys, den Fahrrädern auf den Gehwegen, dem Erscheinungsbild der Gastronomiebetriebe und den als übersteuert wahrgenommenen Bioläden. All dies führt bei einem Teil der älteren, alteingesessenen deutschstämmigen Bevölkerung dazu, dass aus der Wahrnehmung ein Teil der Mehrheitsgesellschaft zu sein, eine Wahrnehmung geworden ist, Teil einer aussterbenden Randgruppe zu sein. Die Erfahrung dieses Wandels hat bei einigen Vertreter*innen dieser Gruppe dazu geführt, dass die Frustration über den Wandel zu einer pauschalen Projektion negativer Erfahrungen im Alltag auf Menschen mit Migrationshintergrund, Zugezogene und Tourist*innen geführt hat. Auftretende Konflikte und negative Erlebnisse mit Mitmenschen dieser Gruppen werden in der Folge nicht mehr der Situation oder dem*der Konfliktpartner*in als Individuum zugeschrieben, sondern der gesamten Gruppe.

Wie bereits angedeutet, spielten außer wahrgenommene Gewaltdelikte andere Formen **klassischer Kriminalitätsdelikte** in den Interviews nur eine untergeordnete Rolle. Eine Ausnahme bildet hier die Gruppe der Gewerbetreibenden auf der Sonnenallee, die das Thema **Laden- und Taschendiebstahl**

besonders hervorhoben. Die Befragten sehen hierin vor allem ein großes Ärgernis, da sie in Sorge um ihren guten Ruf und um die Bereitschaft der Kunden sind, auf der Sonnenallee einzukaufen. In den anderen Bevölkerungsgruppen spielte dieses Thema jedoch nur im Zusammenhang mit der Buslinie M41 eine Rolle.

Auch die befragten Polizeivertreter*innen gingen davon aus, dass die Sonnenallee und ihr Umfeld im nordneuköllner Vergleich kein besonders herausragender Kriminalitätsschwerpunkt seien. Dies gelte nach Einschätzung der Befragten aber nur in Bezug auf Formen von Kriminalität, die im öffentlichen Raum stattfinden und in besonderer Weise für die Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung relevant sind. Darüber hinaus gaben die Befragten Polizeivertreter*innen aber durchaus an, dass die Sonnenallee ein Ort ist, an dem Kriminelle verkehren und sich zur Verabredung von Straftaten treffen. Auch gehen sie davon aus, dass ein Großteil der Gewerbebetriebe auf der oberen Sonnenallee in der Hand sogenannter „arabischer Großfamilien“ oder „Clans“ sei. Sei es, dass sie diese mit Hilfe von Strohmännern direkt kontrollieren oder von diesen Schutzgeld erpressen.

Anders als unter den Vertreter*innen der Polizei spielte das Thema „Clans“ unter den Befragten nur eine untergeordnete Rolle. Thematisiert wurde es zumeist erst auf konkrete Nachfrage. Dabei zeigte sich, dass bspw. die deutschstämmigen unter den Befragten sich fast ausschließlich auf die mediale Berichterstattung bezogen. Entsprechend reproduzierten sie das dort berichtete. Hierzu gehört z.B., dass sie angeben gehört zu haben, dass ein Großteil der Gewerbetreibenden auf der Sonnenallee mit den „Clans unter einer Decke stecke“ oder Schutzgeld bezahle. Auch in Bezug auf die im öffentlichen Raum beobachteten teuren Autos wurde ein Zusammenhang mit Kriminalität oder Clans vermutet. Desweiteren habe man gehört, dass die Clans sich in Neukölln um ihre Reviere für den Drogenverkauf oder die Prostitution streiten. Persönliche Erfahrungen hatte keine*r der Befragten deutschstämmigen Neuköllner*innen.

Unter den Gewerbetreibenden und Menschen mit Migrationshintergrund sah es etwas anders aus. Zwar reproduzierte auch hier ein Großteil der Befragten lediglich das, was sie in den Medien gehört oder gelesen hatten. Jedoch gab es in dieser Gruppe durchaus einige Personen, die Mitglieder aus den medial bekannten Großfamilien kannten. Dabei handele es sich aber meist um Personen, die sie nicht zu den kriminellen Teilen der entsprechenden Familien zählen. Vereinzelt gab es aber auch Berichte über Personen, die den Nachnamen einer berüchtigten Familien tragen und dies zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen, um andere Personen einzuschüchtern und sich dadurch eigene Vorteile zu verschaffen hoffen:

„Da gibt es schon Jugendliche die sagen, ich komme aus der und der Familie wenn sie was haben wollen. Aber nicht nur bei den Kinder. Das machen auch die Erwachsenen. Letztes Jahr hatten wir das Problem mit der Familie [XY]. Es gab Streit zwischen unseren Kindern. Dann drohte deren Kind meinem Sohn, dass sein Vater eine Pistole zuhause hat und er kommt und ihn erschießt. Ich erzähle das dann der Mutter von denen und die sagt: Nein so war das nicht gemeint. [...] Dann letztes Jahr hat mein Sohn sie geärgert. Da ruft mich die Mutter an und dann habe ich das mit ihr geklärt. [...] Am nächsten Tag stand dann aber der Vater von denen auf dem Spielplatz und hat meinem Sohn gedroht. Das mag ich überhaupt nicht, wenn ein Erwachsener einem Kind droht. Er sagte: „Wenn du das nochmal machst wirst du mit der Familie [XY] zu tun haben“. Dann bin ich zur Polizei gegangen. Die Polizei hat gesagt, ok sie gehen zu denen nach Hause und reden mit denen. Seitdem ist Ruhe, geklärt.“ (D 183)

Hinsichtlich der Verstrickung der „Clans“ mit den Gewerbetreibenden auf der Sonnenallee vermuten auch die migrantischen Gewerbetreibenden, dass sich einige Läden in der Hand von „Clans“ befinden oder in irgendeiner Weise mit diesen in Beziehung stehen müssen. Um dies zu belegen, verwiesen sie jedoch in allen Fällen auf Gerüchte oder Berichte in den Medien. So hätten sie gelesen, dass die Läden der „Clans“ oft die Besitzer*innen wechseln oder in diesen nur wenig Kundschaft sei. Auch die Tatsache, dass es in einigen Geschäften wiederholt zu Polizeieinsätzen gekommen ist, lässt die Gewerbetreibenden spekulieren, ob es sich bei diesen um Läden handele, in die die „Clans“ verstrickt seien. Auf Basis der Interviews lässt sich nicht abschließend klären, ob die Anwohner*innen und Gewerbetreibenden unter Umständen doch mehr wissen, aber dies aus Angst oder anderen Beweggründen nicht bereit waren, in den Interviews zu äußern.

Da bereits früh in den Interviews deutlich wurde, dass das Thema „Clans“ in der Bevölkerung und unter den Gewerbetreibenden keine besonders prominente Rolle zu spielen scheint, wurde die Befragung zu diesem Thema nicht weiter vertieft.

3 Sicherheitswahrnehmung unter Geflüchteten

Zur Sicherheitswahrnehmung der Geflüchteten konnte aufgrund der geringen Interviewzahl keine differenzierte Auswertung erfolgen. Die wenigen Personen, die dennoch befragt wurden, fühlen sich im Umfeld der Sonnenallee sehr sicher, da sie die Gegend stark an ihre Heimat erinnert. Dort finden Sie Produkte und Speisen aus ihrer Heimat, können Kontakte zu anderen Geflüchteten knüpfen, ihre Freizeit verbringen, teilweise Arbeit in den Läden und Gastronomiebetrieben sowie Hilfe und Unterstützung für ihre Sorgen und Probleme finden. Es wurde deutlich, dass weder Kriminalität noch „incivilities“ im Umfeld der Sonnenallee von den Befragten als großes Problem wahrgenommen wurden.

Auch das insbesondere von langansässigen Frauen mit Migrationshintergrund geäußerte Unsicherheitsgefühl aufgrund sexueller Belästigungen, wurde von der auf der Sonnenallee interviewten Geflüchteten nicht wahrgenommen. Zwar sind auch ihr die Sprüche und Kommentare der meist jungen Männer nicht entgangen, diese wurden von ihr jedoch nicht als bedrohlich, sondern als „normales Verhalten junger Männer“ wahrgenommen. Da nur eine geflüchtete Frau interviewt werden konnte, kann nicht festgestellt werden, inwiefern diese Wahrnehmung von anderen geteilt wird.

Aus Sicht der interviewten Geflüchteten wesentlich drängender, und ihre persönliche Sicherheit bedrohend, sind Probleme wie das Finden einer eigenen Wohnung und eines Arbeitsplatzes, sowie der Nachzug von Familien, die in ihren Herkunftsländern verblieben sind.

Jedoch bedeutet dies nicht, dass diese Gruppe kein Unsicherheitsempfinden in Deutschland kennt. Die Sicherheitswahrnehmung bezieht sich in erster Linie auf Neukölln und im Speziellen die Umgebung rund um die obere Sonnenallee. Denn auch die Geflüchteten konnten durchaus berichten, dass sie sich in anderen Teilen Berlins unsicher und bedroht fühlen. Ein Teil hatte bereits Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit in anderen Stadtteilen gemacht.

Aus weiteren Gesprächen mit Vertreter*innen von Organisationen, die mit Flüchtlingen arbeiten, wurde mir zudem berichtet, dass es durchaus auch eine ganze Reihe Geflüchteter gibt, die sich nur sehr selten „auf die Straße trauen“. Inwiefern dies jedoch als Reaktion auf die bedrohliche Situation in Berlin oder beispielsweise auf die traumatischen Kriegserfahrungen in Syrien zurückzuführen ist, konnte im Rahmen der Gespräche nicht geklärt werden.

4 Wahrnehmung der Polizei

Neben der Wahrnehmung von Straftaten und Unordnungsphänomenen („incivilities“) spielt für die Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung auch eine wichtige Rolle, wie sie die Arbeit der Polizei bewerten, ob sie sich von dieser beschützt, bedroht oder alleine gelassen fühlt. Vor diesem Hintergrund wurde die Bevölkerung im Rahmen der Interviews gebeten, die Arbeit der Polizei zu bewerten. Nachfolgend wird dargestellt, wie die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen die Arbeit der Polizei bewerten, welchen Einfluss diese auf ihr Sicherheitsempfinden hat und welche Wünsche und Erwartungen die unterschiedlichen Gruppen an die Polizei haben.

In der Gruppe der **türkei- und arabischstämmigen langansässigen Bevölkerung** genießt die Polizei grundsätzlich ein hohes Ansehen. Zudem äußerten die Befragten große Achtung davor, dass sich die Polizist*innen tagtäglich den Herausforderungen rund um die Sonnenallee stellen. Auf die Frage, ob die Polizei im Fallstudiengebiet gute Arbeit leistet, sagten die Teilnehmer*innen einer Gruppendiskussion mit mehrheitlich arabisch- und türkeistämmigen Eltern entsprechen auch:

„3: Ich finde die machen einen sehr guten Job.

2: Ja finde ich auch. Aber die sind auch ganz schön ausgelastet. Die können manchmal nicht mehr.

5: Ja die sind unterbesetzt aber die die machen wirklich eine sehr gute Arbeit, wirklich.

1: Also wenn es um die Sonnenallee geht, dann sind die in Sekunden da. Ich habe die Polizei angerufen, weil zwei einen Jungen vor einem Laden geschlagen haben hier in der Sonnenallee. Die waren undercover unterwegs und waren wirklich in Sekunden da.“ (D18)

Trotz der fast einhelligen Respektbekundungen und des Verständnisses für die Situation der Polizei äußerten die Befragten auch Kritik. Beklagt wurde etwa, dass man die Polizei vor allem in ihren Fahrzeugen über die Straße fahren sehe. Die Befragten wünschen sich hingegen eine deutlich größere persönliche Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum. Auch zeigte sich in dieser Gruppe eine hohe Punitivitätsneigung. Entsprechend wünschen sich viele der Befragte deutlich härtere Strafen und ein entschiedeneres Vorgehen gegenüber Kriminellen. Einige der befragten Personen mit Migrationshintergrund hielten gar Abschiebungen für das einzig wirkungsvolle Mittel im Umgang mit Kriminellen mit Migrationshintergrund. So löste die folgende Aussage einer Frau mit Migrationshintergrund (2) regelrechte Begeisterung unter den anderen Teilnehmer*innen mit Migrationshintergrund in einer Gruppendiskussion aus:

„2: Abschieben, abschieben. Die gehen ein zwei Jahre hier ins Gefängnis, das finden die gar nicht schlimm. Dann kommen die raus und machen weiter.

3: Ja, abschieben, das ist was die brauchen.

5: Ja das ist perfekt.

<weitere Zustimmungsbekundungen im Hintergrund>“ (D72)

Ein weiterer Kritikpunkt wurde durch einen Teil der Jugendlichen geäußert. Sie beklagten, sich durch die Polizei schikaniert zu fühlen. Dabei wurde zwar hervorgehoben, dass sie einerseits Verständnis haben: „wenn einer Scheiße baut, dann müssen die was machen, ist klar“ (D68). Andererseits berichteten sie aber auch erlebt bzw. gehört zu haben, dass Jugendliche von Polizist*innen provoziert oder beleidigt worden seien. Entgegen der ursprünglichen Erwartung spielten weder Diskriminierung noch „racial profiling“ in den Interviews mit türkei- oder arabischstämmigen Neuköllner*innen darüber hinaus eine große Rolle.

Eine Ausnahme bildet hier jedoch die Wahrnehmung der Schwerpunkteinsätze auf der Sonnenallee. Hier ist zu unterscheiden zwischen der natürlicherweise größeren Gruppe von Personen, die entsprechende Einsätze als Außenstehende nur aus der Beobachtung kennen und den Betroffenen Ladenbesitzern. Sie beurteilen die Einsätze überwiegend positiv. Dabei verweisen sie auf die in den Medien verbreitete Argumentation, dass es sich bei den durchsuchten Objekten um Shishabars, Casinos und Cafés handele, die mit „kriminellen Clans“ in Zusammenhang stehen. Auch ein Teil der Gewerbetreibenden argumentiert entsprechend. Jedoch zeigten sie hier bereits einige irritiert, in welchen Betrieben Einsätze stattfinden. Insbesondere dann, wenn sie die Betreiber*innen persönlich kannten. Deutlich kritischer fällt die Bewertung schließlich durch die Betroffenen selbst aus. Ein Shishabarbesitzer schildert seine eigenen Erfahrungen wie folgt:

„Die Razzien in den Shisha Bars sind mittlerweile Schikane geworden. Alle ein bis zwei Monate eine Razzia. Und alle werden über einen Kamm geschert. Ich bin der Meinung, dass der Staat genug Mittel hat um zu wissen was der Hintergrund von dem Gewerbetreibenden ist. Die können also entscheiden wo sie hingehen. [...] Ich stehe voll hinter dem Staat ich habe selber Kinder und möchte, dass meine Kinder und meine Familie geschützt werden. Es ist normal, dass solche Maßnahmen ergriffen werden und kontrolliert wird, da stehe ich voll dahinter. Das toleriere ich, die sollen ihre Arbeit machen das ist doch richtig so. Aber ich bin gegen Schikane und Verallgemeinerungen.

F: Was empfinden sie als Schikane oder Verallgemeinerung?

A: Also ich finde das ja richtig wegen dem Kohlenmonoxid. Deswegen haben wir auch eine neue Lüftung eingebaut. Das hat eine Menge Geld gekostet. [...] Und dann war wieder im November eine Razzia bei mir. Da war dann alles okay. Dann war im Januar noch mal eine Razzia. Da war der Bürgermeister und die Presse mit dabei. Da haben ich es dann übertrieben gefunden, weil sie uns wie Kriminelle behandelt haben. Sie sind in den Laden rein gekommen haben nach der Steuernummer gefragt, nach der Gewerbeanmeldung usw. Haben alles durchsucht. Dann haben sie jeden einzelnen Kunden gefilzt. Jeden einzelnen haben sie gefilzt. Das ist ein Imageschaden. Weil wenn man Angst haben muss, dass man jedes Mal wenn man hierherkommt um zusammen zu sitzen, einen Tee zu trinken oder eine Wasserpfeife zu rauchen, man gefilzt wird, dann kommt man doch nicht mehr.

F: Was denken sie, warum macht die Polizei das?

A: Ich denke die wollen wissen ob hier irgendwelche Clans sind. Was man in den Medien so liest. Aber ich bin der Meinung die wissen ganz genau wo die Clans sich aufhalten. Ich bin der Meinung sie wollen Präsenz zeigen für die Bevölkerung, wir tun was in Neukölln. Aber die gehen in die Läden rein, natürlich in manchen Läden finden Sie auch was, aber bei mir waren sie jetzt zweimal drin und haben nichts gefunden. Sonst hätten sie den Laden doch schon geschlossen. Aber dann immer wieder zu kommen, das ist Schikane. Da bleiben die Kunden weg. Unsere Kunden sagen was soll ich da, da werde ich wieder kontrolliert. Und dann dürfen sie nicht mehr raus aus dem Laden während der Razzia. Und dann dauert die Razzia eineinhalb oder zwei Stunden und der darf nicht raus. [...]

Draußen ist ein Freund von mir vorbeigefahren und wollte sich erkundigen was los ist und hat einen Passanten gefragt. Der hat dann gesagt: „Ja da wurde jemand drin erschossen“. So sah das von außen aus. Als ob hier ein Mord stattgefunden hat. Ich bin mit 2 Jahren hierher gekommen ich bin seit 30 Jahren hier in Deutschland. Ich bin deutscher Staatsbürger. Ich zahle hier meine Steuern, jedes Jahr. Aber ich finde es einfach nur traurig was man da in den Medien so hört. Überall Geldwäsche überall Kriminalität. Gucken Sie sich meine Akten an, ich habe nichts davon. Bin ich vorbestraft nein.

Und trotzdem gibt es immer wieder Razzien. [...] Die Polizei kann sich doch vorbereiten. Und dann sollen sie eben ein oder zweimal vorbeikommen. Ist okay. Um sicherheitshalber mal zu kontrollieren. Vertrauen ist gut Kontrolle ist besser. Alles gut. Aber so krasse Kontrollen, dass man die ganze Straße absperrt. Das danach der Laden noch in den Medien zu sehen ist. Und in der BZ zu sehen ist. Oder dass die BZ sogar schreibt, wir waren in der [Shishabar ABC] mit unserem Namen und dann schreibt, es war nur bärtige Leute da. Worauf wollen die denn da hinaus? Das ist doch nicht schlimm ob jemand einen Bart trägt oder? Ich trage doch auch einen Bart und trotzdem habe ich mich hier integriert. Trotzdem bin ich Deutscher. Trotzdem beherrsche ich die deutsche Sprache in Schrift und Form. Ich bin seit 32 Jahren hier in Deutschland. Ich kann nicht mehr meine eigene Sprache richtig lesen und schreiben. Die wollen ja nur hören die Kanacken in den Shisha Bars die hängen da sowieso nur rum wegen Drogen, Geldwäsche, Kriminalität. Wenn ich sowas lese dann frage ich mich: Was ist das nur. Was zetteln diese Leute da nur an.“ (D42)

Auch in der Gruppe der **langansässigen, deutschstämmigen Bevölkerung** wurde die Arbeit der Polizei prinzipiell positiv bewertet und in vielen Fällen auch die Personalknappheit und das Arbeiten in einer vermeintlich gefährlichen Umgebung bedauert: „Die tun mir schon leid. Die müssen ja immer zu zweit sein sonst werden die hier zur Zielscheibe. Das ist doch das Problem“ (D175).

Trotz dieser grundsätzlich wohlwollenden Einstellung gegenüber der Polizei wird auch in dieser Gruppe von vielen beklagt, dass die Polizei im öffentlichen Raum zu wenig präsent ist, sich zu wenig um das Verkehrschaos auf der Sonnenallee kümmert und dass zu viele der vermeintlichen Täter*innen schnell wieder freigelassen werden oder von den Gerichten zu milde Urteile bekommen. Auch wurde von mehreren Befragten beklagt, dass selbst dann, wenn sie doch einmal eine*n Polizist*in im öffentlichen Raum antreffen, diese oft nicht in der Lage sind, sie bei ihren Anliegen zu unterstützen:

„Früher lief hier noch ein Kontaktbereichsbeamter durch. Dem konnte man eine Frage stellen und der hat auch eine Antwort gewusst oder hat sich gekümmert. Aber heute, da kommt ja keiner mehr. Und wenn man hier doch mal zwei sieht, und man spricht die ganz höflich an: ‚Sagen Sie mal, sind Sie dafür zuständig?‘ Dann sagen sie: ‚Nein, wir sind dafür nicht zuständig.‘ Und wenn man Glück hat, dann geben sie einem eine Telefonnummer und dann kann man da sein Verslein loswerden. Aber dann passiert auch wieder nichts.“ (D33)

Positiv bewertet wurden hingegen die Schwerpunkteinsätze der Polizei auf der Sonnenallee. Da die Befragten in den Medien gelesen haben, dass die Polizei davon ausgehe, dass „arabische Clans“ in die Gewerbebetriebe der Sonnenallee verstrickt seien, deuten die Befragten die Einsätze der Polizei als Maßnahmen zur Bekämpfung dieser kriminellen Strukturen:

„Ich finde das [die Schwerpunktmassnahmen auf der Sonnenallee] ist eine gute Maßnahme. Dass irgendwo auch zu sehen ist, dass es hier keine gesetzesfreie Zone ist. Halte ich letzten Endes schon für wichtig, dass sowas gemacht wird, wenn es denn wirklich der Fall ist. Es sollte nicht das Empfinden irgendwo aufkommen, dass sich die Machtverhältnisse hier verschoben hätten.“ (D48)

In der Gruppe der **neuen Mittelschicht** konnten viele der Befragten nur wenig zur Wahrnehmung der Polizei sagen. Zwar ist die Mehrheit der Befragten mit der Arbeit der Polizei überwiegend zufrieden, gleichzeitig sagen viele aber auch, dass sie von der Polizei gar nichts mitbekommen. Einige wenige thematisierten aber auch negative Aspekte. Hier wurde bspw. Rassismus oder „racial profiling“ beklagt. Auf Nachfrage stellte sich jedoch meist heraus, dass es sich dabei ebenso wie bei den meisten Berichten über Straftaten um Berichte aus den Medien handelte oder sich diese Vorbehalte gar nicht

auf die Arbeit der Polizei in Neukölln, sondern generell in Bezug auf die Polizei beziehen. So sagte einer der Befragten in Bezug auf „racial profiling“ etwa:

*„Ja, aber das ist jetzt nicht unbedingt etwas was in der Sonnenallee oder am Kottbusser Tor passiert. Im Gegenteil, ich will nur sagen, dass es eher in Nachbarschaften passiert, die weiß sind. Also das würde vielleicht eher in Steglitz passieren, aber nicht in Neukölln, denke ich. Das würde mehr Sinn ergeben.“
(D58)*

Die Gruppe der neuen Mittelschicht unterscheidet sich meist auch hinsichtlich ihrer Wünsche in Bezug auf die Arbeit der Polizei. Während sich viele Vertreter*innen der anderen Gruppen mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum wünschen, ist ein Großteil der Befragten der neuen Mittelschicht zufrieden damit, dass sie die Polizei nur selten im öffentlichen Raum wahrnehmen. Sie wünschen sich, dass die Polizei dann zur Stelle ist, wenn sie gerufen wird und sich ansonsten eher zurückhält. Ein weiterer verbreiteter Wunsch ist, dass Polizei sich auf schwere Straftaten und die Ermittlung gegen die Hintermänner der organisierten Kriminalität konzentrieren sollte.

5 Problembewertung und Konstitution des Unsicherheitsempfindens

Die beschriebenen Sicherheitsphänomene verdeutlichen, dass es aus Sicht der Bevölkerung in erster Linie nicht besonders schwere Verbrechen wie Mord oder Raub sind, die das Unsicherheitsempfinden verstärken, sondern dieses vor allem durch die Wahrnehmung von Personengruppen im öffentlichen Raum beeinträchtigt wird, mit denen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine erhöhte Kriminalitätsbelastung oder eine erhöhte Belastung mit abweichendem oder unangemessenem Verhalten verbinden. Dies können z.B. Jugendliche sein, die in der Öffentlichkeit laute Musik hören, lautstark miteinander sprechen oder durch ihr Auftreten auf manche Personen einschüchternd wirken. Dies können aber auch Alkoholiker*innen oder Drogenabhängige sein, die in der Öffentlichkeit in Parks oder U-Bahnstationen Alkohol oder Drogen konsumieren. Aber dies können auch ganz allgemein all die Personen sein, die dem äußeren Anschein nach einer anderen Herkunftsgruppe zugehören und z.B. in Gruppen auf dem Bürgersteig stehen und den Durchgang für andere Personen erschweren. Stören Personen sich an derartigen Verhaltensweisen und werden in ihrem Alltag persönlich oder durch mediale Berichterstattung mit derartigen Situationen konfrontiert, werden sie in ihrem negativen Sicherheitsempfinden bestärkt.

Wie beschrieben, stören sich aber nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise an den beobachteten Phänomenen obwohl durchaus relativ große Einigkeit über alle Bevölkerungsgruppen hinweg besteht, welche Sicherheitsphänomene in ihrem Wohnumfeld vorkommen. Das Unsicherheitsgefühl hängt also weniger von den wahrgenommenen Phänomenen, sondern von den Einschätzungen und Sichtweisen ab, mit denen die unterschiedlichen Menschen den Phänomenen begegnen. Erst dadurch erscheinen die Sicherheitsphänomene der einen Gruppe als gravierendes Sicherheitsprobleme und der anderen Gruppe eher als Ärgernis oder gar als Lappalie. Die Frage ist daher, welche Faktoren einen Einfluss darauf haben, wie die Menschen die Sicherheitsphänomene bewerten.

In den vorangegangenen Ausführungen zu den Sichtweisen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wurden bereits eine Reihe von Einflussfaktoren benannt. Zu diesen zählen: Bildung, ökonomischer Wohlstand, Migrationshintergrund, Geschlecht, Alter, positive Begegnungs-/Nachbarschaftserfahrungen

gen, Medienrezeption, allgemeine Einstellungs- und Deutungsmuster, mit denen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sich wechselseitig wahrnehmen sowie Nutzungskonflikte um Spielplätze, Straßenzüge, Bürgersteige, Rolle als Verkehrsteilnehmer, Anwohnerschaft. Nachfolgend werden diese noch einmal zusammenfassend dargestellt, um zu verdeutlichen, welche Faktoren unabhängig vom konkreten Sicherheitsphänomen die Sicherheitswahrnehmung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen prägen. Dabei zeigt sich, dass Personen, die von positiven, tätigen und gemeinschaftlichen Begegnungserfahrungen z.B. im nachbarschaftlichen, beruflichen oder ehrenamtlichen Umfeld berichten können, die Unordnung und Kriminalität mit relativierenden oder empathischen Deutungsmustern begegnen, seltener über Angst oder Sorge berichten. Auch Personen mit gehobenem Bildungshintergrund, jungem Alter und Männer geben tendenziell seltener an, sich unsicher zu fühlen. Demgegenüber äußern Personen, die Unordnung oder Kriminalität eher mit kulturellen oder religiösen Ursachen in Zusammenhang bringen oder die sich selbst als benachteiligt oder diskriminiert wahrnehmen wesentlich häufiger Angst oder Sorge im öffentlichen Raum. Auch unter Personen mit geringen Bildungsabschlüssen, mit höherem Alter und unter Frauen mit Migrationshintergrund findet sich eine höhere Unsicherheitswahrnehmung. Auch berichten Personen, die in Sorge oder Angst leben vor allem von negativen Erlebnissen mit Menschen anderer Herkunft. Insbesondere hervorzuheben ist schließlich, dass Personen, die über positive gemeinschaftliche Begegnungserfahrungen berichten aber ansonsten aufgrund ihrer soziodemografischen Merkmale eher zu der unsicheren Bevölkerung zu rechnen wären ebenfalls weniger Sorge oder Angst artikulieren. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass positive, tätige Begegnungserfahrungen auch unter Personen, die ansonsten eher zu Unsicherheit tendieren, zu einer Steigerung des Sicherheitsempfindens beitragen.

Nachfolgend sollen noch einmal die wichtigsten Einflussfaktoren im Detail besprochen werden.

5.1 Gemeinschaftliche Begegnungs- und Nachbarschaftserfahrungen

Die Auswertung der Interviews hat gezeigt, dass bei fast allen Personen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, gemeinschaftliche Begegnungs- und Nachbarschaftserfahrungen dazu geführt haben, dass diese ein weniger stark ausgeprägtes Unsicherheitsempfinden hatten. Gemeinschaftliche Begegnungen scheinen am ehesten geeignet, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung unabhängig von allen anderen Einflussfaktoren zu verbessern.

Gemeinschaftliche Begegnungs- und Nachbarschaftserfahrungen haben diesen Effekt dann, wenn sich Personen begegnen, von denen mindestens eine Person zu einer Gruppe gehört, die die andere Person als potentiell verunsichernd wahrnehmen, also z.B. Jugendliche, Drogenabhängige, Polizist*innen oder Personen mit einem anderen ethnischen Hintergrund. Dabei scheint es aber nicht auszureichen, wenn sich die Personen in einem gemeinsamen Raum oder auf einer gemeinsamen Veranstaltung, wie z.B. einem Schulfest aufhalten. Für eine gemeinschaftliche Begegnungserfahrung, die das Sicherheitsempfinden positiv beeinflusst, ist erforderlich, dass die Personen etwas miteinander unternehmen, sich z.B. gegenseitig mit Worten oder Taten unterstützen etwas zusammen erleben, spielen (z.B. Fußball) oder sich auch einfach nur angeregt miteinander unterhalten. Erst diese tätige gemeinschaftliche Begegnung scheint geeignet zu sein, das Gegenüber als Individuum kennenzulernen und gleichzeitig auch generell Personen aus dieser Bevölkerungsgruppe differenzierter zu begegnen.

Dieser positive Effekt von gemeinschaftlichen Begegnungen zeigte sich in allen Gruppen mit Ausnahme einer kleinen Untergruppe meist deutscher Bürger*innen, die zwar teilweise ebenfalls positive Erfah-

rungen gemacht haben, diese aber nicht als aufrichtige Erfahrungen einordnen konnten, sondern hinter diesen eine Verschwörung derer vermuteten, die sich offen, freundlich oder helfend gezeigt haben. Personen dieser Gruppe gehen davon aus, dass es sich bei diesen Verhaltensweisen nicht um eine positive menschliche Geste, sondern um einen perfiden Trick handele, um den Rest der Bevölkerung in Sicherheit zu wiegen und um „in Wirklichkeit“ im Verborgenen Straftaten zu begehen. Auffällig an dieser Gruppe war, dass es sich dabei meist um Personen handelte, die selbst nicht in Nordneukölln wohnen, sondern sich dort nur zum Arbeiten aufhalten. Somit liegt die These nahe, dass diese Personen die positiven Begegnungserfahrungen nicht auf sich selbst, sondern auf ihre berufliche Rolle beziehen. Vor diesem Hintergrund gehen sie davon aus, dass die ihnen entgegengebrachten Freundlichkeiten oder Unterstützungsangebote lediglich darauf abzielen von ihrer beruflichen Position zu profitieren. Personen, die hingegen in Nordneukölln leben und gemeinschaftliche Begegnungserfahrungen auch als Privatpersonen erleben, fällt es hingegen viel leichter die freundlichen Gesten und Taten ihrer Mitmenschen als solche anzunehmen.

5.2 Deutungsmuster

Neben den gemeinschaftlichen Begegnungserfahrungen hatten vor allem die Deutungsmuster der Befragten in Bezug auf Sicherheitsfragen einen großen Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmung. Unter Deutungsmustern werden in der Soziologie typische, wiederkehrende Urteile, Argumente und Erklärungen verstanden, mit denen Personen sich ihre Welt erklären. Im Rahmen dieser Studie ging es um die Frage, mit welchen Deutungsmustern die Befragten sich die unterschiedlichen Sicherheitsphänomene erklären, inwiefern es in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ähnliche Deutungsmuster gibt und welche anderen Gemeinsamkeiten diese Gruppen haben.

Zusammenfassend kann man vorweg feststellen, dass nicht alle Deutungsmuster, anders als etwa Begegnungserfahrungen, zu einer Erhöhung des Sicherheitsempfindens beitragen. Vielmehr äußerten nur die Gruppen ein besonders geringes Unsicherheitsempfinden, die sich die Phänomene in ihrem Umfeld mit Empathie oder Relativierung erklärten. Waren diese Muster vorhanden, konnten sie auch andere negative Einflussfaktoren kompensieren. In Gruppen deren Deutungsmuster hingegen eher von Ambivalenz geprägt waren, die also scheinbar widersprüchliche Erfahrungen gemacht haben, war das Sicherheitsempfinden meist nur moderat ausgeprägt. In Gruppen in denen die Deutungsmuster eher die eigene Benachteiligung hervorhoben oder eine Kriminalitätsneigung unterstellten, war das Unsicherheitsgefühl schließlich besonders groß.

Im Einzelnen zeigte sich in der Untersuchung, dass vor allem jüngere, häufig deutschstämmige Personen mit höherer Bildung oder solche, die in sozialen Berufen arbeiten, Sicherheitsphänomenen meist mit Relativierung begegnen. In ihren Argumentationen stellen sie häufig in Frage, dass es sich bei den fallraumspezifischen Phänomenen wirklich um herausragende Formen von Kriminalität handelt. Vielmehr argumentieren sie, dass es sich dabei um „normale Großstadtphänomene“ handelt oder es „in anderen Bezirken genauso oder noch schlimmer zugeht“. Personen der neu nach Nordneukölln gezogenen Mittelschicht gehörten zum größten Teil dieser Gruppe an. Darüber hinaus scheinen entsprechende Deutungsmuster vor allem unter jüngeren sowohl deutschstämmigen, als auch migrantischen Sozialarbeiter*innen sehr verbreitet.

Eine zweite große Gruppe, die ebenfalls nur ein gering ausgeprägtes Unsicherheitsempfinden hat, sind Personen, die die Sicherheitsphänomene vor allem aus der Perspektive der potentiellen Täter*innengruppen betrachten und diesen und ihren Lebensumständen große Empathie gegenüber zeigen. D.h.

sie erkennen in der Argumentation das Fehlverhalten der Täter*innen an und beschönigen es auch in der Regel nicht. Sie versuchen aber sogleich auch zu erklären, was die*den Täter*in dazu gebracht hat, in eben dieser Weise zu handeln. In dieser Gruppe finden sich sehr viele Personen mit Migrationshintergrund, wobei Frauen deutlich überrepräsentiert sind. Darüber hinaus finden sich entsprechende Argumentationen auch bei Personen, die aufgrund ihrer Arbeit oder ihres ehrenamtlichen Engagements viel mit Menschen anderer Herkunft zu tun haben und die im Rahmen dieser Tätigkeiten die Möglichkeit haben diese Menschen besser kennenzulernen. Hierzu gehören viele Personen in Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Menschen, die empathisch argumentieren, haben meist nur eine gering ausgeprägte Furcht, Opfer von Kriminalität zu werden. Unter anderem begründeten dies viele auch dadurch, dass sie wüssten, wie man mit den Personen umgehen muss, um friedlich miteinander auszukommen.

War das Unsicherheitsgefühl in den ersten beiden Gruppen relativ gering ausgeprägt, ist dieses in der folgenden Gruppe moderat ausgeprägt. Personen dieser Gruppe, zu der vor allem die langansässige ältere deutschstämmige Bevölkerung zählt, begegnet den Phänomenen mit ambivalenten Einstellungen. Auf der einen Seite argumentieren sie an vielen Stellen mit stereotypen, gruppenbezogenen Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen Personengruppen anderer Herkunft von denen nicht ganz klar ist, woher diese rühren. Auffällig ist, dass ein Großteil der Ereignisse, mit denen die eigenen Vorurteile begründet werden, auf Hörensagen oder auf Berichte aus den Medien zurückzuführen sind. Diese scheinen sich mit wenigen eigenen Erlebnissen, seien es Konflikte oder abweichendes Verhalten zu vermengen, aus denen sich die Personen ihre Einschätzungen zurechtlegen. Auf der anderen Seite gibt es gerade in dieser Gruppe aber auch viele, die über die Jahre viele positive Erfahrungen mit Menschen mit Migrationshintergrund gemacht haben. Entsprechend konnten die meisten von mehreren Personen mit Migrationshintergrund berichten, die sie als ausgesprochen hilfsbereit, kollegial oder nachbarschaftlich verbunden erleben. Vor allem ältere Damen berichteten zudem von jungen Männern mit Migrationshintergrund, die ihnen im Bus den Sitzplatz anbieten. Hier hat eine kleine Geste eine sehr große Wirkung auf die Wahrnehmung der älteren Damen. Teilweise gingen die Befragten so weit, dass sie diese Nachbar*innen oder Jugendlichen sogar als freundlicher und hilfsbereiter als Menschen aus der eigenen Bevölkerungsgruppe beschrieben. Befragte dieser Gruppe sind somit mit ambivalenten Erfahrungen in Bezug auf die Sicherheitslage konfrontiert. Sie haben Schwierigkeiten, ihre gruppenbezogenen Vorurteile mit ihren positiven Erfahrungen in Einklang zu bringen. Bei einigen führt dies zu einer gewissen Ratlosigkeit und Resignation, einem Gefühl „die Welt nicht mehr zu verstehen“, bei anderen weckt diese Ambivalenz eine Neugier, die sich in Form von Fragen zu akuten Sicherheitsthemen oder zu den Lebensverhältnissen ihrer Nachbar*innen mit Migrationshintergrund äußert.

Menschen mit Migrationsgeschichte mit ausgeprägten Unsicherheitsgefühlen neigen dazu, sich mit anderen Gruppen zu vergleichen und die eigene Situation als Benachteiligung zu erleben. Unter diesen sind Männer aller Altersgruppen überrepräsentiert. Sie argumentieren, dass nachgefolgte Migrant*innengruppen Rechte und Unterstützungsleistungen zugeteilt bekommen, die sie selbst nicht erhalten haben. Argumentiert wird, dass die nachgefolgten Migrant*innen diese Leistungen zu Unrecht erhalten hätten, diese nicht verdient hätten oder durch diese Schaden nehmen würden, da die Empfänger*innen sich wegen dieser in Deutschland nicht in gleicher Weise durchkämpfen müssen, wie man dies selbst musste. Personen, die derart argumentieren, sehen in nachgefolgten Migrant*innengruppen meist auch ein Sicherheitsrisiko und unterstellen diesen für wahrgenommene Konflikte und Kriminalität maßgeblich verantwortlich zu sein.

5.3 Geschlecht

Auch das Geschlecht der Befragten spielt für die Sicherheitswahrnehmung eine wichtige Rolle. Insbesondere jüngere und Frauen mittleren Alters mit Migrationshintergrund fürchten sich vor den in Neukölln anwesenden Flüchtlingen aufgrund ihrer Erfahrungen oder aufgrund von Sorge vor sexueller Belästigung. Eigene Erfahrungen bezogen sich dabei vor allem auf sexistische, anzügliche Kommentare. Frauen aus der neuen Mittelschicht berichteten hingegen zwar ebenfalls von entsprechenden Erlebnissen, empfanden dies aber aufgrund ihrer oben beschriebenen relativierenden Deutungsmuster nicht als außergewöhnliche Ereignisse. Vielmehr gaben sie an, dass man damit als junge Frau überall in Berlin leben müsse.

Ein weiterer Befund ist, dass Frauen eher über ihre Ängste sich in der Öffentlichkeit aufzuhalten und Männer meist von ihren Sorgen oder ihrer Beunruhigung über die Zustände im öffentlichen Raum sprechen. Inwiefern dieser Unterschied lediglich auf kulturelle Geschlechtervorstellungen zurückzuführen ist, nach denen es einem Teil der Männer schwer fällt Ängste einzugestehen, oder ob die Männer tatsächlich *nur* beunruhigt aber nicht in Angst sind, konnte im Rahmen der Untersuchung nicht abschließend festgestellt werden. Allerdings gab es gerade unter älteren Männern durchaus einige, die über Vermeidungsverhalten (z.B. Wechseln der Straßenseite oder Meiden bestimmter Gegenden) berichteten, was darauf hindeutet, dass es sich bei den geäußerten Sorgen durchaus um schwerwiegendere Unsicherheitsempfindungen handelt. Im Gegensatz dazu konnte gerade unter den älteren Frauen ein gegenteiliger Effekt beobachtet werden. Ein Teil der Befragten äußerte zwar ihre Unzufriedenheit mit der Sicherheitslage, berichteten gleichzeitig und in sehr konkreten Erlebnissen aber auch davon, wie sie Konflikte mit Personen, deren Verhaltensweisen ihnen unangemessen erscheinen, gezielt suchen, um diese zurechtzuweisen.

5.4 Alter

Auch das Alter macht einen Unterschied für die Sicherheitswahrnehmung. Deutlich war, dass mit zunehmendem Alter die Unsicherheitswahrnehmung zunimmt. Dabei fällt zudem auf, dass diese Unsicherheitswahrnehmung bei den älteren Personen stärker an Unordnungsphänomene geknüpft zu sein scheint als bei jüngeren. So brachten Ältere wesentlich häufiger und früher Themen wie Lärm, Müll oder herumstehende Jugendliche zu Sprache und redeten weniger über konkrete Straftaten. Auf Nachfrage wussten jedoch viele Personen aus dieser Gruppe von Konflikten mit Personen aus ihnen unangenehmen Bevölkerungsgruppen zu berichten. Jüngere Personen konnten hingegen viel konkreter von Straftaten wie z.B. beobachteten Körperverletzungen berichten, hatten aber gleichzeitig ein geringeres Unsicherheitsempfinden.

Interessant ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass Alte in den Kriminalstatistiken wesentlich seltener Opfer von Verbrechen werden als Jüngere. Das sie dennoch häufig eine größere Furcht haben, ist in zahlreichen Studien hinlänglich belegt worden.

5.5 Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund scheint in Hinblick auf die Unsicherheitswahrnehmung nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Deutlich wird ein Unterschied vor allem in Hinblick auf Sorgen oder Angst vor Rassismus. Zudem äußern Frauen mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger und intensivere Angstgefühle im öffentlichen Raum. Darüber hinaus lassen sich aber keine größeren Unterschiede be-

obachten. So sind alteingesessene Bürger*innen mit Migrationshintergrund meist ebenso stark verunsichert wie ihre älteren deutschen Nachbar*innen. Und auch unter den jüngeren spielen die Deutungsmuster und positiven Erfahrungen einen weitaus wichtigeren Beitrag in Bezug auf deren geringere Unsicherheitswahrnehmung.

5.6 Bildung und ökonomischer Wohlstand

Bildung und ökonomischer Wohlstand wurden im Rahmen der Interviews nicht systematisch erfasst. Entsprechend können hier nur eingeschränkt Aussagen getroffen werden. Zu diesen gehören, dass Menschen aus der neuen Mittelschicht meist einen akademischen Hintergrund haben und gleichzeitig eine geringe Unsicherheit. Auch Personen mit Migrationshintergrund, die im Rahmen der Interviews angaben, dass sie einen akademischen Abschluss besitzen, äußerten weniger Unsicherheitsempfinden.

Unklar bleibt hingegen, inwiefern ökonomischer Wohlstand zu einem verringerten Unsicherheitsempfinden unabhängig vom Bildungshintergrund beiträgt. So hatten Personen in akademischen Berufen zwar eine geringere Unsicherheitsempfindung, aber gleichzeitig zeigten sich z.B. erfolgreiche Unternehmer*innen mit Migrationshintergrund häufig ebenfalls über die von ihnen wahrgenommenen Zustände in Nordneukölln beunruhigt. Es ist daher zu vermuten, dass weniger der ökonomische Erfolg direkt, als vielmehr vermittelt über Bildung zur Reduzierung der Unsicherheitswahrnehmung beiträgt.

5.7 Nutzungskonflikte und persönliche Betroffenheit:

Nutzungskonflikte ergeben sich dann, wenn unterschiedliche Bevölkerungsgruppe den gleichen Raum für sich beanspruchen und sich wechselseitig dort nicht tolerieren. Im Alltag der Menschen spielt dies vor allem dann eine Rolle, wenn sich die Laufwege von Menschen kreuzen, die sich wechselseitig mit Vorurteilen begegnen. Aus Sicht vieler Menschen sind dies vor allem Jugendliche, Drogenabhängige, Alkoholiker*innen oder Obdachlose und Menschen mit einem anderen ethnischen Hintergrund. Die Unsicherheit wird dann erhöht, wenn Menschen in ihrem Bewegungsraum bewusst mit diesen Personen konfrontiert werden oder sogar mit ihnen interagieren müssen (Straße wechseln, Um Durchgang bitten, warten, riechen, hören, etc.)

5.8 Medienrezeption

Für die Kriminalitätswahrnehmung spielen neben eigenen Erfahrungen vor allem Berichte in den Medien eine wichtige Rolle. Da die meisten Befragten keine oder nur wenige eigene Erfahrungen mit Kriminalität gemacht haben, spielen die Berichte in den Medien eine umso wichtigere Rolle. Gleichzeitig tendieren die Medien dazu, vor allem spektakuläre Taten, Gewaltdelikte oder Taten ausgewählter Gruppen wie z.B. krimineller Mitglieder arabischstämmiger Großfamilien besonders hervorzuheben. Entsprechende Delikte bleiben den meisten Leser*innen oder Seher*innen zumindest für eine gewisse Zeit besonders im Gedächtnis und prägen das Sicherheitsempfinden in dieser Zeit auch in negativer Weise. In den Argumentationen der Befragten dienen entsprechende Berichte dazu, die eigenen Deutungsmuster zu festigen. Das heißt, dass Personen entsprechende Berichte vor allem dazu nutzen, um ihre eigene Sichtweise auf ihr Quartier zu festigen. Im Gegensatz dazu zeigen sich Personen, die eher zur Relativierung neigen, in der Regel relativ unbeeindruckt von entsprechenden Berichten. Der Medienkonsum scheint somit vor allem dazu beizutragen Personen, die ohnehin bereits eine erhöhte Unsicherheitsempfindung haben, in dieser noch zu bestärken.

6 Die obere Sonnenallee aus Sicht der städtebaulichen Kriminalprävention – Ingrid Hermannsdörfer

Im Rahmen des SiQua-Projekts wurde an Frau Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdörfer ein Unterauftrag zur Evaluation der oberen Sonnenallee aus Sicht der städtebaulichen Kriminalprävention (SKP) vergeben. Frau Hermannsdörfer hat über Jahre hinweg die Abteilung für SKP bei der Polizei Berlin aufgebaut und geleitet. Sie ist eine der führenden Expertinnen auf ihrem Gebiet. Im Rahmen des Unterauftrags hat Frau Hermannsdörfer in mehreren Fallstudiengebieten des SiQua-Projekts Begehungen durchgeführt, fotografisch dokumentiert und nach den Prinzipien der SKP evaluiert. Der folgende Bericht und die zu Grunde liegende Untersuchung wurden durch Frau Hermannsdörfer persönlich angefertigt.

Bericht von Frau Dipl. Ing. Ingrid Hermannsdörfer

Städtebauliche Kriminalprävention (SKP) bedient sich u. a. des Instruments von Begehungen öffentlicher Räume, um Ordnungsstörungen, unerwünschte Nutzungen, mögliche Tatgelegenheiten und Konfliktpotentiale zu detektieren und Gegenmaßnahmen vorzuschlagen. Eine entsprechende Untersuchung fand für fünf Teilbereiche der Berliner Untersuchungsgebiete von SIQUA im Herbst 2020 statt. Folgende Teilbereiche wurden exemplarisch unter SKP-Aspekten zu unterschiedlichen Tageszeiten begangen und fotografisch dokumentiert (auf das Fotografieren von Personen wurde aus Datenschutzgründen weitestgehend verzichtet bzw. es wurden in der Dokumentation Fotos verwendet, die Menschen nur undeutlich zeigen):

- Leopoldplatz und Maxplatz
- Malplaquetstraße zwischen Utrechter Straße und Liebenwalder Straße
- Sonnenallee von Hermannplatz bis Erkstraße
- Annemirl-Bauer-Platz
- Boxhagener Platz

Aufgrund der Einschränkungen der Corona-Pandemie wurde fast völlig auf nächtliche Begehungen verzichtet (kein beobachtbares Nachtleben); auch das Bild, das sich tagsüber bot, entsprach nicht dem Normalzustand (öffentliche Räume weniger frequentiert als üblich). Nichtsdestoweniger konnten anhand der baulichen Gegebenheiten Feststellungen aus Sicht der städtebaulichen Kriminalprävention getroffen werden.

Die Begehung der oberen Sonnenallee fand mittags (12.00 bis 13.00 Uhr) statt.

Der östliche Teil des **Hermannplatzes** wurde am Anfang der Begehung gestreift. Dieser Bereich ist geprägt von Unübersichtlichkeit durch das unkoordinierte Nebeneinanderstellen verschiedener Stadtmöbel (Kiosk, öffentliche Toilette, Litfaßsäule). Dies ist ein häufig zu beobachtender Fehler in der Gestaltung öffentlicher Plätze und Straßenräume, der zu Sichtbehinderungen und entsprechend auch Tatgelegenheiten führt.

Als Hauptproblem stellte sich bei Begehung der **Sonnenallee** insbesondere auf der **westlichen Seite** die Enge der Gehwege dar, deren Nutzung durch verschiedene Elemente stark eingeschränkt wird: Zum einen durch kleine, teilweise sehr marode Mauern um die Baumscheiben, zum anderen durch zusätzliche Hindernisse in Form chaotisch abgestellter Fahrräder oder Waren und Müll insbesondere

der angrenzenden Lebensmittelgeschäfte. Aus Sicht der städtebaulichen Kriminalprävention entstehen so nicht nur Tatgelegenheiten durch Unübersichtlichkeit, sondern bei normaler Frequentierung durch Fußgänger*innen kann es auch zu erheblichen Konflikten kommen.



Abbildung 12 Gewegeinengungen

Eine Entfernung der maroden Mauern, die zusätzlich als Sitzgelegenheiten genutzt werden, was die Enge auf den Gehwegen noch verstärkt, ist dringend zu empfehlen. Das würde auch den Eindruck von Verwahrlosung reduzieren. Letzterer ist durch zahlreiche Graffiti und stellenweise herumliegenden Müll ohnehin gegeben.

Gleichzeitig sollten geordnete und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen werden, da chaotisch abgestellte Räder die Gehwege zusätzlich verengen. Eine Gehwegverbreiterung würde das Konfliktpotential, das entsteht, wenn viele Menschen sich auf einem engen Raum bewegen, deutlich reduzieren.

Die **östliche Seite der Sonnenallee** war zum Zeitpunkt der Begehung deutlich weniger frequentiert, was vermutlich immer der Fall ist, da sich dort weniger Geschäfte/Lebensmittelläden befinden als auf der westlichen Seite. Das Konfliktpotential ist dort entsprechend geringer. Die Umrandungsmauern der Baumscheiben machten auf dieser Straßenseite einen etwas weniger maroden Eindruck.

Im besichtigten Bereich der Sonnenallee befindet sich eine **ehemalige Tankstelle**, die nicht mehr genutzt wird. Das Grundstück lag zum Zeitpunkt der Begehung brach. Über längere Zeit brachliegende Flächen in der Stadt haben meistens unerwünschte Nutzungen zur Folge, insbesondere Sperrmüllablagerung. Das war auch in diesem Fall festzustellen. Der allgemein verwahrloste Eindruck weitet sich auf die Umgebung aus und sendet das Signal fehlender sozialer Kontrolle aus. Wenn solche Flächen nicht abgesperrt sind, werden sie deshalb erfahrungsgemäß schnell auch zum Ort krimineller Aktivi-

täten. Die SKP empfiehlt den kommunalen Zuständigen für solche Fälle, in Abstimmung mit den Eigentümer*innen über geeignete Zwischennutzungen von Gebäuden und Flächen nachzudenken. Bei ehemaligen Tankstellen sind die Möglichkeiten hierfür jedoch aufgrund der Altlasten eingeschränkt.

7 Fazit: Subjektiven Sicherheit auf der oberen Sonnenallee

Abschließend sollen noch einmal die wichtigsten Probleme des Fallstudienraums Sonnenallee zusammengefasst werden.

- Der größte Treiber der Unsicherheitswahrnehmung ist die starke Übernutzung bei gleichzeitiger baulicher Ungeeignetheit der Bürgersteige als Einkaufs- und Flaniermeile. In dem unweigerlich entstehenden Gedränge, das für sich bereits zur Unsicherheitswahrnehmung beiträgt, kommt es in der Folge immer wieder zu Konflikten zwischen Passant*innen unabhängig von ihrer Herkunft. Die große Zahl junger Männer, die oft in Gruppen beisammenstehen, nehmen viele Passant*innen dabei als besonderen Unsicherheitsfaktor wahr. Zur Entschärfung der Situation wären dringend bauliche Anpassungen erforderlich. Nur so kann das Gedränge abgemildert und der weit über Berlin hinaus bekannten und bei Tourist*innen wie Menschen arabischer Herkunft gleichermaßen beliebten „arabischen Straße“ ein angemessener Raum als Ausgeh- und Konsummeile gegeben werden.
- Im jetzigen Zustand jedoch stellt die obere Sonnenallee insbesondere für migrantische Frauen einen besonderen Unsicherheitsort dar. Viele berichten, wiederholt Opfer verbaler sexueller Belästigungen geworden zu sein. Als Täter werden vor allem junge Männer aus der Gruppe der vor kurzem nach Deutschland gekommenen Geflüchteten wahrgenommen. Hier sind dringend Maßnahmen geboten, um den jungen Geflüchteten eine Perspektive und die in Deutschland geltenden Gesetze und Gepflogenheiten im Umgang mit Frauen zu vermitteln. Darüber hinaus sollten auch die lokalen Gewerbetreibenden sensibilisiert werden, sexueller Belästigung oder Gewalt entgegenzutreten. Die Neuköllner Begegnungsstätte hat mit der Initiative Sicherheit- Geborgenheit-Neukölln hier bereits gezeigt, wie dies gehen kann.
- In Nordneukölln kommt es vermehrt zu Gewaltdelikten im öffentlichen Raum. Insbesondere junge Männer, aber auch Personen aus dem Umfeld der organisierten Kriminalität, tragen hierzu maßgeblich bei. Obwohl diese Ereignisse in der Wahrnehmung der Bevölkerung vergleichsweise selten vorkommen, führt insbesondere auch die mediale Berichterstattung zu einer Einschränkung des subjektiven Sicherheitsempfindens. Unter den wahrgenommenen Täter*innen scheint es ein Defizit in der Verfügbarkeit alternativer, gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien zu geben. Sofern die Gewalt von Jugendlichen ausgeht, sollte die Entwicklung und Vermittlung von entsprechenden Konzepten frühzeitig erfolgen und neben den Jugendlichen auch deren Familien und die Schulen und Jugendeinrichtungen einbeziehen.
- Neben der beengten Situation auf der Straße beklagen die Anwohner*innen vor allem die chaotische Verkehrssituation. Lange Staus, Rennfahrten, Parken in der zweiten Reihe, rücksichtsloses Verhalten der Autofahrer*innen und überfüllte Busse tragen stark zur Unsicherheitswahrnehmung bei. Hier braucht es ein Konzept, wie die unterschiedlichen Nutzungsinteressen der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden angemessen miteinander vereint werden können. Ob hier in der jetzigen baulichen Situation eine Lösung gefunden werden kann, oder grundsätzlichere Eingriffe in das Straßenbild erforderlich wären, wurde im Rahmen der Studie nicht untersucht. Es wurde im Rahmen des Projekts jedoch ein Unterauftrag zur Untersuchung zur Situation auf der Sonnenallee aus der Perspektive der städtebaulichen Kriminalprävention durchgeführt.

Teil 3 Kooperative Sicherheitsproduktion

Der Begriff Sicherheitsproduktion stellt zunächst einen Sammelbegriff dar, um die vielfältigen Zusammenhänge und Perspektiven auf das Thema Sicherheit zusammenzufassen. Zu diesen gehören sowohl klassische polizeiliche Maßnahmen wie die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung, die Bekämpfung und Ermittlung von Straftaten, die Kontrolle verdächtiger Personen, als auch Maßnahmen zur Prävention von Kriminalität. Während die Bekämpfung und Ermittlung von Straftaten ein hoheitliches Privileg der Polizei darstellen, werden Kontroll- und Überwachungsfunktionen teilweise auch von anderen Akteur*innen übernommen. Hier spielen z.B. private Sicherheitsfirmen eine wichtige Rolle, aber auch Sozialarbeiter*innen und die Bürger*innen selbst haben ein wachsames Auge auf die Dinge, die in ihrem Umfeld passieren und üben in gewissem Umfang ebenfalls soziale Kontrolle vor Ort aus. Hinsichtlich der Prävention von Straftaten wird sogar der größte Teil der Maßnahmen von kommunalen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen geleistet. Dabei sind noch einmal die drei zentralen Aspekte von Prävention zu unterscheiden: Die primäre Prävention, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung durch die Schaffung von Bildungs-, Hilfs- und Unterstützungsangeboten abzielt. Die sekundäre Prävention, die auf die Reduzierung und Beseitigung von Tatgelegenheitsstrukturen abzielt. Hierzu gehören neben der Umgestaltung oder Verschönerung des öffentlichen Raums oder dem Einsatz von Sicherheitsdiensten oder Videoüberwachung auch die Beratung gefährdeter Gruppen. Die tertiäre Prävention befasst sich schließlich mit der Reduktion von Rückfallwahrscheinlichkeit. Hierzu werden z.B. Therapie- und Beratungsangebote sowie Reintegrationsprogramme für Straftäter*innen angeboten. In den vergangenen Jahren rückt neben Ermittlung, Kontrolle und Prävention zunehmend auch die subjektive Sicherheitswahrnehmung in den Fokus der Sicherheitsproduktion. Auch hier findet sich ein breites Spektrum von Akteur*innen, inklusive der Bevölkerung, die hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Dieser besteht zum einen aus Maßnahmen zur Stärkung der Menschen vor Ort, ihrer lokalen Gemeinschaften und des nachbarschaftlichen Miteinanders. Neben Maßnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der Autonomie („empowerment“) meist marginalisierter Bevölkerungsgruppen kann dies durch die Organisationen von Festen und Veranstaltungen im Quartier, durch die Schaffung von Angeboten und Gelegenheiten zur Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Alters oder gesellschaftlicher Stellung oder die Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten erfolgen. Zum anderen gehören hierzu aber auch Maßnahmen zur Stärkung des Meldeverhaltens von Straftaten oder Unordnungsphänomenen („incivilities“) und deren schnelle Beseitigung durch kommunale Vertreter*innen oder die Präsenz und Ansprechbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum leisten einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Sicherheitswahrnehmung im öffentlichen Raum (vgl. Schütte und Wendekamm 2019).

Die Vielzahl möglicher Maßnahmen und Herangehensweisen an Sicherheitsproduktion machen schnell deutlich, dass kein*e Akteur*in alleine in der Lage ist das ganze Spektrum abzubilden. Zu komplex sind die Herausforderungen und zu vielfältig die Aufgaben, die sich in den Quartieren stellen. Ziel muss daher sein, die Probleme vor Ort aus allen Perspektiven zu verstehen und die lokal verfügbaren Ressourcen und Kompetenzen klug miteinander zu verzahnen, um gemeinsam bessere Angebote und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und zur Steigerung der objektiven und subjektiven Sicherheit zu schaffen.

Im zweiten Teil dieses Berichts geht es nun um die Frage, wie gut kommunale, lokale, professionelle und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, auf Quartiersebene zusammenarbeiten, um ein sicheres Zusammenleben zu ermöglichen. Um diese Frage zu beantworten, soll zunächst ein Überblick über die Akteur*innen- und Kooperationslandschaft im Fallstudiengebiet gegeben werden. Sodann wird in Kapitel 2 beschrieben, wie die Akteur*innen ihre Zusammenarbeit mit anderen Organisationen oder Initiativen bewerten. Herausgearbeitet wird, welche Gelingensbedingungen oder Hemmfaktoren auf der bilateralen Ebene im Fallstudiengebiet wirken. Wurden diese im Handbuch: Quartiersbezogene kooperative Sicherheitsproduktion (Stiftung DFK & SiQua 2021) im Detail erläutert und mit Handlungsempfehlungen hinterlegt, soll hier die Darstellung der Situation im Fallstudiengebiet Sonnenallee im Vordergrund stehen. Im dritten Kapitel wird sodann anhand zweier Fallbeispiele aufgezeigt, wie gute Zusammenarbeit gelingen kann. Im abschließenden vierten Kapitel werden die Ergebnisse noch einmal zusammengefasst.

Den Ergebnissen liegen insgesamt 24 qualitative Interviews mit Vertreter*innen unterschiedlicher organisierter Akteur*innen zu Grunde. Hierzu zählen Vertreter*innen der Polizei, der Jugend- und der Suchthilfe, kommunaler Behörden, Bildungseinrichtungen sowie Nachbarschaftsakteur*innen.

1 Akteurs- und Kooperationslandschaft

In Fallstudiengebiet „obere Sonnenallee“ gibt es eine Vielzahl organisierter Akteur*innen, die für die kooperative Sicherheitsproduktion relevant sind. Hier sind zunächst die Polizeiabschnitte und das Ordnungsamt zu nennen, die sich primär mit der Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten befassen. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl von Akteur*innen, die eher im präventiven Bereich tätig sind. Hier sind vor allem Akteur*innen der Jugendhilfe und Sozialarbeit sowie Bildungseinrichtungen oder nachbarschaftlich engagierte Akteur*innen zu nennen. Aber auch die Polizei leistet mit ihren Präventionsbeauftragten vor allem in den Schulen einen wichtigen Beitrag zur Prävention. Obwohl das Thema Sicherheit außer bei der Polizei unter den genannten Akteur*innen meist nicht zentral ist und es einem Teil von ihnen auch schwerfällt, sich mit Sicherheitsfragen zu identifizieren, leisten sie mit ihrer Arbeit dennoch einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Kriminalität und zur Steigerung der Lebensqualität sowie zur Stärkung des Engagements und der Teilhabe der Menschen in ihren Quartieren. Begreift man Sicherheitsproduktion zudem auch als Vermeidung oder Beseitigung von Unordnungsphänomenen, rücken je nach Regelverstoß unterschiedliche weitere Akteur*innen in den Fokus. Geht es z.B. um Lärm, Dreck oder Verkehrsverstöße spielt das Ordnungsamt neben der Polizei eine wichtige Rolle. Aber auch die BSR oder das Grünflächenamt können in diesem Zusammenhang wichtige Akteur*innen sein. Geht es schließlich um das subjektive Sicherheitsempfinden, z.B. um Ängste aufgrund der bloßen Präsenz arabischsprachiger und arabisch aussehender Menschen, kommt Organisationen, die sich mit dem interkulturellen Austausch und der Bevölkerungskommunikation beschäftigen, eine wichtige Rolle zu. Auch hierzu gibt es im Norden Neuköllns vielfältige Angebote die z.B. durch die QMs, verschiedene Kirchen sowie Bürgerinitiativen gefördert werden. Wo es umgekehrt darum geht, arabischsprachige Menschen und insbesondere auch Geflüchtete dabei zu unterstützen, sich in Deutschland zu integrieren, spielen verschiedene migrantische Organisationen eine wichtige Rolle. Hier sind z.B. der DAZ, ausgewählte Moscheevereine, Initiativen wie „Give something back to Berlin“ aber auch die AGIA der Polizei zu nennen.

Die nachfolgende Abbildung 12 gibt einen unvollständigen Überblick über die vielfältigen Akteur*innen im Fallstudiengebiet. Angesichts der Vielzahl konnte nur ein kleiner Teil interviewt werden.

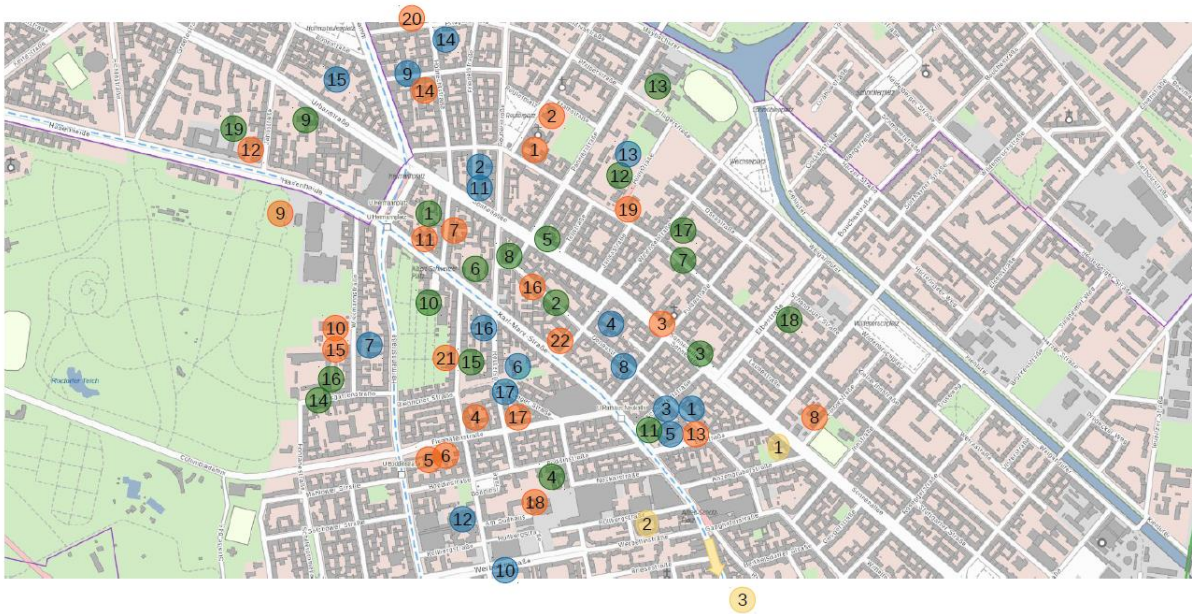


Abbildung 13: Akteur*innen im Fallstudiengebiet (Karte: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2021)

Sicherheitsakteur*innen	Jugend- und Sozialarbeit	Nachbarschaftsakteur*innen	Bildungseinrichtungen
1. Polizei Abschnitt 54	1. Ambulante Integrative Erziehungshilfen GbR	1. Katholische Kirchengemeinde St. Christophorus	1. Theodor-Storm-Grundschule
2. Polizei Abschnitt 55	2. Berliner Elterngemeinschaft e.V.	2. Evangelische Kirchengemeinde Nikodemus	2. Rixdorfer Grundschule
3. Ordnungsamt	3. Jugendamt Neukölln	3. Evangelische Kirchengemeinde Martin Luther + Rumänische Gemeinde Marahatha e.V. + Blood of Jesus Foundation Ministry + evangelisch-Reformierte Indonesische Gemeinde e.V. + House of Prayer Ghanaische Gemeinde + freie Evangelische Gemeinde Missionaria de Paz Mundial e.V.	3. Ernst-Abbe-Gymnasium
	4. Blickwinkel e.V.	4. Imam Riza Moschee und Solidaritätsverein e.V.	4. Hermann-Boddin-Grundschule
	5. Bürger helfen Bürgern + Stadtteilmütter in Neukölln	5. Neuköllner Begegnungsstätte e.V.	5. Kita Pan
	6. Outreach Blueberry Inn	6. Dar Assalam Moschee	6. Kita Reuterstraße
	7. Heroes Strohalm e.V.	7. Kulturverein zur Integration und Bildung am Hermannplatz e.V.	7. Kindertagesstätte BeerenStark
	8. Fachstelle für Integration & Migration Neukölln AWO	8. Islamisches Kultur- und Erziehungszentrum e.V.	8. Hort Sonnenkids AWO
	9. LebensWelt gGmbH	9. Sri Ganesha Hindu Tempel e.V.	9. Kindergarten Urbanstr. 62
	10. MaDonna Mädchenkult.Ur e.V.	10. Werkstatt Religionen und Weltanschauungen	10. Albert-Schweitzer-Gymnasium
	11. Türkischer Bildungsverein e.V.	11. Der Wahre Mensch e.V.	11. Hannah Arendt Gymnasium
	12. Jobcenter Berlin Neukölln	12. Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Berlin SW	12. Campus Rütli
	13. Kinder- und Jugendclub Die Manege	15. Werkstatt der Kulturen	13. Kita Sonnenschein
	14. Gangway e.V.	16. Quartiersmanagement Donaustraße Nord	14. Karslgarten Grundschule
	15. Ambulante Dienste e.V.	17. Quartiersmanagement Flughafenstraße	15. Evangelische Schule Neukölln
	16. TIO e.V.	18. Berlin Global Village	16. VHS Neukölln Kurt-Löwenstein-Haus
		19. Stadtteilbüro Reuterkiez	17. Kindertagesstätte Tarzan & Isolde e.V.
		20. Elele Nachbarschaftsverein e.V.	18. Elbe-Schule
		21. cultures interactive e.V.	19. Kindergarten Urbanstr. 48 K
		22. Mieterschutzbund Berlin e.V.	

Kooperationen spielen unabhängig von der Sicherheitsfrage in der Arbeit vieler organisierter Akteur*innen eine wichtige Rolle. So gaben die Befragten mehrheitlich an, sowohl bilateral, als auch mit mehreren Akteur*innen in regelmäßigem Austausch zu stehen oder zusammenzuarbeiten. Bei den bilateralen Formen der Zusammenarbeit handelt es sich meist um Dienstleistungsbeziehungen, die die Akteur*innen füreinander erbringen. Beispiele sind etwa die Durchführung von Präventionsveranstaltungen durch die Polizei in Schulen, oder die Vermittlung von Jugendlichen in Angebote im Bereich der Jugendhilfe. Darüber hinaus finden sich Beispiele informeller Zusammenarbeit oder des Informationsaustauschs. So verständigen sich die Akteur*innen etwa bei Begegnungen im öffentlichen Raum z.B. über Veränderungen im Quartier oder akute Problemlagen. Trotz bereits vorhandener bilateralen, informeller Beziehungen kommt Schnittstellenakteur*innen wie dem Quartiersmanagement, der Sozialraumkoordination oder der*dem Integrationsbeauftragte*n aber gleichwohl eine zentrale Rolle in der Beziehungspflege zu. Diese verschaffen sich in ihren Zuständigkeitsbereichen einen Überblick über die Anliegen der Akteur*innen, über die Lage vor Ort und die Vermittlung von Kontakten und Angeboten.

Ein Teil der Befragte berichtete, auch an größeren Kooperationsrunden teilzunehmen. Dabei handelt es sich um Runden, die sich regelmäßig treffen, zusammenarbeiten und die meist durch eine*n Beteiligte*n geleitet werden. In einigen dieser Kooperationen ist diese Rolle auch professionell besetzt, in anderen wechselt die Leitung von Sitzung zu Sitzung. Meist sind die Zuständigkeitsgebiete nicht deckungsgleich mit dem untersuchten Fallstudiengebiet. Teilweise richten sie den Fokus auf Gesamtneukölln (z.B. Migrationsbeirat), folgen behördlichen Raumzuschnitten (z.B. Regionen des Jugendamts, Quartiersmanagement, Polizeiabschnitte) oder sie sind kleinräumiger ausgerichtet (z.B. Bildungsverbände). Inhaltlich beschäftigt sich ein Großteil der genannten Gremien mit Fragen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Kooperationen im Bildungsbereich. Hierzu gehören z.B. der Bildungsverbund Reuter- und Donaukiez, die Kiez AG oder die AG Kinder- und Jugendkriminalität. Im Bereich der Nachbarschaftsarbeit sind vor allem die Quartiersräte als wichtige Orte der Zusammenarbeit zu nennen. Darüber hinaus gibt es aber auch einige zum Teil bürgerschaftlich organisierte Netzwerke, die sich mit Fragen und Problemen des Quartiers befassen (z.B. AG Wohnen, Verbund der Gewerbetreibenden). Mit den Schwerpunktmaßnahmen findet sich schließlich unter Leitung des Bezirksamts und der Polizei eine weitere wichtige Kooperation im Bereich der Verbrechensbekämpfung.

Im Gegensatz etwa zur Fallstudie Ringbahntrasse⁹ konnten im Fallstudiengebiet obere Sonnenallee jedoch deutlich weniger Kooperationen identifiziert werden. Während in der Fallstudie Ringbahntrasse jedoch ein nicht unerheblicher Teil der Vernetzung durch die zum Zeitpunkt der Erhebung 3(!) Quartiersmanagements unterstützt wurde, findet sich im Fallstudiengebiet obere Sonnenallee nur das QM Donaustraße. Es ist daher zu vermuten, dass das Fehlen weiterer gut ausgestatteter nachbarschaftsorientierter Schnittstellenakteur*innen mit dazu beiträgt, dass die Zahl der Kooperationen geringer ist. Dies zeigt sich auch daran, dass etwa im Bereich der Jugendhilfe vergleichbare Strukturen wie im Fallstudiengebiet Ringbahntrasse bestehen.

Aufgrund der Coronakrise konnte in der Fallstudie „obere Sonnenallee“ nur ein Teil der für die Untersuchungen zur kooperativen Sicherheitsproduktion notwendigen Interviews geführt werden. Insbe-

⁹ In Nordneukölln wurde neben dem Bereich um die obere Sonnenallee auch der Bereich rund um die Ringbahn untersucht. Hierzu gehören insbesondere die Quartiere Rixdorf, Körnerpark, der Bereich südlich des Anita Berber Parks sowie Teile des Kranoldkiezes.

sondere konnten teilnehmende Beobachtungen und vertiefende Interviews zu ausgewählten Kooperationsbeispielen im Fallstudiengebiet nicht mehr durchgeführt werden. Gleichwohl wurden im Rahmen der Fallstudie Ringbahntrasse mit der „Steuerungsrunde Sucht“ und den „ressortübergreifenden Schwerpunkteinsätzen“ zwei Fallbeispiele vertiefend ausgewertet, die auch für die obere Sonnenallee eine wichtige Rolle spielen und größtenteils identisch sind. Vor diesem Hintergrund werden die beiden im Rahmen der Untersuchungen zur Fallstudie Ringbahntrasse erhobenen Praxisbeispiele hier noch einmal veröffentlicht.

2 Wahrnehmung und Zusammenarbeit

Hinsichtlich der Frage nach der wechselseitigen Wahrnehmung und Zusammenarbeit lag der Fokus auf der Frage, mit welchen Einstellungen und Erfahrungen sich die unterschiedlichen Akteur*innengruppen begegnen. Bei der Auswahl der Interviewpartner*innen wurde berücksichtigt, inwiefern ihre Tätigkeiten in Zusammenhang mit den zentralen Unsicherheitswahrnehmungen im Fallstudiengebiet obere Sonnenallee stehen. Dies waren zum Zeitpunkt der Untersuchung die verkehrliche Situation auf der Sonnenallee, die beengte und aggressive Lage auf den Bürgersteigen, die Präsenz und das Verhalten junger Männer im öffentlichen Raum, das Verhalten junger Geflüchteter gegenüber Frauen sowie Gewaltvorfälle im Umfeld der Sonnenallee. Entsprechend dieser Befunde wurde in erster Linie die Zusammenarbeit von Polizei, Akteur*innen der Jugendhilfe, kommunalen Behörden, Bildungseinrichtungen und Nachbarschaftsakteur*innen untersucht. Die Untersuchung zielte zunächst darauf ab, einen Eindruck zu gewinnen, wie die verschiedenen Akteur*innengruppen sich wechselseitig wahrnehmen und wie sie ihre Zusammenarbeit – soweit vorhanden – bewerten. Daher wurden die Befragten gebeten, die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteur*innengruppen inhaltlich zu beschreiben und in Bezug auf die Sicherheitsproduktion zu bewerten.

2.1 Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden

Die Zusammenarbeit mit und zwischen den Behörden wurde im Rahmen des Projekts ausschließlich aus der Sicherheitsperspektive untersucht. Dabei wurde den Akteur*innen gefolgt, die an entsprechenden Maßnahmen, Gremien oder gemeinsamen Runden beteiligt waren. Die Auswertung erhebt somit keinen Anspruch, eine generelle Aussage über die Qualität der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in Neukölln treffen zu können.

Dort wo es jedoch um das Thema Sicherheit ging, schätzten die befragten Behördenvertreter*innen die Zusammenarbeit untereinander sehr positiv ein. Dies wurde meist mit der in Neukölln in Bezug auf das Thema Sicherheit im Laufe der vergangenen Jahre gut eingespielten ressortübergreifenden Kooperationskultur erklärt. So haben sich die Akteur*innen über mehrere Projekte und Vorfälle hinweg kennenlernen und Vertrauen aufbauen können. In der Praxis zeigt sich die gute Kooperationskultur in kurzen Dienstwegen, lösungsorientierter Zusammenarbeit und gut ausgebauten informellen Kontakten zwischen den Akteur*innen. Die behördliche Kooperationslandschaft ist dabei in Neukölln stärker dezentral organisiert als in anderen Bezirken. So gibt es bspw. keinen kommunalen Präventionsrat, dafür aber mehrere phänomenbezogene oder raumbezogene Steuerungsrunden, etwa im Bereich Suchthilfe, Jugendhilfe oder zur Lage in den Quartieren. Zu akuten Problemen werden zudem eigenständige runde Tische mit allen relevanten Akteur*innen einberufen. In jeder Behörde, deren Aufgabenspektrum auch Sicherheitsfragen tangiert, finden sich somit Vertreter*innen, die bereits in einem oder mehreren Gremien oder Steuerungsrunden engagiert waren und die untereinander gut vernetzt sind. Häufig wurden in diesem Zusammenhang neben den Polizeiabschnitten auch Vertreter*innen der*des Bürgermeister*in, das Gesundheitsamt, das Jugendamt, das Grünflächenamt oder

das Ordnungsamt als kommunale Akteur*innen Neuköllns genannt. Jedoch geht die Vernetzung in Neukölln in vielen Fällen weit darüber hinaus. So nehmen an vielen Gremien sowohl andere Bereiche der Polizei, wie z.B. das Arbeitsgebiet Interkulturelle Aufgaben (AGIA) oder die Operative Gruppe Jugendgewalt (OGJ) als auch Vertreter*innen unterschiedlicher Senatsverwaltungen, Träger der Sozialen Arbeit oder Schnittstellenakteur*innen wie die Quartiersmanagements teil. Die Zusammenarbeit in den ressortübergreifenden Gremien und Initiativen funktioniert vor allem dort besonders gut, wo diese mit einer funktionierenden Koordinationsstelle ausgestattet sind. Die Koordinator*innen treiben die Vernetzung voran, organisieren gemeinsame Sitzungen oder Maßnahmen und vermitteln zwischen Bedarfen, Angeboten und Informationen der beteiligten Akteur*innen.

Trotz der guten Kooperationskultur war auffällig, dass zivilgesellschaftlich engagierte Organisationen, die meist in der Nachbarschaftsarbeit tätig sind, nur selten als Kooperationspartner*innen benannt wurden. Im Fallstudiengebiet der oberen Sonnenallee profitiert daher vor allem die Polizei und teilweise Akteur*innen der Jugendhilfe von den eingespielten Strukturen. Zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bleibt, wenn überhaupt nur die Vernetzung über das Quartiersmanagement. Dies zeigt sich auch daran, dass es insbesondere zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus dem Reuterkiez waren, die sich mehr Beteiligung und bessere Vernetzung in die Behörden wünschten.

2.2 Zusammenarbeit mit der Polizei

In Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Polizei zeigt sich unter den befragten Akteur*innen ein breites Spektrum unterschiedlicher Wahrnehmungen. So äußerten sich etwa die befragten Behördenvertreter*innen¹⁰ durchweg positiv zur Polizei. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass zwischen den meisten Behörden in Neukölln eine gute und über Jahre gewachsene ressortübergreifende Kooperationskultur entstanden ist. So arbeiten Vertreter*innen unterschiedlicher Behörden in verschiedenen Steuerungsrunden konstruktiv und lösungsorientiert zusammen, haben bereits an einer Vielzahl gemeinsamer Projekte und Maßnahmen erfolgreich teilgenommen und pflegen darüber hinaus auf Leitungsebene oft auch informelle Kontakte. In Bezug auf die Polizei wurde zudem auch die gute Zusammenarbeit im Rahmen von Schwerpunkteinsätzen hervorgehoben.

Auch in den Bildungseinrichtungen wurde die Zusammenarbeit mit der Polizei positiv bewertet. Hier standen vor allem die Kontakte und die oft enge Zusammenarbeit mit den Präventionsbeauftragten im Fokus. Ihre Präventionsangeboten und Beratungsleistungen wurden von den Schulen als sehr wertvolle Dienstleistungen geschätzt. Darüber hinaus schilderten einige Befragte aber auch eine gewisse Resignation im Umgang mit gewalttätigen Kindern und Jugendlichen. Hier wurde etwa geäußert, dass man den Eindruck habe, auch die Polizei könne diese Probleme nicht lösen.

Unter den Vertreter*innen der Jugendhilfe und des Jugendamts zeigte sich meist eine differenziertere Bewertung der Polizei. So gaben die meisten Befragten an, nur wenig Kontakt mit der Polizei zu haben. Ein Teil lehnt dabei sogar jede Form der Zusammenarbeit mit der Polizei ab. Andere wiederum wollten eine Kooperation zwar nicht grundsätzlich ausschließen, standen der Polizei aber dennoch oft reserviert gegenüber. Hintergrund ist, dass sich die Akteur*innen der Jugendhilfe in erster Linie als Vertreter*innen der Jugendlichen verstehen. Eine Zusammenarbeit mit der Polizei nehmen sie daher als Interessenkonflikt war. Es sei die Aufgabe der Polizei Tatverdächtige zu ermitteln und sie der Justiz zuzuführen. Würden Vertreter*innen der Jugendhilfe hierzu beitragen, würde dies das Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen irreparabel beschädigen. Grundlage der Jugendsozialarbeit ist

¹⁰ Jugendamtsvertreter*innen wurden im Rahmen der Auswertung zu den Akteur*innen der Jugendhilfe gezählt.

es aber gerade auch einen Zugang zu devianten Jugendlichen zu finden, um ihnen alternative Perspektiven aufzuzeigen oder Hilfsangebote zu vermitteln.

Aufgrund eigener Erfahrungen und der Berichte der Jugendlichen, mit denen sie arbeiten, haben viele Jugendsozialarbeiter*innen zudem Vorbehalte in Bezug auf Polizei. Die meisten der befragten Sozialarbeiter*innen konnten demnach zumeist vom Hörensagen über Ereignisse berichten, in denen sie das Verhalten der Polizist*innen als nicht vorbildlich beschrieben. So hätten sich die Jugendlichen bei Kontrollen oder im Rahmen von Einsätzen wiederholt provoziert oder beleidigt gefühlt. Hier würden sich die Jugendsozialarbeiter*innen mehr Professionalität und Vorbildfunktion der oft selbst noch jungen Polizist*innen wünschen.

Im Gegensatz dazu berichten Akteur*innen der Jugendhilfe, die vor allem im administrativen oder koordinierenden Bereich tätig sind, dass sie vor allem Kontakt zu Polizist*innen aus den Leitungsebenen, der Prävention oder aus dem Bereich interkulturelle Aufgaben haben. Auf dieser Ebene wurde die Zusammenarbeit meist als sehr konstruktiv beschrieben. Teilweise wurde durch die Befragten sogar der Wunsch nach mehr Informationen von der Polizei gewünscht. So gab etwa eine*r der Befragten an, von der Polizei wissen zu wollen, wenn es neue Orte gibt, an denen es zu Problemen mit Jugendlichen kommt. Gleichzeitig spielte aber auch hier das Thema Datenschutz in Bezug auf die Jugendlichen immer wieder eine Rolle. Auflösen lässt sich diese Thematik nur, wenn die Jugendlichen die Akteur*innen explizit von der Schweigepflicht entbinden, um unterschiedlichen Behörden, einschließlich der Polizei, zu ermöglichen, sich über ihren Fall auszutauschen. Mit der AG Kinder- und Jugendgewalt gibt es hierfür in Nordneukölln ein gut funktionierendes Beispiel.

In der Gruppe der befragten Nachbarschaftsakteur*innen waren neben Vertreter*innen bürgerschaftlicher Initiativen auch eine Reihe professioneller Organisationsvertreter*innen vertreten. Für die meisten der Befragten spielte das Thema Sicherheit nur eine untergeordnete Rolle. Entsprechend berichteten vor allem bürgerschaftliche Initiativen nur sporadisch Kontakt mit der Polizei zu haben. Zwar wurde vereinzelt von Beratungs- und Unterstützungsangeboten z.B. in Bezug auf die Planung von Veranstaltungen berichtet, in der Regel spielt die Polizei hier aber keine Rolle. Unter den bürgerschaftlichen Initiativen waren aber auch einige migrantische Vereine. Hier wurde in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Polizei in einigen Fällen der Kontakt zu Mitarbeiter*innen der AGIA (Arbeitsgebiet Interkulturelle Aufgaben) der Polizei hervorgehoben. Sie unterstützen die Vereine z.B. durch Informationen, die Vermittlung von Kontakten oder durch polizeiliche Einschätzungen und Expertise. Das Engagement und die Unterstützungsleistung wurden von den Befragten sehr geschätzt. Viele lobten die vertrauensvolle und lösungsorientierte Zusammenarbeit. Darüber hinaus konnte keiner der Befragten von Kooperationen mit der Polizei berichten. Unter den professionellen Nachbarschaftsakteur*innen spielt die Polizei ebenfalls nur eine untergeordnete Rolle. Kontakte ergeben sich hier vor allem in Gremiensitzungen, in denen auch Vertreter*innen der Polizei eingeladen sind. Eine weiterführende Zusammenarbeit findet meist nicht statt und wurde von den Befragten auch nicht gewünscht.

2.3 Zusammenarbeit mit Akteur*innen der Kinder und Jugendhilfe

Die Zusammenarbeit der Akteur*innen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im Fallstudiengebiet wurde von den Befragten als relativ gut bewertet. Gleichwohl wurden hier im Vergleich zu anderen Fallstudiengebieten wesentlich weniger konkrete Formen der Zusammenarbeit in Bezug auf das Fallstudiengebiet beschrieben. Hier fokussiert die Zusammenarbeit in erster Linie auf den informellen Aus-

tausch sowie die Teilnahme an Gremien und AGs, die meist auf gesamtkommunaler Ebene angesiedelt sind. So gibt es unter anderen bspw. AGs speziell zur Arbeit mit Jungen oder mit Mädchen, zum Erfahrungsaustausch unter Straßensozialarbeiter*innen oder zu den spezifischen Phänomenen im Quartier (Kiez AG). Dabei wurde häufig auch deutlich, dass die Anzahl der AGs von vielen vor allem aufgrund der meist sehr dünnen Personaldecke bei den Trägern als zu hoch eingeschätzt wird.

In Bezug auf das Fallstudiengebiet selbst entstand der Eindruck, dass die Akteur*innen sich stark auf ihre Kernaufgaben und Einrichtungen konzentrieren. Vereinzelt wurde aber der Wunsch nach mehr Sozialraumorientierung unter den ansässigen Akteur*innen geäußert. Gewünscht wurde z.B., dass auch Vertreter*innen der Einrichtungen sich mehr im Sozialraum bewegen sollten, um aktiv nach Problemen zu suchen, für die sie passende Maßnahmen entwickeln könnten. Zur Stärkung der Sozialraumorientierung wurde zudem vorgeschlagen, die Arbeiten der lokalen Akteur*innen untereinander noch stärker zu verzahnen. Dies würde z.B. bedeuten, dass die Akteur*innen vor Ort ihre Angebote stärker aufeinander abstimmen und an den konkreten Problemlagen ausrichten sollten. Nicht der Einzelfall sollte dabei im Fokus stehen, sondern die Entwicklung von Angeboten, die auf wiederkehrende Herausforderungen reagieren. Es ist davon auszugehen, dass dies zu einer stärkeren Differenzierung zwischen den Einrichtungen führen würde. Aufgrund der ohnehin knappen Ressourcensituation im Quartier ist jedoch fraglich, inwiefern sich dies realisieren lässt.

Verschärfend kommt hinzu, dass einige Akteur*innen von Konkurrenz zwischen den Trägern sprechen. Dies erklären sich die Befragten mit der Finanzierungssituation im Bereich der Jugendhilfe. Diese hängt zumindest teilweise davon ab, ob genügend Jugendliche die Angebote annehmen. Da die Zahl der Jugendlichen im Fallstudiengebiet begrenzt ist, besteht die Sorge, dass Jugendliche zu anderen Angeboten abwandern könnten. Obwohl in den Interviews keine*r der Befragten von sich selbst sagte, diese Konkurrenz zu empfinden, berichteten doch mehrere Akteur*innen davon, dass es dieses Konkurrenzverhältnis im Bereich der Jugendhilfe gäbe.

In Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt äußerten sich die Mitarbeiter*innen der Jugendhilfe meist sehr positiv. Dies ist vor allem der neu geschaffenen Funktion der Sozialraumkoordination geschuldet. Diese hat wesentlich dazu beigetragen, die Akteur*innen noch besser untereinander zu vernetzen und auf die Bedarfe der Träger einzugehen. Hier wurde insbesondere die Ermöglichung fachlichen Austauschs mit Kolleg*innen anderer Träger sowie zur Wahrnehmung von Fortbildungen betont. Die Befragten begrüßen es zudem sehr, dass die Sozialraumkoordination aktiv auf sie zukommt, um Probleme und Bedarfe abzufragen und nach Lösungen zu suchen. Zu den Formen der Zusammenarbeit dieser Akteur*innen gehören auch gemeinsame Leitungs- und Steuerungsrounds. Diese Veranstaltungen werden zwischen den Befragten unterschiedlich wahrgenommen. So begrüßte ein Teil der Befragten die Möglichkeit, sich in entsprechenden Runden mit Kolleg*innen anderer Einrichtung über fachliche Fragen austauschen zu können. Andere beschrieben die Veranstaltungen hingegen als „langatmig“ oder beklagten, dass diese nur wenig Bezug zu ihrer praktischen Arbeit hätten. Einigkeit herrschte unter den Vertreter*innen aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, dass vor allem solche Kooperationsformen positiv bewertet wurden, die einen starken Bezug zu ihrer praktischen Arbeit haben und sich mit konkreten Problemen befassen. Demgegenüber wurden Kooperationen, die stärker konzeptionell aufgestellt waren oder Fragen der Öffentlichkeitsarbeit oder des Wirkens in den Sozialraum in den Vordergrund stellten, eher negativ bewertet.

Unter den Vertreter*innen der Polizei wurde die Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe meist als ausbaufähig beschrieben. Während die Vertreter*innen der Jugendhilfe sich bemühen Distanz zu

wahren, wünscht sich ein Teil der Polizist*innen vor allem im Bereich Prävention durchaus stärkere Zusammenarbeit und Informationsaustausch. Wie oben bereits beschrieben stehen diesem Wunsch Datenschutzbedenken und die Sorge, die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber den Jugendlichen zu verlieren, im Weg. Während die Zusammenarbeit mit den Sozialarbeiter*innen vor Ort als verbesserungsfähig beschrieben wird, wird die Beziehung zum Jugendamt insbesondere auf der Leitungsebene sehr positiv bewertet. Insbesondere die Zusammenarbeit mit der*dem Jugendstadtrat*in sowie die Arbeit der AG Kinder- und Jugendkriminalität, die jedoch für ganz Neukölln zuständig ist, wurde dabei mehrfach sehr positiv hervorgehoben.

2.4 Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen

Unter den Bildungseinrichtungen kommt vor allem den Schulen in Hinblick auf das Thema Sicherheit eine herausragende Bedeutung zu, da ein Großteil abweichenden Verhaltens von Jugendlichen ausgeht und diese zudem auch eine häufige Opfergruppe darstellen. Die Zusammenarbeit mit den Schulen wurde von einigen Befragten als schwierig bewertet. So wurde insbesondere von Vertreter*innen der Jugendhilfe der Wunsch nach besserer Zusammenarbeit mit den Schulen geäußert. Insbesondere die Sozialraumorientierung der Schulen halten sie für ausbaubar. Beklagt wurde, dass die Schulen sich lediglich auf ihren Bildungsauftrag und ihre Arbeit in der Schule konzentrieren aber darüber hinaus kaum Engagement in Bezug auf das räumliche Umfeld oder die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen aufbringen. Vorgeschlagen wurde, dass die Schulen z.B. Zusatzangebote für alle Kinder des Sozialraums zugänglich machen, Räumlichkeiten für nachbarschaftliche Initiativen zur Verfügung stellen oder ihre Schulhöfe in den Nachmittagsstunden als Spielflächen öffnen sollten.

Am besten wird die Zusammenarbeit von Vertreter*innen der Polizei bewertet. Diese bieten in vielen Schulen Präventionskurse oder Sprechstunden für Schüler*innen an, bei denen sie Straftaten wie z.B. Mobbing ansprechen können. Teilweise werden auch Gespräche mit Kindern geführt, die straffällig oder verhaltensauffällig geworden sind. Die Abstimmung der Kooperation erfolgt dabei meist zwischen den Präventionsbeauftragten und der Schulleitung. Aber auch seitens der Abschnittsleitung werden regelmäßig Gespräche geführt, um Handlungsbedarfe zu identifizieren. Dies verdeutlicht den hohen Stellenwert, den die Zusammenarbeit von Schulen und Polizei im Quartier genießt.

2.5 Zusammenarbeit mit Nachbarschaftsakteur*innen

Zu den Nachbarschaftsakteur*innen zählen im Fallstudiengebiet neben dem QM Donaustraße und dem Stadtteilbüro Reuterkiez auch eine Reihe engagierter Bürger*innen, die sich in AGs oder eigenen Initiativen zum Wohl ihrer Nachbarschaft einsetzen. Im Fokus stehen dabei etwa Aktivitäten zur Verschönerung des Wohnumfeld, der Nachbarschaftshilfe, des allgemeinen sozialen Engagements oder zur Durchsetzung lokaler Interessen gegenüber der Verwaltung. Unter den Bürger*innen mit Migrationshintergrund gibt es zudem eine Vielzahl von Bildungs-, Integrations-, oder Unterstützungsvereinen, die sich in erster Linie an die Bedürfnisse der Menschen mit Migrationshintergrund in der Nachbarschaft richten. Schließlich finden sich im Fallstudiengebiet eine Vielzahl religiöser Akteur*innen unterschiedlicher Glaubensrichtungen, die den Menschen neben spirituellen Angeboten in vielen Fällen ebenfalls praktische Angebote der Lebenshilfe anbieten.

In Bezug auf die Frage der Kooperation mit und unter Nachbarschaftsakteur*innen stellen vor allem das QM Donaustraße und das Stadtteilbüro im Reuterkiez wichtige Netzwerkakteur*innen dar. Ihre Aufgabe besteht in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und des Zusammenhalts der lokalen Bevölkerung. Darüber hinaus haben sie die Aufgabe, zwischen den verschiedenen Akteur*innen

und Verwaltungsebenen zu vermitteln. Im Fallstudiengebiet wurde vor allem die Arbeit des QM Donaustraße in mehreren Interviews lobend hervorgehoben. Dies ist unter anderem auch der Tatsache geschuldet, dass Quartiersmanagements über ein wesentlich größeres Budget als Stadtteilbüros verfügen und daher deutlich umfangreichere Projekte finanzieren können.

Seitens der interviewten Gewerbetreibenden wurde vereinzelt von Kontakten zum Projekt BIWAQ (Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier) berichtet, das zum Zeitpunkt der Interviews lokale Gewerbetreibende mit Beratung oder Vermittlung von Unterstützungsangeboten sowie bei der Einstellung von Personal unterstützte. Darüber hinaus gaben einige Gewerbetreibende an, in der Initiative Sicherheit-Geborgenheit-Neukölln engagiert zu sein. Hierbei handelt es sich um eine Initiative der Neuköllner Begegnungsstätte e.V. mit dem Ziel als zivilgesellschaftlicher Akteur im Verbund mit lokalen Netzwerkakteur*innen, aber auch mit Unterstützung der AGIA der Polizei Berlin, einen Beitrag zur Sicherheit und zum friedlichen Zusammenleben aller Menschen in Neukölln zu leisten. Im Rahmen eines ersten Projekts führte die von Imam Tahar Sabri geleitete Initiative eine Kampagne durch, um zunächst die Gewerbetreibenden auf der Sonnenallee dafür zu gewinnen, sich angesichts von Fällen sexueller Belästigung und Übergriffen auf LGBTIQ-Personen durch Anbringen eines Aufklebers zum Schutz dieser Gruppen zu bekennen und ihnen im Bedarfsfall auch Schutz in ihren Gewerberäumen zu gewähren (vgl. Kapitel 4).

Aus den Reihen der Polizei berichteten vor allem Vertreter*innen der AGIA, in Neukölln eng mit migrantischen Vereinen und religiösen Organisationen im Austausch zu stehen. Dabei übernehmen sie eine Netzwerkfunktion, um migrantische Akteur*innen vor Ort in ihrem Engagement z.B. durch Vermittlung von Kontakten oder Unterstützungsangeboten zu stärken. Darüber hinaus bieten sie auch Beratung und ihre interkulturelle Kompetenz an. Das Angebot bezieht sich dabei nicht spezifisch auf die obere Sonnenallee, sondern steht allen Akteur*innen in Neukölln offen.

Das Thema Kooperation mit oder unter Nachbarschaftsakteur*innen spielte in den Interviews darüber hinaus aber nur selten eine Rolle. Zwar gaben einige der befragten Initiativen und Vereine an, zu kommunalen Gremiensitzungen eingeladen worden zu sein, ein dauerhaftes Engagement kam dabei aber nur selten zu Stande. Entsprechend verwundert es auch nicht, dass einige der befragten Bürger*innen sich mehr Beteiligungsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene wünschen würden.

3 Praxisbeispiele kooperativer Sicherheitsproduktion

Zielte die Untersuchung der wechselseitigen Wahrnehmung vor allem auf die Beziehungsebene ab, sollten anhand ausgewählter Kooperationen im Fallstudiengebiet strukturelle Gelingensbedingungen erfolgreicher Kooperationen herausgearbeitet werden. Hierzu waren vertiefende Interviews und Beobachtungen in ausgewählten Kooperationsbeispielen vorgesehen. Aufgrund der Coronakrise konnten diese Untersuchungen im Fallstudiengebiet obere Sonnenallee nicht abgeschlossen werden. Gleichwohl wurden im ebenfalls durch die TU Berlin bearbeiteten Fallstudiengebiet Ringbahntrasse gute Praxisbeispiele identifiziert, die auch für das Gebiet obere Sonnenallee bedeutend sind. So stellt zum einen die U-Bahnlinie 8 einen Schwerpunkt der Arbeit der **Steuerungsrunde Sucht** dar. Hierzu gehört unter anderem auch der Bahnhof Hermannstraße, der Richtung Nordwesten das Fallstudiengebiet begrenzt. Zum anderen finden die **behördenübergreifenden Schwerpunkteinsätze** zur Kontrolle von Gewerbebetrieben auch auf der oberen Sonnenallee regelmäßig statt und haben, wie in Teil 2 dieses Berichts beschrieben, eine nachhaltige Wirkung auf das Sicherheitsempfinden der lokalen Bevölkerung.

Die beiden Fallbeispiele werden nachfolgend vorgestellt, bevor im Anschluss noch einmal ein kurzes Fazit zur quartiersorientierten Sicherheitsproduktion im Fallstudiengebiet Sonnenallee gezogen werden soll.

3.1 Steuerungsrunde Sucht

Im Norden des Berliner Bezirks Neukölln stellt der öffentliche Drogenkonsum seit Jahren eine starke Beeinträchtigung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage dar. Insbesondere seit dem Jahr 2016 verstärkte sich die Belastung des öffentlichen Raumes durch Hinterlassenschaften der Konsument*innen wie Spritzen, Folien aber auch Blut und Exkrememente. Neben Parkanlagen und teilweise auf Spielplätzen nahm auch der Konsum in Parkhäusern, Hauseingängen und Treppenaufgängen massiv zu. Als besonders störend wird er außerdem in den U-Bahnhöfen der Linien sieben und acht wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund haben sich schon seit längerem Strukturen und Netzwerke der Suchthilfe in Nord-Neukölln etabliert, die maßgeblich zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Einerseits geht es darum, den Drogenkonsum im öffentlichen Raum und insbesondere in Hauseingängen, Treppenhäusern, Spielplätzen und Parkanlagen stark zu reduzieren. Weil dies nicht vollständig möglich ist, sollen die Konsument*innen für einen sozialverträglichen Konsum sensibilisiert werden. In erster Linie geht es um die Vermeidung von Hinterlassenschaften, insbesondere Spritzen sowie den öffentlich sichtbaren Drogenkonsum. Schließlich liegt der Fokus auch darauf, den Konsument*innen eine Möglichkeit zum sicheren Drogenkonsum zu bieten und Hilfsangebote zu vermitteln. Wichtige Akteur*innen sind in diesem Zusammenhang unter anderem Vertreter*innen verschiedener Organisationseinheiten des Bezirksamtes, der Polizei, ein etablierter Träger der Sozialen Arbeit (Fixpunkt e.V.), das Quartiersmanagement Richardplatz Süd, die Senatsverwaltung für Gesundheit und die Drogenbeauftragte des Landes. Nachfolgend sollen zunächst die maßgeblichen Kooperationen und Schlüsselakteur*innen beschrieben und einige der ressortübergreifend abgestimmten Strategien und Maßnahmen dargestellt werden.

Als Gremium zur ressortübergreifenden Entwicklung, Steuerung und Koordinierung von Maßnahmen und zum Austausch von Informationen wurde 2017 die Steuerungsrunde Sucht ins Leben gerufen. An dieser Runde nehmen unter anderem neben Vertreter*innen des Bezirksamtes, die Suchthilfekoordination, das Grünflächenamt, das Ordnungsamt die Wohnungslosenhilfe, die Koordination des Quartiersmanagements, Vertreter*innen der Polizei, des Quartiersmanagements, der Landesdrogenbeauftragten (Senatsverwaltung für Gesundheit) sowie der lokalen Träger der Suchthilfe Fixpunkt e.V. für die Straßensozialarbeit und das NUDRA-Projekt und die vista gGmbH für die Neuköllner Suchtberatungsstelle cofamilia teil. Die Steuerungsrunde arbeitet an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und lokalen Akteur*innen. Ziel ist es, die unterschiedlichen mit den Themen Drogen und Sucht befassten Akteur*innen an einen Tisch zu bekommen, um auf die lokalen Probleme schnell und lösungsorientiert reagieren zu können. Zum Erfolg des Gremiums trägt wesentlich bei, dass eine Vielzahl relevanter Verwaltungen beteiligt und aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit den zugrundeliegenden Problemen auch motiviert waren, an der Steuerungsrunde teilzunehmen. Begünstigt wurde dies zudem aufgrund der Tatsache, dass Neukölln seit langem eine Kultur intensiver Vernetzung und Lösungsorientierung auf der Verwaltungsebene insbesondere im Bereich Sicherheit pflegt. Dieses Engagement wird durch die Leitungsebenen der beteiligten Verwaltungen und den*die Bürgermeister*in unterstützt. Seitens der Verwaltungen zeigt sich deren Kooperationsbereitschaft in der Entscheidung und kontinuierlichen Teilnahme einer*s Repräsentant*in sowie dem Einbringen spezifischer Kompetenzen und Ressourcen. Für den*die Bürgermeister*in nimmt sein*e zuständige*r Beauf-

tragte*r teil, der*die insbesondere Zugang zu einem weitreichenden Akteur*innennetzwerk zur Verfügung stellt, über das weitere Kompetenzen und Ressourcen meist schnell mobilisiert und dadurch konkrete zeitnahe Lösungen zügig umgesetzt werden können. Die kooperationsorientierte Arbeitskultur der Beteiligten stellt zudem die Basis, um im Falle auftretender Probleme, nicht nur schnell gemeinsame Lösungen konzeptionieren zu können, sondern auch für die Finanzierung oder Umsetzung kleinerer Maßnahmen passende Budgets oder Kompetenzen bei einem der beteiligten Partner*inne oder bei Akteur*innen aus deren Netzwerken finden zu können. Zum positiven Kooperationsklima zählt auch, dass alle Beteiligten einerseits Forderungen an andere Beteiligte oder die Politik offen vortragen können und sich andererseits aber auch mit praktischen Lösungsvorschlägen direkt einbringen können. So wird das Gefühl vermittelt, dass die eigenen Ideen ernst genommen und soweit möglich berücksichtigt werden. Dies trägt einerseits dazu bei, dass die Beteiligten sich in ihrem Engagement wertgeschätzt fühlen und den Eindruck haben, dass es sich bei der Steuerungsrunde nicht nur um einen Debattierclub handelt, sondern tatsächlich etwas getan wird. Dadurch steigt bei den Teilnehmer*innen auch die Motivation zur kontinuierlichen Teilnahme. Andererseits stellt es eine wichtige Grundlage für ein hohes Maß an Innovativität des Gremiums dar. Diese ergibt sich somit aus dem Bemühen des Gremiums, auf die Vorschläge seiner Mitglieder einzugehen und neue Ideen zu erproben, diese gleichzeitig aber auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit regelmäßig zu überprüfen und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Leisten kann sich das Gremium dies aber wiederum nur aufgrund des auf etabliertem Vertrauen und enger Vernetzung beruhenden Netzwerks, dass immer wieder flexible Wege zur Finanzierung oder Realisierung entsprechender Vorhaben findet.

Einen wichtigen Beitrag für die praktische Arbeit der Steuerungsrunde leistet die Suchthilfekoordination. Diese Stelle ist für die Vorbereitung, Organisation und Nachbereitung der Gremienarbeit verantwortlich und hält die Kontakte zu allen Beteiligten. Während der konkreten Durchführung übernimmt die Suchthilfekoordination die Rolle der Moderation und bemüht sich um eine konstruktive und doch positive Gesprächsatmosphäre sowie die Vermittlung bei Konflikten.

Ein Schlüsselakteur ist der Träger der Suchthilfe Fixpunkt e.V., der einerseits für die Umsetzung konkreter Maßnahmen vor Ort zuständig ist und sich beispielsweise im Rahmen von Straßensozialarbeit, einer Beratungs- und Kontaktstelle sowie eines Konsumraums um die Konsument*innen kümmert, aber auch eine Anlaufstelle für Bürger*innen und Gewerbetreibende darstellt. Schließlich ist die Einrichtung auch ein wichtiger Ansprechpartner für Polizei und Behörden. Durch die Vielzahl der Kontakte des Trägers und seiner Räumlichkeiten ist er Informationsschnittstelle und Vermittler zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen und Interessen. Durch die praktische Arbeit vor Ort ist Fixpunkt dafür prädestiniert, sich ein Bild von der Lage und gegebenenfalls von Veränderungen vor Ort zu machen und diese Informationen im Rahmen der Steuerungsrunde einzubringen. Somit trägt das Gremium zu einer umfassenden Situationsanalyse bei und es können darauf abgestimmte Maßnahmen und Strategien entwickelt werden.

Schnittstellenarbeit, Vernetzung und der Aufbau eines Monitorings im Themenbereich Sucht gehört auch zu den Zielen des 2018 durch die Steuerungsrunde mitinitiierten Projekts NUDRA. Beteiligt daran sind die Suchthilfekoordinator*innen aus den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg, der Träger der Suchthilfe Fixpunkt, das LKA Berlin sowie die Senatsverwaltungen für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und für Stadtentwicklung und Wohnen. Ziel des Projekts ist es, alle relevanten Akteur*innen im Bereich Sucht auf Quartiers-, Bezirks-, und Senats-ebene besser miteinander zu vernetzen und einen qualifizierten Überblick über die Sucht- und Drogenproblematik zu erlangen. Hierzu wurde eine Monitoringstelle zur Erfassung und Dokumentation

der Phänomene vor Ort eingerichtet. Darüber hinaus wurde eine Interventionsgruppe eingerichtet, die kurzfristig bei Problemen im öffentlichen Raum bereitstehen soll. Ihr Aufgabenfeld umfasst die Kommunikation mit Bürger*innen, einschließlich drogen- und alkoholkonsumierender Menschen. Sie leistet Aufklärung über den Umgang mit Konsumrückständen, Verhalten gegenüber Menschen, die Drogen und Alkohol im öffentlichen Raum konsumieren, Gespräche zum rücksichtsvollen Verhalten im öffentlichen Raum und die Rückmeldung zu Verhaltensweisen, die zu Problemen führen können. Schließlich soll der soziale Zusammenhalt, gute Nachbarschaften und gestärktes subjektives Sicherheitsgefühl durch Angebote zum Bürger*innendialog gefördert werden.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht sich auch dann, wenn sie sich wahrgenommen fühlt und erfolgreich mit ihren Anliegen via Mail oder Telefon an die unterschiedlichen Behörden wenden kann. In Hinblick auf die Meldung von Drogenkonsum und seinen Hinterlassenschaften melden sich die Bürger*innen bei ganz unterschiedlichen Behörden: bei der Polizei, im Büro des*der Bürgermeister*in, beim Ordnungsamt oder bei der Suchthilfekoordination. Um zu vermeiden, dass Meldungen dabei übersehen werden oder nicht bei den richtigen Ansprechpartner*innen ankommen, wird im Rahmen des NUDRA-Projekts ein Meldesystem aufgebaut, in dem alle Behörden entsprechende Meldungen standardisiert an den*die Suchthilfekordinator*in oder den lokalen Träger der Suchthilfe (Fixpunkt e.V.) weiterleiten sollen. Durch Fixpunkt wird die Lage sodann erkundet und gegebenenfalls werden erforderliche Maßnahmen eingeleitet.

Im Rahmen dieser Netzwerke und Kooperationen werden in Nord-Neukölln verschiedene Maßnahmen und Strategien umgesetzt, um die Lebenssituation der Konsument*innen zu verbessern. Dazu gehören unter anderem die zunächst probeweise aus Geldern des Quartiersmanagements finanzierte und später durch den Bezirk übernommene Straßensozialarbeit und die vor Ort eingerichtete und durch Fixpunkt betriebene Kontakt- und Beratungsstelle sowie ein zusätzlich geschaffener Konsumraum sowie ein Drogenkonsum- und Beratungsmobil. Um auch für Geflüchtete ein Beratungs- und Unterstützungsangebot zu schaffen, wurde ein Peer-Helfer-Projekt ins Leben gerufen. Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund werden dafür geschult, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu teilen, um Betroffenen in Bezug auf das Thema Sucht weiterhelfen zu können. Aufgrund ihrer kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten fällt es ihnen wesentlich leichter zu den Geflüchteten einen vertrauensvollen Kontakt aufzubauen und mit ihnen über ihren Drogenkonsum und Möglichkeiten zur Hilfe zu sprechen. Die Peer-Helfer werden von den Suchtberatungsstellen betreut und erhalten eine Aufwandsentschädigung.

In Abstimmung mit Beteiligten der Netzwerkrunde konnte ein geeigneter Aufstellungsort für einen 2. Spritzenautomat im öffentlichen Straßenland gefunden und in Betrieb genommen werden. Im Rahmen der HIV- und Infektionsschutzprohylaxe besteht hier für Konsument*innen die Möglichkeit, gegen ein geringes Entgelt steril verpackte Konsumutensilien zu erwerben.

Zur Bewältigung des Problems der Hinterlassenschaften des Drogenkonsums vergibt die Kontakt- und Beratungsstelle Spritzenentsorgungsbehälter an die Drogenkonsument*innen, damit diese selbst ihre Spritzen nach Benutzung sicher entsorgen können. Daneben wurden in der Nähe von Orten, an denen besonders häufig Drogenkonsum stattfindet, entsprechende Behälter installiert, die durch die Verwendung von Signalfarbe leicht zu finden sind. Schließlich werden durch das Bezirksamt und Fixpunkt e.V. mobile Spritzenbehälter und die erforderliche Ausrüstung für eine sichere Entsorgung an verschiedene Akteur*innen, die im öffentlichen Raum tätig sind, verteilt.

Um der Problematik des Drogenkonsums in Hauseingängen und Treppenhäusern zu begegnen, wurden Begehungen und Informationsveranstaltungen mit Anwohner*innen, Wohnungseigentümer*innen, Schulen, Kitas, Gewerbetreibenden, Fachkräften von Fixpunkt, der Polizei, dem Bezirksamt sowie Vertreter*innen der städtebaulichen Kriminalprävention durchgeführt. Gemeinsam wurden die Probleme vor Ort analysiert und durch teilnehmende Expert*innen z.B. bauliche Veränderungen oder Sicherungsmöglichkeiten für die betroffenen Gebäude besprochen. So wurde den Anwohner*innen vermittelt, dass die Probleme durch die Kommune ernst genommen und passgenaue Lösungen entwickelt werden. Durch Begehungen unter Beteiligung der administrativen und politischen Leitungsebenen und die persönliche Konfrontation mit den Problemen vor Ort, konnte zudem ein besseres Verständnis der Lage und ein Gefühl für die Notwendigkeit von Maßnahmen und ressortübergreifendem Handeln erreicht werden.

Ausgangspunkt für die Etablierung der lokalen Strukturen und die Initiierung der beschriebenen Maßnahmen im Bereich der Suchthilfe in Nordneukölln ist die langjährige und eingespielte Arbeit der ressortübergreifenden Steuerungsgruppe an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und lokaler Ebene sowie die praktische Arbeit und enge Vernetzung und Expertise des Trägers der Suchthilfe Fixpunkt vor Ort.

Als besonders hilfreich in der Umsetzung hat sich erwiesen, dass

- die Leitungsebenen der beteiligten Behörden hinter der Kooperation stehen und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen unterstützen.
- eine finanzierte Koordinationsstelle sich um die Vor- und Nachbereitung, Organisation, Moderation und soweit erforderlich um Konfliktmanagement kümmert.
- versucht wird, einen Konsens zu erreichen und alle Beiträge der Betroffenen zu berücksichtigen. Alle Beteiligten fühlen sich dadurch wertgeschätzt, was ihre wie auch die Motivation der Kooperationspartner*innen fördert.
- ein vertrauensvolles, offenes, kooperations- und lösungsorientiertes Arbeitsklima entwickelt wird.
- gemeinsam geplante Maßnahmen umgesetzt und dadurch konkrete Erfolge sichtbar werden.
- alle Beteiligten die Bereitschaft mitbringen, die Ideen oder Anliegen der anderen Akteur*innen in ihrem eigenen Handeln zu prüfen und soweit möglich zu berücksichtigen.
- angeschobene Maßnahmen immer wieder auch auf dem Prüfstand stehen, um möglichen Fehlentwicklungen zu begegnen und angemessen nachsteuern zu können.
- die lokale Arbeit durch einen Träger ausgeführt wird, der die lokale Situation umfassend kennt und der als Schnittstelle fungiert.

3.2 Behördenübergreifende Schwerpunkteinsätze

Die Polizei führt in Nordneukölln regelmäßig sogenannte Schwerpunkteinsätze in Shishabars, Wettbüros, Spielcasinos und vergleichbaren Lokalen durch. Als Gründe werden zum einen genannt, dass es in diesen Betrieben vermehrt zu Verstößen gegen verschiedene rechtliche Vorschriften und Gesetze kommt. So berichtet die Polizei unter anderem von Verstößen gegen den Jugendschutz oder das Arbeitsrecht, von illegalem Glücksspiel, erhöhten Kohlenmonoxidkonzentrationen aufgrund unzureichender Belüftungsanlagen, un versteuertem Tabak und Drogenhandel. Zum anderen geht die Polizei davon aus, dass insbesondere ein Großteil der Shishabars, Spielcasinos und Wettbüros direkt oder indirekt in Zusammenhang mit den sogenannten „Clans“ stehen. Diese würden die Gewerbe unter anderem zur Geldwäsche sowie zur Vorbereitung und Absprache von kriminellen Handlungen nutzen.

Ziel der Einsätze sei daher, die Einhaltung unterschiedlicher gewerbe- und ordnungsrechtlicher Vorschriften und Gesetze, für die unterschiedliche Behörden zuständig sind, gemeinsam und gleichzeitig zu kontrollieren, um den Kontrollierten zu signalisieren, dass Verstöße gegen diese nicht toleriert werden. Ziel sei aber auch Druck auf die „Clans“ auszuüben und gegenüber der Gesellschaft zu signalisieren, dass der Staat im Kampf gegen die Aktivitäten der „Clans“ handlungsfähig und bereit ist, bei kleinen Verstößen hart durchzugreifen. Die Botschaft, die ausgesendet werden soll, lautet: Der Staat und seine Institutionen sind handlungsfähig und es gibt in Nordneukölln keine rechtsfreien Räume. Vor dem Hintergrund, dass die Polizei davon ausgeht, dass es Verstrickungen zwischen den durchsuchten Objekten und kriminellen „Clans“ gibt, dienen die Schwerpunkteinsätze schließlich auch dazu, Erkenntnisse über mögliche Aufenthaltsorte bekannter Clanmitglieder zu gewinnen. Hierzu kann die Polizei an „kriminalitätsbelasteten Orten“ (KBO) die Personalien der Gäste in den kontrollierten Lokalitäten überprüfen. Die Polizei bewertet die Schwerpunkteinsätze selbst als großen Erfolg. So sei die Zahl der in den kontrollierten Objekten gefundenen Verstöße in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Beispielsweise komme es inzwischen wesentlich seltener zu Betäubungsmittelfunden als noch vor ein paar Jahren.

Gleichwohl sind die Schwerpunkteinsätze in der öffentlichen Debatte nicht unumstritten. Kritiker*innen werfen den Behörden unter anderem vor, dass es keine Belege für die Wirksamkeit hinsichtlich der Bekämpfung von Clankriminalität gebe, die Auswahl der kontrollierten Betriebe nicht transparent sei und die eingesetzten Mittel in keinem Verhältnis zu der Anzahl der aufgedeckten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten stünden¹¹.

Im Rahmen des SiQua-Projekts ging es jedoch weder um eine Evaluation der Wirksamkeit in Bezug auf die durch die beteiligten Akteur*innen selbstgesteckten Ziele, noch um eine Bewertung der Angemessenheit der untersuchten Kooperationsbeispiele. Ziel war ausschließlich die Kooperationspraxis der Fallbeispiele hinsichtlich ihrer Erfolgsfaktoren für die kooperative Sicherheitsproduktion in heterogenen Akteurskonstellationen zu untersuchen. Aufgrund der geführten Interviews und der Möglichkeit mehrfacher teilnehmender Beobachtungen erscheinen die Schwerpunkteinsätze als gute Praxisbeispiele kooperativer Sicherheitsproduktion.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass unter Behörden das Zuständigkeitsprinzip Kooperationen sonst eher verhindert, stellen die Schwerpunkteinsätze aufgrund der Tatsache, dass dort Vertreter*innen unterschiedlicher Behörden ihre Kompetenzen und Expertise zusammenzuführen und sich gegenseitig in der Durchführung ihrer Kontrollaufgaben unterstützen, ein besonders gelungenes Beispiel kooperativer Sicherheitsproduktion dar.

Zu den kooperierenden Behörden gehören dabei in Nordneukölln in erster Linie das Ordnungsamt, die lokalen Polizeiabschnitte und ein*e Vertreter*in der*des Bürgermeister*in. Gerade diese hauptverantwortlichen Akteur*innen zeichnen sich dabei durch großes und auch persönliches Engagement sowie Einsatzbereitschaft aus. Darüber hinaus nehmen aber auch andere Behörden regelmäßig teil. Zu diesen gehören unter anderen Vertreter*innen des Zolls, des Finanzamts, des Bezirksamts oder des LKA. Die genaue Zusammensetzung variiert dabei je nach inhaltlichem Schwerpunkt der Einsätze.

Die Schwerpunkteinsätze entfalten dabei auf unterschiedliche Weise einen Mehrwert. Zunächst besteht dieser natürlich darin, dass alle relevanten Akteur*innen gleichzeitig zugegen sind. Besteht der

¹¹ Vgl. z.B.: <https://taz.de/Grossrazzien-in-Berlin-Neukoelln/!5587218/> (14.1.2021)

Verdacht, dass bestimmte Verstöße vorliegen, ist gewährleistet, dass die hierfür zuständigen Behörden diese unmittelbar kontrollieren können. Führen die Behörden hingegen Einzelkontrollen durch und besteht vor Ort der Verdacht, dass weitere Verstöße vorliegen, müssen sie gegebenenfalls um Amtshilfe bitten. Dies kann auf dem regulären Dienstweg längere Zeit in Anspruch nehmen. Zudem besteht die Gefahr, dass die Mitarbeiter*innen der kontrollierten Läden, mögliche Beweise entfernen.

Vertreter*innen der Polizei berichten zudem, dass es bei den Einsätzen wiederholt zu aggressiven Reaktionen und teilweise auch gewalttätigen Auseinandersetzungen in den kontrollierten Betrieben gekommen sei. Um derartigen Vorfällen vorzubeugen und den anderen Beteiligten eine sichere Durchführung ihrer Kontrolltätigkeiten zu ermöglichen, tritt die Polizei meist mit einer größeren Personenzahl auf und übernimmt so eine Schutzfunktion bei der Durchführung der Maßnahmen. Würden die beteiligten Behörden ihre Kontrollen jeweils einzeln durchführen, wäre somit seitens der Polizei ein ungleich größerer Personalaufwand erforderlich. Aber nicht nur Schutz und Bündelung von Kompetenzen stellen einen Mehrwert dar. Die Akteur*innen können sich zudem wechselseitig beraten, wie in der Situation vor Ort zu verfahren ist. Gerade dann, wenn die Sachlage aus der Perspektive einer Behörde nicht ganz eindeutig ist, können sich die Behörden mit ihren unterschiedlichen Expertisen wechselseitig beraten oder zum Teil auch ad hoc weitere Informationen beschaffen.

Hinsichtlich der Kooperation ist zunächst bemerkenswert, dass es den Verantwortlichen gelungen ist, Mitarbeiter*innen aus unterschiedlichen Behörden zur gleichen Zeit und am gleichen Ort zusammenzuführen. Dies ist insbesondere auch deshalb positiv hervorzuheben, da die meisten Einsätze in den Abendstunden erfolgen, wenn in vielen Behörden bereits nicht mehr regulär gearbeitet wird. Hier war es teilweise erforderlich, die Dienstvorschriften in den Behörden anzupassen. Um die beteiligten Behörden angesichts der hohen Kontrollfrequenz nicht zu überlasten, erfolgt die Zusammensetzung der Teilnehmenden entsprechend der inhaltlichen Schwerpunkte der Einsätze. Die effektive Organisation wird zudem gewährleistet, indem die Vorbereitung der Einsätze durch eine kleine Gruppe von Akteure*innen erfolgt, während die anderen Behörden nur nach Bedarf um Amtshilfe und Teilnahme gebeten werden.

Um einen möglichst großen Mehrwert aus den Einsätzen zu ziehen, werden nicht nur die Einhaltung verschiedener Vorschriften kontrolliert, sondern auch mehrere Objekte hintereinander oder parallel aufgesucht. In der Durchführung selbst herrscht dabei eine klare Rollenaufteilung. Neben den fachlichen Rollen, die die eigentlichen Kontrolltätigkeiten durchführen, gibt es vor Ort eine kleine Gruppe von Personen, die den Einsatz koordinieren und dazu in einem engen kollegialen Austausch stehen. Schließlich werden die Schwerpunkteinsätze öfter von Medienvertreter*innen oder Wissenschaftler*innen begleitet. Um diesen vor Ort das Geschehen erklären zu können, um Fragen zu beantworten und um einen sicheren Zugang zu den untersuchten Objekten zu gewährleisten, wird ihnen ein*e Ansprechpartner*in der Polizei zur Seite gestellt.

Aus strategischer Sicht erfolgt die Auswahl der zu kontrollierenden Objekte und die Durchführung der Maßnahme durch die hauptverantwortlichen Akteur*innen im Vorfeld. Hinzugezogene Behörden haben dabei zudem teilweise auch die Möglichkeit eigene Objekte aufgrund ihrer Daten und Erkenntnisse vorzuschlagen. Vor Ort unterstützen sich die verschiedenen Behörden gegenseitig in der Durchführung. Dies erfolgt zum einen durch Bündelung ihrer Kompetenzen, wodurch umfassendere und vor allem nicht zeitversetzte Kontrollen ermöglicht werden. Zum zweiten durch die gemeinsame Er-

örterung der akuten Situation vor Ort. Durch den wechselseitigen Austausch ihrer Expertisen gelangen sie nicht nur zu einer besseren Lageeinschätzung, sondern können Entscheidungen auch unter Berücksichtigung eines breiteren Spektrums an Perspektiven und Gesichtspunkten treffen.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit fiel zudem auf, dass unter den beteiligten Akteur*innen ein offenes und vertrauensvolles Kooperationsklima herrschte. Die Beteiligten hielten untereinander enge Absprachen und diskutierten die Situation und weitere Maßnahmen vor Ort. Dabei waren die Verantwortlichen bestrebt, alle Beteiligten aktiv zu hören und einzubeziehen. Viele der Beteiligten kannten sich bereits aus früheren gemeinsamen Einsätzen und hatten offensichtlich ein gutes persönliches Verhältnis zueinander. Dies spricht für ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen den Akteur*innen, was als ein entscheidender Gelingensfaktor für kooperatives Arbeiten angesehen werden kann. Dass die Zusammenarbeit auf der kulturellen Ebene derart gut funktioniert, überrascht nicht, da wie oben bereits beschrieben unter den Nordneuköllner Akteur*innen, die im Bereich der Sicherheitsproduktion tätig sind, generell ein gutes Kooperationsklima herrscht.

Zusammenfassend lassen sich somit folgende Erfolgsfaktoren herausarbeiten:

- Ressortübergreifendes Bündnis unterschiedlicher Behörden mit komplementären Kompetenzen und Expertisen
- Entlastung der einzelnen Behörden durch flexible Zusammenstellung der Teilnehmer*innen
- Kleines, gut vernetztes Koordinationsteam ermöglicht eine schnelle und flexible Einsatzplanung bei gleichzeitig hoher Maßnahmenfrequenz
- Vertrauensvolle und offene Lagebesprechungen vor Ort, aufgrund ausgeprägter Kooperationskultur und hoher Bereitschaft aller Akteur*innen, auf Augenhöhe zu kommunizieren

4 Gelingensbedingungen und Handlungsempfehlungen

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Fallstudiengebiet bereits sehr gut entwickelt ist. Lediglich die vertikale Integration ist teilweise noch ausbaufähig. Das Finden von Ansprechpartner*innen und Unterstützung sollte nicht von den persönlichen Netzwerken einzelner Mitarbeiter*innen abhängen, sondern allen engagierten Akteur*innen möglich sein. Deutlich geworden ist aber auch, dass die Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen kein Selbstläufer ist. Vielmehr hat sich gezeigt, dass sowohl auf der Beziehungsebene, als auch hinsichtlich der Strukturen der Zusammenarbeit die notwendigen Gelingensbedingungen geschaffen werden müssen.

4.1 Gelingensbedingungen auf der Beziehungsebene

Vertrauen: Damit die Zusammenarbeit gelingen kann, ist ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen den Kooperierenden erforderlich. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Vertreter*innen der Polizei und der Sozialen Arbeit. Vorurteile oder schlechte Erfahrungen mit Einzelnen können den Vertrauensaufbau und die Zusammenarbeit mit der Organisation als Ganzes schnell erschweren. Dem Aufbau und der kontinuierlichen Pflege von Vertrauen kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Am besten lässt sich dieser durch kontinuierliche Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum und mit den gleichen Personen etablieren. Vertrauen wächst dabei optimalerweise durch gemeinsame Erlebnisse, Herausforderungen oder Maßnahmen. Zugleich sollten alle Beteiligten entsprechender Kooperationen für die Anliegen und Kritik der Anderen offen sein und diese in die eigenen Organisationen hineinragen. Dies setzt gleichwohl voraus, dass die Repräsentant*innen über hinreichend Einfluss verfügen, um Ressourcen zu mobilisieren oder Verhaltensänderungen herbeizuführen.

Umgangs- und Kommunikationsregeln: Am Beispiel der Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Polizei ist zudem deutlich geworden, welche Rolle der regulative Rahmen spielt. Auf der einen Seite hat sich gezeigt, dass entsprechende Regeln ein Hindernis für die Zusammenarbeit sein können, wenn sie Kommunikation und damit den Aufbau von Vertrauen zwischen den Akteur*innen erschweren. Hier sind vor allem das Zuständigkeitsprinzip, das Legalitätsprinzip und der Datenschutz zu nennen. Um diese Hindernisse zu umgehen, hat sich die frühzeitige Vereinbarung von Kommunikations- und Informationsaustauschregeln bewährt. Wichtig ist insbesondere, dass alle Akteur*innen frühzeitig ihre Grenzen und Vorschriften transparent kommunizieren und der Umgang mit sensiblen Daten verbindlich abgesprochen wird. Neben Vereinbarungen zu Dingen, über die nicht gesprochen werden soll, kann dies auch bedeuten, dass einvernehmliche Wege gefunden werden, diese Grenzen zu erweitern. Dies kann im Einzelfall z.B. durch Entbindungen von der Schweigepflicht durch die betroffenen Personen erfolgen. Neben den Grenzen des Informationsaustauschs ist aber auch wichtig, dass der Umgang der Akteur*innen untereinander auf Augenhöhe und größtmöglicher Offenheit und Fairness erfolgt.

Gestaltungsspielräume: Der Mehrwert kooperativer, sozialraumorientierter Zusammenarbeit besteht insbesondere darin, individuelle Kompetenzen zu bündeln, um gemeinsam neue Lösungen zu finden. Sind die Beteiligten dabei stets gezwungen, gemeinsam ausgehandelte Entscheidung und Vereinbarungen zur Arbeitsteilung, jedes Mal durch die eigene Herkunftsorganisation abzusichern, kommen Kooperationen schnell an ihre Grenze, wenn sich die Kommunikations- und Überzeugungsarbeit dadurch vervielfacht. Daher benötigen die Kooperierenden ausreichend Gestaltungsspielräume und ein Mindestmaß an Ressourcen, um sich teilautonom in der Zusammenarbeit engagieren und Zusagen machen zu dürfen. Wie gut dies funktionieren kann, wurde am Beispiel der Suchthilfe

deutlich. Die Beteiligten können dort in begrenztem Umfang verbindliche Zusagen und Unterstützungsangebote machen. Erst dadurch wird es möglich, dass sich die Kompetenzen der organisierten Akteur*innen wechselseitig ergänzen und die Akteur*innen als Dienstleister*innen oder wichtige Informationsquelle zusammenarbeiten können. Am Beispiel der Zusammenarbeit mit Schulen kann man wiederum sehen, dass dort, wo diese Freiräume fehlen, in der Regel nur dann intensivere Zusammenarbeit stattfindet, wenn sich besonders engagierte Einzelpersonen finden, die bereit sind, sich freiwillig und unbezahlt zu engagieren. In der Praxis zeigt sich dies jedoch nicht nur in den Schulen. Ganz generell ist in den Interviews deutlich geworden, dass ein besonderes Engagement einzelner Beteiligter in vielen Fällen noch immer der Motor ist, um die Zusammenarbeit am Leben zu erhalten. Solange sich dies nicht ändert und die Kooperierenden mit ausreichend Gestaltungsspielräumen ausgestattet werden, wird die quartiersorientierte kooperative Sicherheitsproduktion auch weiterhin auf das Engagement einzelner angewiesen bleiben und im Falle eines Ausscheidens der entsprechenden Personen in vielen Fällen zum Erliegen kommen.

4.2 Strukturelle Gelingensbedingungen

Stellen Vertrauen, gemeinsame Regeln und Gestaltungsspielräume auf der Beziehungsebene eine wichtige Grundlage dar, lässt sich die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher, quartiersorientierter Zusammenarbeit aber auch durch eine Reihe struktureller Voraussetzungen weiter steigern. Nachfolgend sollen aus den „Gute Praxis Beispielen“ noch einmal die wichtigsten Gelingensbedingungen zusammenfassend dargestellt werden. Dies kann hier nur in stark verkürzter Form erfolgen. Eine detailliertere und weiterführende Darstellung der Handlungsempfehlungen wurde im Rahmen des Projekts im Handbuch Quartiersbezogene Sicherheitsproduktion (Hahne e.a. 2021) veröffentlicht:

4.2.1 Bezirklicher Rahmen

Ressortübergreifende & ebenenübergreifende Zusammenarbeit: Arbeiten Akteur*innen aus unterschiedlichen Behörden bzw. mit unterschiedlichen Kompetenzen, Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen eng zusammen, ergeben sich aus der engen Verzahnung der Ressorts oftmals innovative Lösungsansätze, ein breiteres und vielfältigeres Bild der Situation vor Ort sowie meist große Synergien bei der Bewältigung kommunaler und quartiersspezifischer Problemlagen. Entsprechende Synergien können sich sowohl auf den Personal- und Ressourceneinsatz beziehen, als auch auf die Durchsetzung von Entscheidungen. Dasselbe gilt auch auf der Ebene der lokalen Akteur*innen. Wo diese sozialraumorientiert zusammenarbeiten entstehen oft innovative Ansätze zur Verbesserung der Situation vor Ort. Gleichwohl bleibt es in vielen Fällen bei gutgemeinten Vorschlägen, da die Umsetzung nicht selten auf Unterstützung durch die öffentliche Verwaltung oder Politik angewiesen ist. Sei es, um Vorhaben zu legitimieren oder um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Entsprechend wichtig ist nicht nur die horizontale Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen auf der einen und den lokalen Akteur*innen auf der anderen Seite. Vielmehr bringt oft erst die vertikale, ebenenübergreifende Zusammenarbeit wirkungsvolle Maßnahmen für die Probleme vor Ort. Gerade den vielen lokalen Akteur*innen fällt es jedoch schwer, die entsprechenden Kontakte eigenständig zu etablieren. Sei es aufgrund der hohen Arbeitsbelastung, geringer Ressourcen oder mangelnder Gelegenheiten entsprechende Kontakte in die Politik oder Verwaltung zu etablieren. Auch hier kommt den Schnittstellenakteur*innen eine zentrale Rolle für die ebenenübergreifende Arbeit zu. Oft werden erst durch sie aus guten Ideen realisierbare Projekte.

Schnittstellenakteur*innen: Ein wesentlicher Erfolgsfaktor von Sicherheitskooperationen liegt in der Zusammenarbeit von kommunalen Behörden, lokalen organisierten Akteur*innen und der Bevölkerung. Gleichwohl sind deren Interessen und Handlungslogiken nicht immer im Einklang miteinander.

Auch bestehen häufig nur wenige Kontakte zwischen den Ebenen und die Vernetzung bedarf intensiver Kommunikationsarbeit und Beziehungspflege. Dies ist durch die Akteur*innen selbst in der Regel nicht zu leisten. Daher kommt Schnittstellenakteur*innen wie Quartiersmanagements, Sozialraumkoordinierenden, Kontaktbereichsbeamt*innen oder den Migrationsbeauftragten eine besondere Rolle zu. Sie sollen wichtige Kontakte in beide Richtungen knüpfen und pflegen. Hierzu gehört z.B die Anliegen der Bevölkerung und lokal organisierten Akteur*innen in die Verwaltung zu tragen und umgekehrt die lokalen Akteur*innen zu den politischen Leitlinien, behördlichen Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten zu beraten. Gleichwohl setzt auch dies voraus, dass hinreichend Kompetenzen, Personal und finanzielle Ressourcen für die Koordinationsarbeit zur Verfügung stehen, um den Schnittstellenakteur*innen die Möglichkeit zu geben, den formellen wie informellen Kontakt zu den Akteur*innen in den Sozialräumen aktiv zu pflegen.

Ganzheitliche Lösungsansätze: Verweisen horizontale und vertikale Zusammenarbeit auf die Notwendigkeit mit anderen Akteur*innen zu kooperieren, soll mit dem Hinweis auf ganzheitliche Lösungsansätzen noch einmal verdeutlicht werden, dass Sicherheit mehr ist, als nur die Verfolgung von Straftaten. Einerseits, weil für das Sicherheitsempfinden der Menschen vor Ort Unordnungsphänomene wie z.B. „Betrunkene, Jugendliche, die die Gegend unsicher machen oder einfach nur herumstehen, Hausierer, heruntergekommene Häuser, Aowracks, offener Konsum illegaler Drogen, Alkoholkonsum auf offener Straße, Graffiti, zerstörte Telefonzellen oder Bushaltestellen“ (Hohage 2004: 79) weitaus größere Bedeutung haben, aber auch weil repressive Maßnahmen allein meist keine Verbesserung der Sicherheitslage bringen. Vielmehr ist eine abgestimmte Verzahnung von Prävention, Intervention, städtebaulichen Maßnahmen sowie die Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen und der Bürger*innen vor Ort entscheidend, um eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen. Maßnahmen sollten dabei alle Betroffenen und Beteiligten einbeziehen und sowohl Täter*innen als auch ihre Opfer zu Wort kommen lassen.

Handlungsempfehlungen:

Um die vertikale Integration zu verbessern, wird empfohlen den Ausbau von Schnittstellenstrukturen wie phänomen- und raumbezogenen Koordinatoren und Steuerungsrunden weiter auszubauen. Parallel sollte über den Aufbau einer zentralen, institutionalisierten Anlaufstelle für Prävention und Sicherheit nachgedacht werden. In einigen Bezirken firmieren entsprechende Gremien als Präventionsräte. Beim Aufbau eines entsprechenden Gremiums kommt es jedoch ganz entscheidend darauf an, die Quartiersorientierung entsprechend der Prinzipien der kommunalen Kriminalprävention nicht aus den Augen zu verlieren. In der Vergangenheit hat sich dies in vielen Kommunen wieder und wieder gezeigt. Kommunale Präventionsräte scheitern, wenn es ihnen nicht gelingt eine gewisse Unabhängigkeit von der Politik zu wahren, sie über kein umfassendes vertikales Kooperationskonzept verfügen und persönliche Vorurteile oder Konkurrenzdenken die Berücksichtigung wichtiger Akteur*innen verhindern. Um ganzheitliche Lösungsansätze voranzutreiben, wird daher empfohlen, Akteur*innen mit unterschiedlichen Expertisen und aus unterschiedlichen Ressorts einzubeziehen auch wenn dies bedeutet, dass zunächst in den Vertrauensaufbau investiert werden muss. Insbesondere sollten in Neukölln die Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteur*innen und engagierte Bürger*innen mit Migrationshintergrund erweitert werden.

4.2.2 Gremienstruktur

Professionelle Koordination: Für die praktische Zusammenarbeit der Kooperationspartner*innen ist zudem zielführend, dass sie auf einer professionellen Koordination aufbaut. Idealerweise steht den

Beteiligten dazu eine eigene Koordinations- oder Geschäftsstelle zur Verfügung, die mit ausreichend Personalmitteln ausgestattet ist, um Arbeiten wie die inhaltliche und organisatorische Vor- und Nachbereitung von Gremiensitzungen, Öffentlichkeitsarbeit, Kontaktpflege oder die Öffentlichkeitsarbeit zu übernehmen.

Zielorientierte Gremienstruktur: Neben den bisher genannten allgemeingültigen Gelingensbedingungen bedarf jede Kooperation immer auch individueller Anpassungen an die Ziele und gemeinsamen Aufgaben der Beteiligten. Gelingende Kooperation erfordert daher, dass zwischen allen Beteiligten ein Grundkonsens über die Ziele und Aufgaben in der Zusammenarbeit besteht. Zu klären ist daher bspw. ob es vor allem um den Informationsaustausch, die Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen oder gar um die gemeinsame Zusammenarbeit vor Ort geht. Erst auf dieser Grundlage können die Gremienstrukturen und Inhalte an die Bedarfe der Kooperationen angepasst werden. So sollten etwa Kooperationen, die gemeinsame Maßnahmen planen, auf eine kleinere Zahl an Teilnehmenden begrenzt werden, während Kooperationen mit einem Fokus auf den Informationsaustausch und die Situationsanalyse mit deutlich mehr Teilnehmenden ebenfalls gut funktionieren können. Darüber hinaus können für die individuelle Ausgestaltung Aspekte wie Frequenz und Dauer, personelle Zusammensetzung, Aufteilung in Arbeitsgruppen oder Fokussierung der Sitzungsinhalte nach den Kernaufgaben wichtige Stellschrauben für eine optimale Zusammenarbeit sein.

Handlungsempfehlungen:

Bei der Etablierung neuer Kooperationsgremien wird empfohlen, geteilte Ziele frühzeitig zu identifizieren und die Strukturen der Kooperation daran auszurichten. Dabei sollte die Vor- und Nachbearbeitung sowie die Durchführung durch professionelle und fachlich qualifizierte Koordinator*innen erfolgen. Die Koordinationsfunktion sollte dabei angemessen in den Stellenprofilen der Rollenträger*innen hinterlegt sein.

4.2.3 Gremienarbeit

Situationsanalyse: Erfolgreiche kooperative Sicherheitsproduktion gründet auf einem guten Verständnis der Situation vor Ort. Dazu gehört nicht nur zu wissen, wo sich bestimmte Formen der Kriminalität oder Unordnungsphänomene („incivilities“) häufen, sondern auch, was die lokalen Ursachen sind. Schließlich gehört zu einer guten Situationsanalyse auch zu wissen, welche Ressourcen und Kompetenzen in den Quartieren vorhanden sind. Um diese Informationen zusammenzutragen, sollten die Akteur*innen vor Ort sowohl auf aktuelle Zahlen der Kommune oder der Polizei zugreifen können, als auch das Wissen und die Einschätzungen der lokalen organisierten Akteur*innen und der Bevölkerung berücksichtigen.

Lösungsorientiertes Arbeiten: Zum Erfolg der Zusammenarbeit trägt bei, dass die Kooperierenden bereit und in der Lage sind lösungsorientiert zu arbeiten. Insbesondere zwischen den Behördenvertreter*innen bedeutet dies, das Zuständigkeitsprinzip zu überwinden. Dies muss gleichwohl nicht bedeuten, dass sich alle Beteiligten gleichermaßen an der Lösung eines Problems beteiligen sollen. Zumindest sollte jede*r Beteiligte aber einen Beitrag zur Verkürzung der Wege in den eigenen Behörden leisten. Das heißt vor allem, im Bedarfsfall die richtigen Ansprechpartner*innen in den eigenen Institutionen zu vermitteln und bei der Mobilisierung von Ressourcen und Zustimmung durch die Behördenleitungen zu unterstützen.

Pilotprojekte: In vielen Kommunen herrscht oft eine gewisse Skepsis gegenüber einer intensiven Kooperation zwischen den Ressorts. Oft besteht die Sorge, dass dadurch vor allem Mehrarbeit generiert

wird. In der Praxis hat sich daher gezeigt, wie wichtig die Durchführung eng abgegrenzter Pilotprojekte mit einem dringlichen Problem und einem klaren Auftrag sind, um neue Formen der Zusammenarbeit zu erproben und Skeptiker*innen von der Wirksamkeit zu überzeugen.

Handlungsempfehlungen:

Um in den Kooperationsgremien effektiv und lösungsorientiert arbeiten zu können, wird empfohlen, dass die beteiligten Institutionen die Mitarbeitenden, die sie in die Kooperationen entsenden, mit hinreichend Gestaltungsspielräumen und ausreichend Arbeitszeit ausstatten. Kooperation kann nicht nebenbei erfolgen, sondern braucht eigene Ressourcen. Um den Ressourceneinsatz zu begrenzen, sollten innovative Konzepte zunächst als Pilot- oder Leuchtturmprojekte in ausgewählten Quartieren erprobt werden. Schließlich sollte in allen Projekten die Situationsanalyse nicht außer Acht gelassen werden. Zu oft agieren die Akteur*innen angesichts knapper Ressourcen ohne die Hintergründe der Probleme vor Ort genau zu kennen. Anstatt passender Lösungen werden meist schnell und einfach umzusetzende Aktionen realisiert, die in vielen Fällen keinen nachhaltigen Effekt haben.

Literaturverzeichnis

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020: Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2019. Statistischer Bericht A I 16 – hj 2/19.

BKA (Hg.) (2019): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017: Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland. Unter Mitarbeit von Christoph Birkel, Daniel Church, Dina Hummelsheim-Doss, Nathalie Leitgöb-Guzy und Dietrich Oberwittler. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Hahne, Michael; Burgold, Julia, Lorenz, Jan Wilhelm (2021): Quartiersorientierte kooperative Sicherheitsproduktion. In: Stiftung DFK; SiQua (2021): Handbuch Quartiersorientierte kooperative Sicherheitsproduktion. Bonn

Hirtenlehner, Helmut; Hummelsheim-Doss, Dina (2015): Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsempfinden: Die Angst der Bürger vor dem Verbrechen (und dem, was sie dafür halten). In: Nathalie Guzy, Christoph Birkel und Robert Mischkowitz (Hg.): Viktimisierungsbefragungen in Deutschland Teil: Band 1., Ziele, Nutzen und Forschungsstand. Wiesbaden: Bundeskriminalamt (Polizei + Forschung), S. 458–487.

Polizei Berlin- Landeskriminalamt (2020): Kriminalitätsatlas Berlin. Der Polizeipräsident in Berlin, Landeskriminalamt LKA St 14.

Russo, Silvia; Roccatto, Michele (2010): How long does victimization foster fear of crime? A longitudinal study. In: Journal of Community Psychology 38 (8), S. 960–974.

Schütte, Patricia M.; Wendekamm, Michaela (2019): Sicherheitsproduktion in unübersichtlichen Zeiten. In: Nicole Burzan (Hg.) 2019: Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018. 39.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin (2017a): Monitoring Soziale Stadtentwicklung, Index-Indikatoren nach Status und Dynamik – Anteilswerte auf Ebene der Planungsräume 2016. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2017/tabellen.shtml. [09.04.2020].

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin (2017b): Monitoring Soziale Stadtentwicklung, Kontext-Indikatoren auf Ebene der Planungsräume. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2017/tabellen02.shtml. [09.04.2020].

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2021): Geoportal Berlin/ WebAtlas Berlin. Nutzung nach dl-de/by-2-0. https://fbinter.stadt-berlin.de/fb/index.jsploginkey=zoom-Start&mapId=k_webatlasberlin@senstadt&bbox=392029,5814147,394846,5815855. [12.05.2021].

Stiftung DFK; SiQua (2021): Handbuch Quartiersorientierte kooperative Sicherheitsproduktion. Bonn

Statistisches Bundesamt (2020): Glossar: Migrationshintergrund. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>. [07.04.2020].